

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Klima & Energie	12
Konsum & Verbraucherschutz	16
Landwirtschaft & Gentechnik	17
Naturschutz & Biodiversität	19
Stadt & Region	23
Tierschutz & Ethik	23
Umweltpolitik & Umweltrecht	24
Verkehr & Tourismus	25
Wasser & Meere	27
Wirtschaft & Unternehmen	29

VERBÄNDE



Thema: Nachhaltigkeitsstrategie	30
Aus den Verbänden	31
Preise & Ausschreibungen	31

SERVICE

Rezensionen	32
Internet	34
Neu erschienen	35
Impressum	35
Termine	36

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst	37
Fußball-EM 2008: Nachhaltig(keit) am Ball?	

THEMEN DES MONATS

Biodiversität

Artensterben wird mit Geld belohnt

Perverse Subventionen machen umweltschädigendes Verhalten wirtschaftlich

Seite 2

Bergrecht

Rudiment aus der Kaiserzeit

Das Bundesberggesetz ist juristisch antiquiert, demokratiefeindlich und umweltpolitisch destruktiv

Seite 4

Kraftstoffe aus Algen

Der Tank bleibt leer

Mikroalgenkulturen sollen den Treibstoff der Zukunft für die Motoren von gestern liefern

Seite 6

Interview: Höhlenschutz

„Den Untergrund einbeziehen“

In Deutschlands Höhlen gibt es 3.000 Tierarten, die viel besser geschützt werden müssen

Seite 21

Biodiversität

Artensterben wird mit Geld belohnt

Perverse Subventionen machen umweltschädigendes Verhalten wirtschaftlich

Schneekanonen im Harz, ein Airbus-Werk im letzten Süßwasserwatt in Hamburg – umweltschädliches Verhalten gefährdet nicht nur die Biodiversität, es kostet die BürgerInnen auch immense Summen an Steuergeldern. Ohne Subventionen wäre die Zerstörung der Natur unrentabel. Allein die milliardenschweren Agrarsubventionen sind zu mindestens zwei Dritteln umweltschädlich. Doch Reformen sind machbar. ■ VON KAI SCHLEGELMILCH UND CHRISTIAN MEYER, FÖS*

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) definiert umweltschädliche Subventionen als „alle Arten finanzieller Unterstützung und regulativer Instrumente, die eingesetzt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit bestimmter Produkte, Prozesse oder Regionen zu erhöhen, und die, zusammen mit dem geltenden Steuersystem, (unbeabsichtigt) umweltschonendes Verhalten benachteiligen.“⁽¹⁾ Ein weit gefasster Subventionsbegriff bezieht indirekte finanzielle Vorteile sowie nicht internalisierte externe Umweltkosten ein. Umweltschädliche Subventionen und falsche Geldströme sind eine wesentliche Ursache für den weltweiten Verlust von Biodiversität. Ohne umweltschädliche Subventionen wäre Naturzerstörung oftmals nicht wirtschaftlich.

Das Problem ist seit Langem bekannt. Bereits auf der Rio-Konferenz 1992 wurde vereinbart:

- ▶ Die Abschaffung oder Reduzierung aller Subventionen, die nicht mit den Nachhaltigkeitszielen vereinbar sind.
- ▶ Die Reform existierender ökonomischer und finanzieller Anreize zur Erfüllung der Umwelt- und Entwicklungsziele.
- ▶ Die Produktpreise sollen im Einklang mit den Umwelt- und Entwicklungszielen stehen.

Seitdem ist wenig passiert, obwohl der menschengemachte Artenverlust heute tausendmal höher ist als die natürliche Verlustrate. Auch der Verlust von Lebensräumen ist heute so hoch wie nie. Wenn dieser Trend nicht gestoppt wird, droht in den nächsten 25 Jahren global die Ausrottung von 1,5 Millionen Tier- und Pflanzenarten. Damit geht auch ein enormer wirtschaft-

licher Verlust einher. Die EU-Kommission schätzt den Wert der Güter und Dienste, die das Ökosystem weltweit pro Jahr bereitstellt, auf 26 Billionen Euro.

Die Höhe der gesamten umweltschädlichen Subventionen ist nicht genau bekannt und wird oft verschleiert. Während das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) von der großen Spannweite von 0,5 bis 1,5 Billionen Dollar jährlich ausgeht, schätzen Kjellingbro und Skotte⁽²⁾ die Zahl auf 485 bis 677 Milliarden Dollar (siehe Kasten).

Billiges Essen und zerstörte Natur durch Agrar- und Fischereisubventionen

Größter Subventionsposten gegen die Biodiversität ist die Landwirtschaft. Hier spielen vor allem die EU und die USA eine unrühmliche Rolle. Sie verzerren mit Ex-

portsubventionen nicht nur den internationalen Wettbewerb und gefährden die Entwicklung der Länder des Südens, sie fördern auch besonders die umweltschädigende Agrargroßindustrie. Die OECD schätzt, dass nur knapp vier Prozent der Agrarsubventionen umweltpolitisch positiv wirken. Mehr als zwei Drittel sind dagegen eindeutig schädlich – besonders für die Biodiversität.

Die EU-Agrarsubventionen tragen auch in den Entwicklungsländern zur Zerstörung von Biodiversität bei. Die künstliche Verbilligung des Fleischkonsums in Europa führte zu einer massiven Ausweitung des Anbaus von Soja in Brasilien und Argentinien als Futtermittel für Rinder. Auch bei den relativ neuen EU-Subventionen für Agrokraftstoffe gibt es mit der indirekten Förderung des Ölpalmenanbaus in den Regenwaldgebieten Südostasiens und Südamerikas erhebliche ökologische Schäden. Eine Umorientierung der Agrarpolitik auf Nachhaltigkeitskriterien erfolgt viel zu langsam – so wird der Biodiversitätsverlust etwa durch Überdüngung der Ostsee weiter subventioniert.

Weltweit diskutiert werden auch die Fischfangsubventionen. Ihre Gesamtsumme ist mit rund 20 Milliarden Euro zwar relativ gering, der Schaden jedoch beträchtlich: 74 Prozent der Weltmeere gelten als überfischt. Keine andere Branche wird von nationalen Subventionen so stark gestützt wie die Fischerei. UNEP geht davon aus, dass die Subventionen heute etwa die Hälfte des Gesamtumsatzes der Fischwirtschaft ausmachen. Selbst die eigentlich unrentable, aber für die Biodiversität besonders schädliche Tiefseefischerei wird mit rund 152 Millionen Euro subventioniert.

Subventionen weltweit

Branche	Subventionen:	
	Gesamt	Schädlich für Biodiversität
Landwirtschaft	376	207
Energie	85-244	64-216
Straßenverkehr	225-300	110-150
Wasser	69	50
Wald	35	35
Fischerei	20	19
Summe	810-1.044	485-677

Direkte Finanzhilfen in Milliarden US-Dollar.
Quelle: Kjellingbro und Skotte⁽²⁾

Vernichtung ganzer Landstriche

Wald-Lebensräume sind besonders artenreich. Es gibt aber viele Finanzregelungen, die direkt oder indirekt die Abholzung fördern. Diese reichen von Subventionen für in- und ausländische Holzfirmen und Sägewerke bis hin zur Erschließung des Regenwaldes für die Brandrodung durch gigantische Straßenbaumaßnahmen.

Auch der Bau von Staudämmen kann durch die Flutung ganzer Landstriche erhebliche Einschnitte bedeuten und wird dennoch durch nationale Subventionen wie auch durch Exportsubventionen aus dem Ausland gefördert. Hier wären in eine ökologisch-ökonomische Gesamtbilanz nicht nur die CO₂-freie Stromproduktion, sondern alle ökologischen Folgekosten vom Hochwasserschutz bis hin zur Methanbildung in den Staubecken einzubeziehen.

Verkehrspolitik in der Sackgasse

Von weltweit über 600 Milliarden US-Dollar Subventionen profitiert jährlich der Verkehrssektor. Mehr als zwei Drittel dieser Subventionen werden von KritikerInnen als „pervers“ eingestuft. In Europa betragen nach einer Studie der Europäischen Umweltagentur die Subventionen für den Straßen-, Bahn-, Luft- und Schiffsverkehr 269 bis 293 Milliarden Euro jährlich. Dabei fließt mehr als die Hälfte in den klimaschädlichen und durch Flächenverbrauch und sonstige Wirkungen besonders fatalen Ausbau der Infrastruktur. Rechnet man auch die externen Umwelt- und Klimaschäden von 650 Milliarden Euro durch den Verkehr hinzu, kommt man auf 919 bis 949 Milliarden Euro schädliche finanzielle Anreize. Die Einnahmen aus dem Sektor betragen dagegen nur 200 Milliarden. Der Großteil der Verkehrssubventionen wird von der Allgemeinheit finanziert.

Negativbeispiel Deutschland

Auch die deutschen Energie- und Verkehrssubventionen einschließlich des Baus von Infrastruktur sind weiterhin zu hoch. Umweltverbände schätzten für 2006

allein die klimaschädlichen Subventionen und Steuervorteile auf 32 Milliarden Euro. Auch die Entfernungspauschale und die nicht am Flächenverbrauch orientierte Grundsteuer fördern weiter die Zersiedelung und Segmentierung der ökologischen Lebensräume. Immer wieder werden für einzelne Wirtschaftsjahre enorme Summen ausgegeben. Die Zerstörung des letzten großen Süßwasserwatts in Hamburg ist dafür nur ein besonders trauriges Beispiel. Hier ließen sich Bund und Land die Zerstörung des Mühlenberger Lochs zur Ausweitung des Airbus-Werkes über 2,3 Milliarden Euro kosten. Auch der Ausbau von Elbe, Saale und Havel soll in den nächsten Jahren mit bis zu 4,6 Milliarden Euro subventioniert werden. Schneekanonen im Nationalpark Harz fördert das Land Niedersachsen mit 1,4 Millionen Euro.

Die OECD kam in ihrem Umweltprüfbericht 2001 bereits zu dem Schluss, dass 35 Prozent der Subventionen in Deutschland als umweltschädlich eingestuft werden müssen.

Die ersten Regierungen wachen auf

Dabei wäre nur ein Bruchteil der Subventionsmittel nötig, um für den Biodiversitätsschutz viel zu erreichen. Im Vorfeld des Umweltgipfels von Johannesburg 2002 ermittelte ein internationales Wissenschaftlerteam ein Nutzen-Kosten-Verhältnis von Naturschutz und wirtschaftlicher Nutzung von 115 : 1. Das bedeutet: Ein globales Schutzprogramm für Land und Wasser, das jährlich etwa 45 Milliarden US-Dollar kostet, würde einen Nutzen von bis zu 5.200 Milliarden US-Dollar erbringen.

Die Zeichen für einen allgemeinen Abbau umweltschädlicher Subventionen stehen günstig. Die Landwirtschaftserträge sind gestiegen, das allgemeine Bewusstsein für eine ökologische Wende ist gewachsen; bei der Fischereipolitik zwingen sinkende Erträge zu einem Umdenken. Der wirtschaftliche Wert von Wäldern, Feuchtgebieten und Mooren für den Klimaschutz und die weltweite Biodiversität geraten zunehmend in den Blick. Und es gibt gute Beispiele für den Abbau umweltschädlicher Subventionen:

- ▶ Neuseeland hat seine Agrarsubventionen seit den 1980er-Jahren fast komplett abgeschafft. Heute gibt es hier mehr Bauern als zum Zeitpunkt des Beginns des Subventionsabbaus.
 - ▶ Russland hat seine Subventionen für fossile Energien von 29 Milliarden US-Dollar auf etwa neun Milliarden gesenkt, China von 25 auf zehn Milliarden.
 - ▶ Indonesien hat die Düngemittelsubventionen von 732 Millionen US-Dollar auf 96 Millionen Dollar gesenkt, Pakistan von 178 Millionen auf zwei Millionen.
- Das zeigt: Reformen sind machbar. Sie müssen aber auch von den Umweltverbänden verstärkt eingefordert werden. Der Präsident des Umweltbundesamtes Andreas Troge sagte einmal: „Solange die Wirkungen umweltschädlicher Subventionen auf die Umwelt nicht korrigiert sind, wird der Umweltschutz auf finanzielle Forderungen zurückgreifen müssen.“⁽³⁾

Anmerkungen

- ▶ (1) OECD (1998): Improving the environment through reducing subsidies. Band 3. Teil 1. Paris, S. 7 (frei übersetzt)
- ▶ (2) Kjellingbro, P. M.; Skotte, M. (2005): Environmentally harmful subsidies. Linkages between subsidies, the environment and the economy. Kopenhagen, S. 2
- ▶ (3) www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2003/pd05503.htm

* Dieser Beitrag stellt eine persönliche Meinungsäußerung dar. Die dem Text zugrunde liegende Studie der Autoren im Internet: www.foes.de/de/downloads/studien/subventionsstudie.pdf

Kai Schlegelmilch ist Volkswirt und stellvertretender Vorsitzender des Fördervereins Ökologische Steuerreform (FÖS). Er arbeitet seit 1999 beim Bundesumweltministerium.



Sozialwissenschaftler Christian Meyer war vier Jahre FÖS-Geschäftsführer und ist jetzt Naturschutz- und Agrarsprecher der Grünen im niedersächsischen Landtag.



Kontakt:
Tel. +49 (0)89 / 520113-13,
E-Mail: foes@foes.de,
www.foes.de

Bergrecht

Rudiment aus der Kaiserzeit

Das Bundesberggesetz ist juristisch antiquiert, demokratiefeindlich und umweltpolitisch destruktiv

Ab 1865 machte in Deutschland die Bergfreiheit den Staat zum bloßen Moderator beim Rohstoffabbau. Später formten die Nazis das Bergrecht nach ihren Kriegsplänen. Das Bundesberggesetz steht bis heute in diesen Traditionslinien. Die Folge sind haarsträubende Zustände bei der Durchsetzung von Abbauvorhaben. Um das Vertrauen in den Rechtsstaat nicht zu verspielen, muss ein neues Gesetz her. ■ VON PETER HETTLICH, GRÜNE, UND ULRICH WIELAND, GRÜNE LIGA

Mittlerweile ist das heutige Bergrecht in seinen wesentlichen Zügen 123 Jahre alt. Das Allgemeine Preussische Berggesetz (ABG) vom 24. Juni 1865 wurde für die Berggesetzgebung in den meisten deutschen Ländern zum Vorbild. Es führte die sogenannte Bergfreiheit ein. Seitdem wird die Kompetenz des Staates darauf beschränkt, bei der Verleihung des Bergwerkseigentums oder der Grundabtretung mitzuwirken, Entschädigungsfragen unter den Beteiligten zu regeln und die Interessen von Betroffenen und Umwelt abzuhandeln. Außerdem hat der Nationalsozialismus das heutige Bergrecht geprägt. Angesichts der deutschen Autarkiebestrebungen und zur Vorbereitung auf die Kriegswirtschaft erfolgten zahlreiche Gesetzesänderungen, die die Zugriffsmöglichkeiten des Deutschen Reiches auf die Bodenschätze extrem ausweiteten.

Wenig Rechte für Grundeigentümer und Bergbaubetroffene

Das Bundesberggesetz (BBergG) setzt diese beiden Traditionslinien fort. Das in zwölf Teile untergliederte Berggesetz regelt unter anderem die Bergbauberechtigungen, die Aufsuchung, Gewinnung und Aufbereitung der Bodenschätze, die Bergaufsicht und das Verhältnis von Bergbau und Grundbesitz sowie öffentlicher Verkehrsanlagen.

Nahezu alle wichtigen Bodenschätze sind nach dem Bundesberggesetz bergfrei, das heißt das Grundeigentum umfasst nicht die darunterliegenden Bodenschätze wie Kupfer- und Eisenerz, Stein- und Braunkohle, Graphit, verschiedene Salze und Sole. Aufsuchung und Gewinnung von Bodenschät-

zen können weitgehend ohne Beteiligung der Grundstückseigentümer erfolgen. Ein Bergbauunternehmer kann eigenständige Rechte an den Bodenschätzen erwerben, die auf dem Grundstück eines anderen liegen. Aufgrund der späten Einbeziehung ist die Interessenwahrnehmung von Eigentümern und Betroffenen wie auch die Vertretung von Umweltschutz und anderen Belangen kaum möglich.

Behörden können oft nicht helfen

Auswirkungen auf die Umgebung des Vorhabens werden üblicherweise mit der Begründung abgetan, dass im Zulassungsverfahren lediglich die Auswirkungen auf das Planungsgebiet selbst berücksichtigt werden können; der Transport der Rohstoffe würde auf öffentlichen Straßen erfolgen und damit nicht mehr zum Verfahren gehören. Zwar können diese Auswirkungen in Raumordnungsverfahren betrachtet werden. Diese Abwägung findet aber üblicherweise nicht statt, weil zunächst in Salami-taktik nur Flächen unter zehn Hektar beantragt werden, die nicht raumordnungspflichtig sind.

Außerdem werden die Auswirkungen von Lärm, Staub, Sprengungen und Grundwasserabsenkung lediglich durch theoretische Berechnungen ermittelt, die ausnahmslos gerade einmal die – viel zu hohen – Immissionsgrenzwerte einhalten. Falls sich dann später herausstellt, dass die Grenzwerte doch überschritten werden, gibt es aufgrund der schwachen personellen Ausstattung der Bergämter keine effiziente Möglichkeit mehr, die einmal geschaffenen Tatsachen noch zu korrigieren.

Bergbauvorhaben genießen noch immer eine Sonderstellung. Bei Zulassungsentscheidungen zu bergrechtlichen Betriebsplänen handelt es sich um sogenannte „gebundene“ Entscheidungen. Das heißt, die Zulassung des Betriebsplans liegt nicht im pflichtgemäßen Ermessen der Behörde, sondern die Betriebsplanzulassung „ist zu erteilen“, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Klagen vor Gericht führen zu Politikverdrossenheit

Das Bundesbergrecht in seiner heutigen Form ist juristisch antiquiert und aus umwelt-, klima- und energiepolitischer Sicht destruktiv. Das bisherige Gesetz schützt weder die direkt vom Bergbau betroffenen Menschen noch die Gebiete, in denen Natur und Arten unter Schutz stehen. Der juristische Klageweg hat sich für die meisten als teurer und nervenaufreibender Irrweg erwiesen. Bei Betroffenen und Interessierten führt dies zu Politikverdrossenheit. Das Vertrauen in den Rechtsstaat fällt angesichts der Anwendung des Bundesberggesetzes schwer. Wir brauchen endlich ein bürgernahes, transparentes, umweltfreundliches und effizientes Bergrecht.

Grundsätzlich gehören wesentliche Bestandteile der Zulassungsregelungen des Bundesberggesetzes in ein Umweltgesetzbuch (UGB). Dabei müssen die planungsrechtlichen Schritte, insbesondere die Bürgerbeteiligung und die Berücksichtigung der Umweltbelange, ähnlich wie bei den umweltrechtlichen Verfahren ausgestaltet werden. Im Übrigen sollte Voraussetzung für die Bewilligung eines Abbaus auch der

Nachweis eines entsprechenden Bedarfs sein. Schon die verschlechterte Auftragslage im Bauwesen lässt auf einen rückläufigen Bedarf schließen. Doch regelmäßig verweisen Bergbehörden darauf, dass das Bundesberggesetz keinerlei Spielraum zulasse, den Bedarf in einem Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen. Die Bewertung der Frage, ob die Rohstoffe tatsächlich benötigt werden, liege allein in unternehmerischer Verantwortung. Deshalb gehört auch ein seriöser Bedarfsnachweis ins Gesetz.

Ein modernes Bergrecht

Ein modernes Bergrecht muss ernsthaft den Schutz der Betroffenen, der Umwelt und des Klimas berücksichtigen, sodass an bestimmten Stellen der Bergbau im Prinzip ausgeschlossen ist, etwa unter Siedlungsflächen. Die Belange der Betroffenen müssen mit Toleranzbereichen verbindlich festgelegt und im Planfeststellungs- oder Zulassungsverfahren entsprechend berücksichtigt werden. Auch die Zeitdimensionen von Bergbauentscheidungen sind stärker

zu berücksichtigen, vor allem bei den Auswirkungen auf Klima, Wasserhaushalt und Boden. Enteignungsfragen können über das BGB oder in einem modernisierten Rumpfgesetz zum Bergrecht geregelt werden. Besonders die Enteignung wird von Betroffenen als staatlich sanktioniertes Unrecht erlebt. Es ist unter den gegenwärtigen Bedingungen quasi unmöglich, Enteignungs- und Umsiedlungsforderungen etwas entgegenzusetzen.

Gebüdeschäden durch bergbaubedingte Setzungs- und Senkungerscheinungen treten oft erst Jahrzehnte nach Beendigung des Bergbaus ein. Oft leugnet das Bergbauunternehmen dann einen Zusammenhang mit dem nahen Abbaugbiet. Falls der Grundstückseigentümer nicht vor Beginn des Bergbaus auf eigene Kosten ein Beweissicherungsgutachten anfertigen ließ, werden die auftretenden Schäden in der Regel nicht anerkannt. Ein modernes Bergrecht braucht eine Beweislastumkehr und eine Verlängerung der Haftungszeiten.

Auch die Sonderregelungen für die neuen Bundesländer nach dem Einigungsvertrag sind längst überholt. Wichtig hingegen ist, dass das Verbandsklagerecht für anerkannte Umweltverbände als präventives Instrument künftig auch für bergrechtliche Verfahren gilt.

Peter Hettlich studierte Agrarwissenschaften. Als Projektsteuerer kam er von Köln nach Sachsen. Heute ist er Sprecher für Baupolitik der Grünen-Fraktion im Bundestag und Vizevorsitzender des Verkehrsausschusses.

Ulrich Wieland ist Informationstechniker. Er arbeitet als IT-Leiter in Chemnitz und ehrenamtlich als Sprecher des Netzwerks der Initiativgruppen Gesteinsabbau in der Grünen Liga.



Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 22771866,
+49 (0)371 / 8321272,
E-Mail: peter.hettlich@
bundestag.de, gesteins-
abbau@grueneliga.de,
www.gruener-aufbau-ost.de,
www.grueneliga.de/
gesteinsabbau



Wie das Bundesberggesetz hilft Naturgebiete zu zerstören

Der Gipsabbau bei Woffleben im wertvollen Gipskarstgebiet des Südharzes zeigt exemplarisch, wie ein Bergbauvorhaben auf der Grundlage des deutschen Bergrechts auf Kosten von Anwohnern, Natur und Landschaft durchgesetzt werden kann.

Ein Unternehmen aus Walkenried (Niedersachsen) kann mit Genehmigung des thüringischen Landesbergamtes Gips bei Woffleben abbauen. Das entsetzt vor allem den Arbeitskreis Gipskarst Südharz. In einem Offenen Brief wandten sich seine Mitglieder an Thüringens Ministerpräsidenten Dieter Althaus (CDU), weil sie sich von den Landesbediensteten, in diesem Fall des Landesbergamtes und des Umweltministeriums, im Stich gelassen fühlen. Diese beriefen sich jedoch darauf, dass ihnen aufgrund des Bundesberggesetzes die Hände gebunden seien.

Streitpunkt ist die Genehmigung des Hauptbetriebsplans der BPB Formula GmbH Walkenried für den Gipstagebau Woffleben/Himmelsberg – Mittelfeld. Dieser Plan enthält keinerlei Verpflichtung zur Sicherung des ökologisch wertvollen Biotops „Pilotprojekt Rüsselsee“, das zwischen der Gemeinde Niedersachswerfen und der Südharzer Gipswerk GmbH Ellrich, einem Unternehmen der HeidelbergCement AG, vereinbart wurde. Im Gegenteil, er sieht sogar den gesamten Abtransport des Gipsgesteins über das Abbaufeld Rüsselsee vor. Ein solcher Transportweg zugunsten der BPB Formula GmbH ist aber im Hauptbetriebsplan „Rüsselsee“ des Südhar-

zer Gipswerkes nicht vorgesehen. Der Hauptbetriebsplan für den neuen Gipstagebau bei Woffleben ignoriert außerdem den rechtskräftigen Flächennutzungsplan und den rechtskräftigen Bauleitplan und damit die kommunale Planungshoheit der Gemeinde Niedersachswerfen.

Darüber hinaus hat BPB Formula eine Genehmigung zur Änderung der Nutzungsart von Waldflächen nach § 10 des Thüringer Waldgesetzes beantragt – zur Vorbereitung des Gipsabbaus im Geltungsraum des Hauptbetriebsplanes für den Himmelsberg. Nach Kenntnis des Arbeitskreises Gipskarst konnte darüber mit der Unteren Naturschutzbehörde kein Einvernehmen hergestellt werden. Im vergangenen Jahr bewilligten Mitarbeiter des Umweltministeriums die Nutzungsartenänderung und damit die Rodung von 1,2 Hektar wertvollen Kalk-Buchenwaldes, obwohl gegen den Zulassungsbescheid des Landesbergamtes Widerspruch eingelegt worden war. Die Nutzungsartenänderung hätte nach Meinung des Arbeitskreises nur bei Vorliegen eines bestandskräftigen Zulassungsbescheides für den Hauptbetriebsplan erteilt werden dürfen.

Die Waldfläche ist inzwischen gerodet. Mittlerweile liegt ein Hauptbetriebsplan für den Himmelsberg vor. Die Gipsindustrie ist nun zielstrebig bemüht, am Kuhberg, am Winkelberg und im Gebiet Günsdorf in der Rüdigsdorfer Schweiz weitere Aufbrüche zu erschließen. Die Rüdigsdorfer Schweiz ist das letzte intakte Gipskarstgebiet Thüringens. **[Ulrich Wieland]**

Kraftstoffe aus Algen

Der Tank bleibt leer

Mikroalgenkulturen sollen den Treibstoff der Zukunft für die Motoren von gestern liefern

Algen sind wahre Überlebenskünstler. Aber dass sie als industriell genutzter Rohstoff die Welt verändern oder gar die ökonomisch globalisierte Menschheit vor dem Ölmangel-Schock bewahren könnten, ist ebenso neu wie gnadenlos übertrieben. Doch Biosprit-Phantasien haben immer noch Hochkonjunktur, zumindest bei denen, die nur das gleiche Spiel mit anderen Figuren weiterspielen wollen. ■ VON PETER ULLRICH

Algen haben als erste Lebewesen auf diesem Planeten Fotosynthese betrieben, sie gedeihen in heißen Quellen, in Gletschern, in vergiftetem Wasser genauso wie in schwebenden Luftteilchen oder gar an den Wänden feuchter Wohnungen. Manche wachsen extrem langsam, andere können ihre Masse im Laufe eines Tages vervielfachen, alle zusammen liefern sie die Grundlage der Nahrungsketten in Ozeanen ebenso wie Süßwassergewässern. Einige Arten setzen bei Massenvermehrungen hochgiftige Substanzen frei.

Von den weltweit bekannten 80.000 Algenarten – insgesamt schätzt man ihre Zahl auf 400.000 – werden nur rund 160 industriell genutzt, unter anderem als Nahrungsmittel. Große Algen werden roh als Salat oder gedünstet als Gemüse gegessen, vor allem in Südostasien, wo jährlich etwa neun Millionen Tonnen verzehrt werden.

Erschließung der Ressource Mikroalgen

Ein großes Verdienst der im Meer lebenden Algen ist die Sauerstoffproduktion. Fachleute schätzen den auf Meeresalgen entfallenden Anteil an der weltweiten Produktion von Luftsauerstoff auf bis zu 70 Prozent, inklusive der eigentlich nicht zu den Algen zählenden Cyanobakterien, im Volksmund Blaualgen. Schwefelgasungen der Algen im Meer steuern die Wolkenbildung. Und schließlich sind auch die vorhandenen Ölvorräte der Welt komplett aus Algen entstanden. Allerdings hat dieser Prozess viele hundert Millionen Jahre gedauert.

Im vergangenen Januar luden die Algenkundler von der Sektion Phykologie

der Deutschen Botanischen Gesellschaft (DBG) Experten aus Wissenschaft, Industrie, Politik und Behörden zum 1. Bundes-Algen-Stammtisch nach Hamburg ein.⁽¹⁾ Es ging um das Forschungsprojekt TERM – „Technologien zur Erschließung der Ressource Mikroalgen“.⁽²⁾ Anlass war der Spatenstich für eine Fotobioreaktor-Versuchsanlage zur Massenproduktion von Mikroalgen in Hamburg-Reitbrook. Das Ergebnis der von fast 100 Teilnehmern besuchten Veranstaltung war zwiespältig. Zwar sind Verfahren zur Gewinnung von hochwertigen Substanzen für den Pharmazie- und Kosmetikbereich bekannt, auch gibt es Versuchs- und Pilotanlagen für Feinchemikalien, Nahrungsergänzungsmittel oder Fischfutter und in Asien existiert eine aufstrebende Industrie zur Herstellung von Lebensmitteln aus Algenkulturen. Aber tatsächlich erfolgreich Biosprit aus Algen gewinnen – das funktioniert bis heute nur auf dem Papier beziehungsweise im Versuchsstadium.

Leidensdruck der Kraftwerksbetreiber

Laurenz Thomsen von der Jacobs University Bremen stellte auf dem Algen-Stammtisch die von ihm betreute Versuchsanlage beim Kraftwerk Bremen-Farge vor. Sie könnte nach seiner Schätzung bis zu zehn Tonnen Algentrockenbiomasse pro Hektar und Monat erreichen. Sein Kollege Martin Ecke von der Firma Bioproducte Prof. Steinberg GmbH berichtete, dass die in Deutschland zurzeit größte Fotobioreaktor-Versuchsanlage in Klötze in der Altmark etwa 50 Tonnen Biotrockenmasse im Jahr produziert. Auf 1,2 Hektar Gewächshausfläche stehen dort 500 Kilometer Glas-

röhren mit einem fotoaktiven Volumen von 600 Kubikmetern. Die Anlage arbeitet im Saisonbetrieb von April bis Oktober.

Um diese Dimensionen einzuordnen, sei Andreas Filleböck von Eon Energie zitiert. Ein Steinkohlekraftwerk der im Bau befindlichen Generation mit einem Wirkungsgrad von 46 Prozent elektrischer Energie und einer Leistung von 1.100 Megawatt emittiere pro Jahr 5,4 Millionen Tonnen CO₂, sagte Filleböck beim Algen-Stammtisch. Bei optimistischer Betrachtung könnten Mikroalgen davon jährlich 25.000 Tonnen CO₂ aufnehmen. Das sind knapp 0,5 Prozent der Jahresemission für ein einziges Kraftwerk. Der Eon-Mann rechnete weiter vor, dass dafür eine Fläche von etwa 215 Quadratkilometern für die Mikroalgenanlage notwendig wäre, was einem knappen Drittel der Fläche Hamburgs entspräche.

Der Leidensdruck der Kraftwerksbranche ist verständlich. Bei einem Jahresausstoß von rund fünf Millionen Tonnen CO₂ in nur einem einzigen modernen Kohlekraftwerk mit 1.100 Megawatt Leistung ist guter Rat teuer.

Ein Wort mit magischer Anziehungskraft

Guter Rat ist auch teuer angesichts der stetig zunehmenden Transportflotte der galoppierenden Globalisierung – vom Pkw über den Lkw bis hin zum Schiff –, zumal über dieser noch das Damoklesschwert einer abnehmenden Weltrohölproduktion schwebt. Kein Wunder, dass das Wort Biosprit für manche geradezu magische Anziehungskräfte besitzt.

Die Produktion von Biokraftstoffen über den großflächigen Anbau von Nutz-

pflanzen oder gar von genetisch veränderten „neuen Energiepflanzen“ hat allerdings nur geringe Chancen, aus dem Schatten des für diesen Anbau notwendigen CO₂-Ausstoßes hervorzutreten: Die Variante „industrieller Biosprit aus Landpflanzen“ verbraucht mehr CO₂ als sie gewinnt und ist somit ein reines Subventionsthema. Beim Anbau von Raps und Mais für Biosprit muss massiv gedüngt werden, dabei entsteht Lachgas, das 300-mal klimaschädlicher ist als Kohlendioxid. Zusätzlich kann der großflächige Anbau in direkte Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion treten.

Riesige Flächen voller Algenanlagen?

Diese Argumente machen sich die landauf, landab nach Risikokapital fischenden Algenlobbyisten zunutze. Sie plädieren für die „landschonende“ Variante: industrieller Biodiesel aus Algen. Allerdings konnten sie bislang keinen Beweis antreten, dass diese Technik eine bessere CO₂-Gesamtbilanz aufweist. Selbst wenn keine Konkurrenzen zu landwirtschaftlich genutzten Flächen aufträten – unvorstellbar große Flächen wären auch bei der Algenproduktion überstellt von Apparaturen mit Millionen Plastikschläuchen oder Polykarbonatröhren, in denen sich speziell gezüchtete Algenpopulationen vor sich hin vermehren, bis sie auf irgendeine Art und Weise mit noch in keiner Weise durchdachten Infrastrukturen abgeerntet, in irgendwelchen Großzentrifugenanlagen vom Wasser getrennt, dann getrocknet und in wieder speziell dafür konstruierten Anlagen zu verfeuerungsfähigem Treibstoff umgewandelt werden. Die Bezeichnung Gigantomanie wäre noch untertrieben, zumal für eine solch große Fläche eine unvorstellbare Infrastruktur nötig wäre, um die vielen Millionen Plastikbeutelchen oder Rohrkollektoren überhaupt rechtzeitig abernten und neu bestücken zu können, bevor die Algen schlichtweg absterben.

Die Algenverfechter wiegeln da natürlich ab mit dem Vorschlag, viele dezentrale Anlagen vor den warmen Meeresküsten der Erde errichten zu können – ähnlich den Fisch- und Muschelfarmen – oder gleich

in die Wüstenregionen auszuweichen. In den bereits erschlossenen Aquakultur-Regionen würde sich allerdings bald die Frage stellen, was mehr Geld pro Hektar und Arbeitskraft einbringt: Fisch- und Muschelfarmen oder Algenanlagen für Biodiesel.

Immerhin können die Protagonisten dieser neuen Variante von Meeresausbeutung auf die Unterstützung der Europäischen Kommission und damit sicher auch auf entsprechende Fördergelder bauen. Die Kommission hat in ihrem aktuellen „Blauen Buch Meerespolitik“ bereits mehr Investitionen in meereswissenschaftliche Forschung und Technologie in Aussicht gestellt. Sie denkt dabei insbesondere an „vielversprechende Industriezweige – etwa die blaue Biotechnologie“.⁽³⁾

In Wüstenregionen wiederum wäre zwar genügend Sonne vorhanden, die Flächen aber müssten über riesige Pipelinesysteme mit frischem Meerwasser versorgt werden – erneut eine reichlich CO₂-trüchtige Angelegenheit. Ganz zu schweigen von den riesigen Installationen im industriellen Maßstab angelegter Algenreaktoren, die ebenfalls erst einmal aus teuren Materialien hergestellt und an die entlegenen Orte transportiert werden müssten. Auch hier würden die Herstellungspreise eines Liters Algensprit die ökonomischen Realitäten vermutlich weit hinter sich lassen.

Nur ein kleiner Teil des Öls ist durch Biotreibstoffe ersetzbar

Fakt ist, dass sich der Rohölpreis von 2004 bis heute auf über 120 Dollar verdoppelt hat. Man kann davon ausgehen, dass die Barrel-Preise für Rohöl weiter emporschnellen werden, sobald der sogenannte Peak Oil – das Maximum der weltweiten Ölproduktion, nach dessen Erreichen die Fördermenge nur noch sinkt – nun auch offiziell verkündet werden sollte. Zumindest Exxon hat das Ende April für seine Ölförderungen postuliert.

Fakt ist aber auch, dass sich nur ein Bruchteil des heute verkonsumierten Öls als Sprit für Autos und Kraftwerke über wie auch immer gewonnene Biodiesel-Varianten ersetzen lässt, ohne neuerlich globalen Flächenfraß in Kauf zu nehmen. Um den

durchschnittlichen Jahresverbrauch eines einzigen Diesel-Pkw mittels Rapsöl zu befriedigen, bedarf es einer Anbaufläche von mehr als einem Hektar. Um den jährlichen Treibstoffverbrauch der Bewohner der Stadt New York zu decken, kommt man schon auf eine Anbaufläche, die die Größe des US-Bundesstaates Indiana (94.000 Quadratkilometer) überschreitet. Nähme man statt Raps Sojabohnen, wäre die benötigte Fläche sogar dreimal so groß und damit fast so groß wie Deutschland.

Am Energiesparen führt kein Weg vorbei

Selbst wenn es gelänge, die Produktion von Biodiesel aus Algen um den Faktor zehn zu effektivieren, wird schnell deutlich, dass der Platzbedarf für einen annähernden Ersatz der fossilen Treibstoffe für den weltweiten Verkehr jeden vorstellbaren Rahmen sprengt. Alles in allem erscheint es äußerst fragwürdig, den aus Algen gewonnenen Biodiesel – quasi ohne jeden Beweis der Durchführbarkeit und Effektivität – als Lösung aller Probleme anzubieten. Hier kann es deshalb nur darum gehen, Transporte weltweit zu reduzieren, den Energieverbrauch in den Industrieländern drastisch zu senken und in den aufstrebenden Schwellenländern wie China oder Indien den Energiehunger möglichst rasch zu zügeln. Aber das wussten wir ja auch schon vor der Algendebatte.

Anmerkungen

- ▶ (1) www.mstonline.de/news/events/bundes-algen-stammtisch
- ▶ (2) www.strom-gas.de/2008/02/25/mikroalgen
- ▶ (3) EU-Kommission: „Eine integrierte Meerespolitik für die Europäische Union“, KOM(2007) 575 endgültig, Seite 10, www.ec.europa.eu/maritimeaffairs/index_de.html

Eine erste Fassung dieses Artikels erschien in „Waterkant“ 1/2008.

Peter Ullrich studierte Biologie an der Universität Bremen und arbeitete für die Grünen, die IG Metall und die Aktionskonferenz Nordsee. Heute ist er freiberuflich tätig.

Kontakt:
Tel. +49 (0)2572 / 98451
E-Mail: mail@go2pu.de



soziale technik

Zeitschrift für sozial- und umweltverträgliche Technikgestaltung

Seit 17 Jahren ist SOZIALE TECHNIK - herausgegeben vom Interuniversitären Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur (IFZ) - ein Forum für die interdisziplinäre Technikforschung und liefert Beiträge für eine sozial- und umweltverträgliche Gestaltung von Technologien. SOZIALE TECHNIK erscheint vierteljährlich, ein Jahresabonnement kostet € 18,- (für Studierende € 13,-).

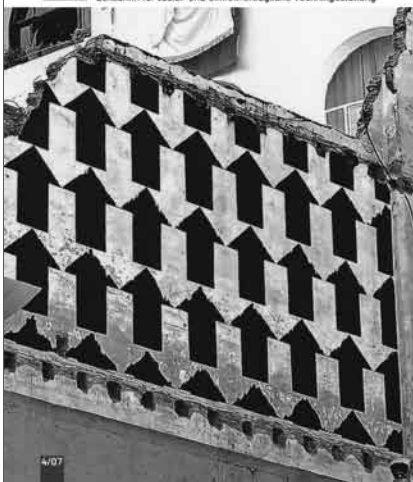
Kostenloses Probeabonnement!

Mit Beiträgen zu:

- Technologie & Politik
- Umwelt & Energie
- Neue Biotechnologien
- Frauen & Technik
- Informations- & Kommunikationstechnologien

soziale technik

Zeitschrift für sozial- und umweltverträgliche Technikgestaltung



Kostenloses Probeabo (2 Ausgaben) und Abobestellungen:

Tel.: +43/316/813909-0 Fax: +43/316/810274

E-mail: waechter-r@ifz.tugraz.at

Web: www.ifz.tugraz.at/sote

ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

EU-Abfallpolitik

Klage gegen Neapel

Der Müllskandal in Italien geht in die nächste Runde. Nachdem die EU-Kommission im letzten Jahr ein Vertragsverletzungsverfahren eröffnet hatte, auf das Italien nur unzureichend reagierte, klagt sie nun vor dem Europäischen Gerichtshof. Die ergriffenen Maßnahmen zur Lösung des Problems seien „mangelhaft“ und stellten eine Gefahr für die Gesundheit der BürgerInnen von Neapel und der Region Kampanien dar. Die Müllprobleme führt die EU-Kommission auf die seit über einem Jahrzehnt andauernde unzureichende Umsetzung der EU-Abfallgesetze zurück. Den Behörden sei es nicht gelungen, „einen klaren Zeitplan für Fertigstellung und Inbetriebnahme der Sortieranlagen, Abfalldeponien, Müllverbrennungsanlagen und anderer Einrichtungen zur Behebung der Müllprobleme in der Region vorzulegen“, so die Kommission.

Die Abfallentsorgung ist ein lukratives Geschäft, das vor Ort größtenteils von der lokalen Mafia kontrolliert wird. Nachdem Neapel im letzten Sommer schlechte Presse bekam, zog der Müllskandal internationale Kreise. Die Abfallberge in den Straßen wurden teilweise bis nach Sachsen verfrachtet. Dies führte wiederum in Sachsen zu einem Skandal, weil der Abfall aus Italien in der dortigen Müllverbrennungsanlage nicht ordnungsgemäß gelagert und entsorgt wurde. Die Deutsche Umwelthilfe hatte diese Missstände an die Öffentlichkeit gebracht (umwelt aktuell 03.08, S. 4).

Die EU-Kommission verklagt gleichzeitig Österreich, weil das Land Lkw-Transporte von Müll und Bauschutt auf der stark verkehrsbelasteten Inntalautobahn A12 verbieten will. Dies gefährde den freien Handel. Umweltverbände protestieren seit Jahren gegen den zunehmenden „Mülltourismus“ quer durch Europa. [jg]

► EU-Kommission, www.europa.eu/rapid/ (Reference IP/08/705 und IP/08/697)

Abfallstudie

Teurer Wohlstandsmüll

Mehr als 13 Milliarden Euro werfen BritInnen jedes Jahr auf den Müll: in Form von Lebensmitteln. Eine britische Studie im Auftrag des privaten Müll- und Ressourcenaktionsprogramms WRAP hat untersucht, welche Menge organischen Abfalls unnötig auf Deponien und in der Abfallverwertung landet. Jeden Tag kämen in Großbritannien 1,3 Millionen ungeöffnete Joghurtbecher, 5.500 ganze Hühner und 440.000 Fertiggerichte in den Müll. Der größte Teil davon sei noch essbar. Jeder durchschnittliche Haushalt werfe so umgerechnet rund 560 Euro jährlich weg. Dies sei nicht nur eine Frage des Haushaltsgeldes, sondern treffe die VerbraucherInnen dreifach. Es werde unnötig viel Geld für Essen ausgegeben, das nicht verbraucht werde. Zweitens koste die Entsorgung des Mülls. Und drittens könnten unnötige Transportwege, Verpackungsmüll, Produktionsverbräuche und Energie eingespart werden. Würde nicht so viel Essen weggeworfen, könnten 18 Millionen Kohlendioxidäquivalente eingespart werden. Das entspricht einem Fünftel der britischen Autoemissionen. [jg]

► www.lovefoodhatewaste.com

Abfallpolitik

Batteriegesetzentwurf

Mitte Mai hat das Bundesumweltministerium (BMU) einen Entwurf für den Umgang mit Batterien und Akkumulatoren veröffentlicht. Die Umsetzung der EU-Richtlinie 2006/66/EG soll „Gesetz über das in Verkehr bringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Batterien und Akkumulatoren“ (Batteriegesetz – BattG) heißen. Am 13. Juni ist eine Anhörung hierzu geplant. Gesetzentwurf und Eckpunkte sind im Internet nachzulesen. [jg]

► BMU, Batteriegesetz: www.bmu.de/abfallwirtschaft/downloads/doc/39732.php

Chemikalien

Stoffe vorregistrieren lassen

■ Am 1. Juni beginnt die halbjährige Frist, in der Unternehmen chemische Stoffe bei der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) vorregistrieren lassen müssen. Die neue EU-Chemikalienverordnung REACH schreibt vor, Chemikalien bis Dezember 2008 anzumelden. ECHA rechnet mit rund 180.000 Anmeldungen für ungefähr 30.000 Wirkstoffe. Die vollständigen Unterlagen müssen Unternehmen erst zwei bis zehn Jahre später einreichen. Gebühren werden allerdings jetzt schon fällig. Versäumt ein Unternehmen, die von ihm verwendeten Stoffe registrieren zu lassen, müssen die erwähnten Unterlagen komplett eingereicht werden. Bis zum 1. Januar 2009 wird eine Liste aller vorregistrierten Stoffe auf der Internetseite der ECHA veröffentlicht.

Der Verband der Europäischen Bauwirtschaft (FIEC) teilte mit, dass die bei ihm organisierten kleinen und mittleren Unternehmen ohne finanzielle Unterstützung der EU nicht in der Lage seien, die REACH-Vorschriften einzuhalten. Derzeit werde mit der EU über die Höhe von Fördermitteln verhandelt. [jg]

► www.echa.europa.eu

Schutz der Ozonschicht

Methylbromid vor dem Aus

■ Die EU will bis Ende des Jahres Brommethan (Methylbromid) gänzlich verbieten. Schon seit 2004 war die Verwendung des die Ozonschicht schädigenden Stoffes laut EG-Verordnung 2037/2000 im Prinzip verboten, aber noch in Ausnahmen für „kritische Verwendungszwecke“ gestattet. Für das Jahr 2008 gilt beispielsweise die Regelung, dass Spanien und Polen sich das Recht auf Verwendung von 213 Tonnen Methylbromid teilen dürfen. Hauptsächlich wird die Substanz als Pestizid auf Erdbeerfeldern verwendet.

Brommethan ist ein farbloses Flüssiggas, das schädlich für die Umwelt, vor allem für Säugetiere, Fische, Pflanzen und

Bodenorganismen ist. Es ist stark wassergefährdend und gilt als Meeresschadstoff. Auch das Montrealer Protokoll zum Schutz der Ozonschicht schränkt seine Nutzung ein.

Mit dem Verbot wird die EU mit ihren Mitgliedstaaten nach eigenen Angaben die erste industrialisierte Region sein, die auf Methylbromid verzichtet. Andere Parteien des Montrealer Protokolls wollen auch für 2009 noch Ausnahmen genehmigen – für insgesamt 4.600 Tonnen. [jg]

► Europäisches Amtsblatt: www.eur-lex.eu (Amtsblatt, 2008, L, 109, S. 32)

EU-Abfallrahmenrichtlinie

EU-Minister wollen keine verbindlichen Recyclingziele

■ Der EU-Ministerrat hat bei seiner Sitzung im Mai entscheidende Verbesserungen in der Neuregelung der Gesetze für den Gebrauch von Pestiziden abgeschwächt. Die meisten vom EU-Parlament eingebrachten Änderungen wurden abgelehnt. Besonders gegen verbindliche Recyclingziele sträuben sich die zuständigen MinisterInnen. Das EU-Parlament hatte unter anderem eine Stabilisierung des Müllaufkommens bis 2012 und eine verbindliche Recyclingrate von 50 Prozent bei Hausmüll und 70 Prozent für Bauschutt und Industrieabfälle gefordert (umwelt aktuell 05.08, S. 8).

Zumindest die Vereinigung von Städten und Regionen für Recycling und Nachhaltiges Ressourcenmanagement (ACR+) unterstützte diese Haltung. Sie fand die Vorstöße für einige Regionen sogar noch zu wenig ehrgeizig, da diese bereits heute strengere Ziele einhielten. ACR+ hält eine Pro-Kopf-Reduktion von Müll um 15 Prozent für möglich. Auch die anderen vom Parlament eingebrachten Verschärfungen der Rechtslage seien erreichbar. [jg]

► ACR+, Audrey Martin, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2346507, E-Mail: am@acrplus.org, www.acrplus.org

Nanotechnologie

Klein und gemein?

■ Der Bundesverband der Verbraucherzentralen (VZBV) hat im Mai einen Bericht über Nanotechnologie vorgelegt. Die Studie untersucht den Informationsstand von VerbraucherInnen sowie mit der allgemeinen Akzeptanz der noch unerforschten Technologie. Nach der Studie schätzen 60 Prozent der Befragten ihren Wissensstand zu diesem Thema als niedrig ein. Positiv sehen die VerbraucherInnen die Verwendung von Nanopartikeln beispielsweise bei Lacken. Dagegen lehnen die meisten den Einsatz bei Lebensmitteln ab.

Nanotechnologie basiert auf winzig kleinen Partikeln. Diese haben spezielle Eigenschaften, die nicht mit denen der Ausgangsstoffe übereinstimmen. Auf EU-Ebene engagiert sich die Gesundheits- und Umweltorganisation Health & Environment Alliance (HEAL) in diesem Themengebiet, in Deutschland die Umweltverbände BUND und BBU und international die Wissenschaftlerinitiative ETC Group. Interessierte können auf den Internetseiten dieser Verbände Informationen zu Funktionsweise und potenziellen Gefahren der Nanotechnologie erhalten. [tt]

► VZBV, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 25800-0, Fax -218, E-Mail: umwelt@vzbv.de, www.vzbv.de

► HEAL-Broschüre (engl.): www.env-health.org/a/2892?var_recherche=nanotech

► www.bund.net/chemie (Nanotechnologie), www.bbu-online.de (Arbeitsbereiche), www.etcgroup.org (The Issues)

EU-Pflanzenschutz

Pestizidregelung vertagt – Bienensterben in Südbaden

■ Der EU-Agrarministerrat konnte sich bei seiner Sitzung Mitte Mai nicht auf eine gemeinsame Linie bei der Neuregelung der Gesetze für den Gebrauch von Pestiziden einigen. Besonders strittig waren Verbotskriterien für gefährliche Stoffe. Nach Presseberichten ging ein Kompromissvorschlag

der slowenischen Ratspräsidentschaft einigen Mitgliedstaaten zu weit, anderen war er zu schwach.

Der zur Abstimmung vorliegende Entwurf war nach Auskunft der zuständigen Berichterstatterin im Parlament, Hiltrud Breyer (Grüne), „überraschend geändert“ worden. Das vom Parlament in erster Lesung geforderte klare Verbot der krebserregenden, fortpflanzungsschädigenden, neurotoxischen und hormonell wirksamen Pestizide sollte „gekippt“ werden. Generell gegen derartige Verbote protestierten wiederum die Industrieverbände, weil sie starke Umsatzverluste befürchten. Auch der EU-Kommission gingen die Vorschläge des Parlaments zu weit. In einer Stellungnahme lehnten sie den überwiegenden Teil der eingebrachten Änderungen ab. Sie bestand allerdings auf einem Totalverbot für potenziell krebserregende oder fortpflanzungsschädigende Pestizide. Zwar entscheidet dann letztlich der Rat, aber laut EU-Vorschriften müsste dieser – wenn er Änderungen vom Parlament richtig findet – diese Entscheidungen einstimmig fällen. Normalerweise – ohne Einspruch der EU-Kommission – reicht die qualifizierte Mehrheit von etwa zwei Dritteln der Stimmen.

Dass der EU-Rat nicht fortschrittlicher diskutierte, lag allerdings auch an Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer,

der eine Verschärfung von Grenzwerten als ausreichend bezeichnete. Ihm sei aber an einer europaweiten Harmonisierung gelegen, sagte Seehofer, deshalb komme auch ein Totalverbot infrage. Andere Mitgliedstaaten waren generell nicht bereit, diese als gefährlich eingestuft Stoffe zu verbieten.

Derweil wird im Süden Deutschlands ein dramatisches Bienen- und Insektensterben beobachtet. Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) verbot Mitte Mai acht Pestizide zur Maisbehandlung, weil durch diese in Südbaden zahlreiche Bienenvölker zugrunde gegangen seien. Für die Bienen kam das Verbot der Beizmittel für Maissaat zu spät. Die Pestizide mit dem Wirkstoff Clothianidin von der Bayer AG werden allerdings auch für Raps genutzt, für den in diesem Jahr noch eine zweite Saat ansteht. Der Vorsitzende des Landesverbandes Badischer Imker Eckehard Hülsemann sagte der Berliner Zeitung, das Problem sei nicht nur auf Honigbienen einzuschränken. Auch Wildbienen, Schmetterlinge, Hummeln und andere Insekten seien betroffen: „Wir haben hier kein Bienenproblem, sondern eine Umweltkatastrophe“, so Hülsemann. [jg]

► Vorlage im Ministerrat: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st06/st06124.de08.pdf>

Quecksilber

EU beschließt Exportverbot ab 2011

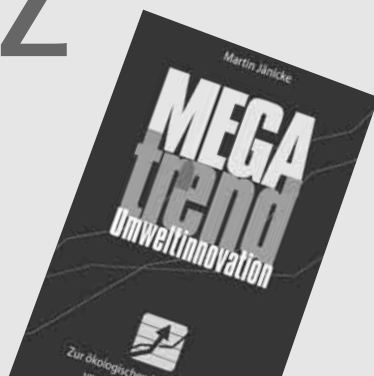
■ In zweiter Lesung haben sich das EU-Parlament und die Umweltminister der Mitgliedstaaten auf ein Exportverbot für Quecksilber geeinigt. Der Kompromiss sieht vor, dass ab dem 15. März 2011 kein metallisches Quecksilber mehr aus der EU ausgeführt werden darf. Europäische Umwelt- und Gesundheitsorganisationen begrüßten die Regelung. „Die Vernunft hat am Ende gesiegt,“ sagte Elena Lymberidi-Settimo von der Kampagne „Zero Mercury“ des Europäischen Umweltbüros.

Ein generelles Exportverbot für Verbundstoffe, wie es das Parlament gefordert hatte, kam jedoch nicht zustande. Stattdessen sind die wichtigsten quecksilberhaltigen Stoffe benannt. Die Initiative Health Care Without Harm Europe bedauerte, dass der Export von quecksilberhaltigen Produkten, die in der EU nicht verkauft werden dürfen, weiter erlaubt bleibt. Über ein Ausfuhrverbot für diese Güter soll erst bei der Revision der Regelung im Jahr 2013 entschieden werden. [fn]

► DNR, Quecksilberexperte Florian Noto, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-84, Fax -80, E-Mail: florian.noto@dnr.de, www.quecksilber.wordpress.com

Nachhaltigkeit

A-Z



U wie Umweltpolitik

Die Umweltindustrie in Deutschland wird im Jahr 2020 mehr Umsatz erzielen als der Kraftfahrzeug- und Maschinenbau. Gute Zeiten für einen radikalen Wandel in Umweltpolitik und -technik: Der Politikwissenschaftler Martin Jänicke erklärt Umweltnnovationen zum Megatrend und legt dar, wie dieser Trend gestärkt werden kann – mit dem Ziel, Wirtschaftswachstum und Umweltbelastungen zu entkoppeln.

M. Jänicke
Megatrend Umweltnnovation
 Zur ökologischen Modernisierung von Wirtschaft und Staat
 oekom verlag, München 2008, 198 Seiten, 29,90 EUR, ISBN 978-3-86581-097-7

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
 Fax +49/(0)81 91/970 00-405

Die guten Seiten der Zukunft

 **oekom**
verlag

Luftverschmutzung**Im Erzgebirge stinkt's**

■ Emissionen und Geruchsbelästigungen von Industrieanlagen im Erzgebirge waren Thema der deutsch-tschechischen Arbeitsgruppe Luftreinhaltung Ende April in Bad Schandau bei Dresden. Zwar hielten die tschechischen Unternehmen laut Bundesumweltministerium die europaweit geltenden Luftqualitätsgrenzwerte inzwischen ein, dennoch träten zeitweise unangenehme Geruchsbelästigungen auf. Minister Sigmar Gabriel forderte die tschechische Seite „mit Nachdruck“ auf, die Bevölkerung in den betroffenen Gebieten zu entlasten.

Gabriel befindet sich damit in seltener Übereinkunft mit dem Berichterstatter des EU-Parlaments für die Revision der Richtlinie für die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IVU-Richtlinie), Holger Kraemer (FDP). Dieser warf im April der tschechischen Regierung vor, den Spielraum zu missbrauchen, den die IVU-Richtlinie für Ausnahmeregelungen lässt. Die überarbeitete IVU-Richtlinie soll die „beste verfügbare Technik“ als Standard vorschreiben. Nach offiziellen Angaben betrifft die Regelung etwa 52.000 Industriestandorte in der EU. Auch andere EU-Mitgliedstaaten hinken mit der Überprüfung der Genehmigungen für Anlagen, die vor 1999 in Betrieb gingen, hinterher. Im Mai hat die EU-Kommission deshalb Mahnschreiben an neun Staaten verschickt. Tschechien war nicht dabei.

Die Vertreter Tschechiens sagten bei dem Treffen zu, die Genehmigungspraxis für Industrieanlagen zu verbessern, um dieses schon jahrzehntelang bestehende Problem auf Dauer zu lösen. Dazu werde man deutsche Fachleute nach Prag einladen. Bereits im Herbst soll die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe stattfinden. [jg]

- ▶ Bundesumweltministerium, www.bmu.de/presse (Nr. 076/08)
- ▶ Holger Kraemer, Leipzig, Tel. +49 (0)341 / 2535580, E-Mail: info@holger-kraemer.de, www.holger-kraemer.de
- ▶ EU-Kommission: www.europa.eu/rapid/ (IP/08/704)

Bundesimmissionsschutzverordnung**Streit um Feinstaub aus Kaminen und Öfen**

■ Der Streit um die Novellierung der Bundesimmissionsschutzverordnung (1. BImSchV), die Feinstaubgrenzwerte auch auf Kleinf Feuerungsanlagen ausdehnen soll, geht weiter. Nachdem das Umweltministerium Anfang des Jahres die Ressortabstimmung eingeleitet hatte – bisher ohne Ergebnis –, gab es im April eine Anhörung im Umweltausschuss des Bundestages zum Thema. Bundeswirtschafts- und Bundeslandwirtschaftsminister haben einen Generalvorbehalt.

Umstritten sind besonders Regelungen für Altanlagen, die laut Vorschlag ab 2014 mit einem Filter auszurüsten sind. Im ursprünglichen Vorschlag hätten etwa 7,2 Millionen Heizungen älteren Baujahrs zwischen 2014 und 2024 mit Filter ausgerüstet werden müssen. Nun plane man als Kompromiss Ausnahmen besonders im ländlichen Raum und für bestimmte Arten von Heizanlagen wie offene Kamine.

Der Umweltobmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Josef Göppel befürwortete den von der Unionsarbeitsgruppe mit dem Umweltministerium erarbeiteten Kompromiss für die Altanlagen. Die Übergangsfristen seien realistisch, der Handel reagiere bereits. Die Grünen-Fraktion kritisierte, dass Landwirtschaftsminister Horst Seehofer Menschen im ländlichen Raum vom Schutz vor Feinstaubbelastungen aus alten Heizungsanlagen ausnehmen wolle. Dies mache „weder umwelt- noch gesundheitspolitisch Sinn“, so die Sprecherin für ländliche Räume Cornelia Behm.

Die bisher geltende 1. BImSchV regelt Emissionen aus kleinen und mittleren Feuerungsanlagen – mit dem Stand der Technik von 1988. Ungefähr 15 Millionen ältere Heizungsanlagen gibt es in Deutschland. Der Dioxinausstoß dieser Anlagen ist nach Angaben der Grünen inzwischen höher als der aus allen Müllverbrennungsanlagen. Eine Regulierung sei dringend geboten. [jg]

- ▶ www.bmu.de/luftreinhaltung

Elektromagnetische Felder**Es strahlt am Kinderohr**

■ Dem Russischen Nationalen Komitee zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung (RNCNIRP) zufolge haben elektromagnetische Strahlen auf Kinder und Jugendliche enormen Einfluss. Basierend auf Tierexperimenten und Langzeitstudien machen die Wissenschaftler neben möglichen gesundheitlichen Schäden wie Tumoren und Alzheimer auch Einflüsse auf die höhere Nerventätigkeit aus. So seien Kinder, die oft mit Handys und schnurlosen Telefonen in Kontakt kommen, beispielsweise anfällig für Schlaflosigkeit oder Konzentrationsmangel. Sicherheitsstandards seien auf Erwachsene ausgerichtet, nicht auf Jugendliche oder Kinder. Elektromagnetische Strahlen seien aber nicht weniger gefährlich als Alkohol oder Tabak.

Auch die Europäische Umweltagentur (EEA) hält die gegenwärtigen EU-Grenzwerte für nicht angemessen. Nach zehn Jahren Mobilfunknutzung verdreifache sich das Krebsrisiko, so die EEA in einem Bericht. Inzwischen rät auch die Bundesregierung zum Verzicht auf funkgestützte Technik zu Hause. Das Bundesamt für Strahlenschutz sieht bei Einhaltung der Grenzwerte zwar keine Beweise für eine Gesundheitsgefahr, biologische Effekte gebe es aber auch unterhalb der Grenzwerte. Die derzeitigen Grenzwerte stützen sich auf Empfehlungen des privaten Vereins Internationale Kommission zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung (ICNIRP). Deren Vorsitzender Paolo Vecchia lehnte gegenüber dem ZDF-Magazin Mona Lisa eine Verschärfung der Grenzwerte ab. Er sprach von einer „Art Katastrophenalarm“ für die Bevölkerung, wenn niedrigere Grenzwerte als die Wissenschaft rät festgelegt würden. Nicht einbezogen in die Grenzwerte sind allerdings Mehrfachbelastungen durch unterschiedliche Strahlenquellen. Hierzu gibt es bisher auch kaum wissenschaftliche Untersuchungen. [io]

- ▶ <http://eng.cnews.ru> (News – 18.04.2008)
- ▶ ICNIRP, Gunde Ziegelberger, Oberschleißheim, Tel. +49 (0)1888 / 333 2156, www.icnirp.de
- ▶ <http://monalisa.zdf.de> (04.05.2008)

Ozonbelastung**Tod durch Ozon**

■ Eine von der US-Umweltbehörde EPA in Auftrag gegebene Studie weist auf den Zusammenhang zwischen kurzzeitig erhöhten Ozonwerten und steigenden Gesundheitsgefahren hin. Lungenkrebspatienten und Menschen mit Atemwegserkrankungen seien besonders betroffen. Vorzeitige Todesfälle seien aber auch bei „gesunden“ Menschen möglich. Untersucht wurde das bodennahe Ozon in verschiedenen Städten der USA, Kanadas und Europas. Anlass ist eine Überprüfung des derzeitigen US-Ozongrenzwerts von 100 Mikrogramm pro Kubikmeter ($\mu\text{g}/\text{m}^3$).

Die Ozonwerte in der EU waren im Sommer 2007 im Durchschnitt niedriger als in den letzten zehn Jahren, teilte die Europäische Umweltagentur mit. Der Grenzwert von $180 \mu\text{g}/\text{m}^3$ Luft wurde in Nordeuropa anders als 2006 nicht überschritten. Dennoch waren Spitzenwerte zu verzeichnen. Angestrebt wird ein Höchstwert von $120 \mu\text{g}/\text{m}^3$ über acht Stunden, um Gesundheitsgefahren auszuschließen. [10]

- ▶ EPA-Studie:
www.nap.edu/catalog.php?record_id=12198
- ▶ Ozonwerte in der EU im Sommer 2007:
http://reports.eea.europa.eu/technical_report_2008_5/en

KLIMA & ENERGIE

Atompolitik**USA und Russland wollen zusammenarbeiten**

■ Die einstigen Feinde im Kalten Krieg USA und Russland haben ein Abkommen zu nuklearer Zusammenarbeit abgeschlossen. Die US-amerikanische Regierung will damit das Verhältnis zu Russland wieder stärken, insbesondere nachdem es in der Vergangenheit Streit um den richtigen Umgang mit den Atomplänen der iranischen Regierung gegeben hat. Indirekt stellt sich die US-Regierung mit dem Abkommen hinter den Vorschlag Russlands, die Brennstäbe für das mit russischer Technologie gebaute iranische Atomkraftwerk Buschehr zu liefern und auch wieder zurückzunehmen, sofern der Iran der Forderung des UN-Sicherheitsrats nachkommt, die Urananreicherung auszusetzen.

Insbesondere eröffnet das bilaterale Abkommen der US-amerikanischen und russischen Atomindustrie eine weit reichende wirtschaftliche Zusammenarbeit. Beispielsweise gibt die USA ihre Politik auf, verbündeten Staaten wie Taiwan oder Südkorea zu untersagen, von US-

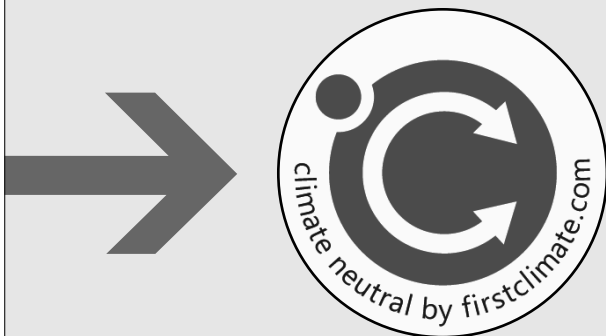
Unternehmen geliefertes Atommaterial an Russland weiterzugeben. So steht dem Plan Russlands, eine internationale Wiederaufbereitungsanlage für Schwelkenländer zu errichten, nichts mehr entgegen.

Allerdings muss Präsident George W. Bush das Abkommen noch dem Kongress vorlegen, der innerhalb von 90 Tagen Einspruch einlegen kann. In Repräsentantenhaus und Senat zeichnet sich bereits Widerstand gegen die Pläne ab. [mv]

CO₂-Emissionen**China ist Nummer eins**

■ Nach Berechnungen der Universität von Kalifornien war China bereits im Jahr 2007 der größte CO₂-Emittent der Welt. Die USA sind damit auf den zweiten Rang zurückgefallen. Die Rangliste bezieht sich allerdings nur auf die absoluten Werte und nicht auf die Emissionen pro Kopf. Hier liegt China mit etwas mehr als zwei Tonnen pro Person und Jahr nach wie vor weit hinter den USA, die auf knapp 20 Tonnen kommen, und den Europäern mit etwa zehn Tonnen. Einsame Spitze in dieser Kategorie sind die ölreichen Golfstaaten wie die Vereinigten Arabischen Emirate und Bahrain, die teilweise mehr als 40 Tonnen CO₂ pro Person und Jahr emittieren. [ms]

oekom verlag

**Unser Ideal heißt klimaneutral**

Wir folgen dem Motto »Vom Wissen zum Handeln« und publizieren nicht nur zu Nachhaltigkeit, sondern leisten auch als Unternehmen einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz: Seit Mai 2008 ist oekom der erste klimaneutrale Verlag Deutschlands.

Hierfür haben wir zunächst unseren CO₂-Ausstoß in allen Betriebsabläufen so weit wie möglich reduziert – etwa bei der Wahl unseres Stromanbieters im Verlagssitz und in der Druckerei. Den unvermeidbaren Rest an CO₂-Emissionen gleichen wir über unseren Partner First Climate AG aus: durch eine finanzielle Beteiligung an acht neuen Windkraftturbinen in Indien, bewertet nach Gold-Standard des World Wide Fund for Nature.

Die guten Seiten der Zukunft

Energieeffizienz**EU-Kommission überarbeitet Gebäuderichtlinie**

■ Die EU-Kommission will die Energieeffizienz von Gebäuden steigern. Im November will sie hierfür einen Änderungsvorschlag für die Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD) vorlegen. Als ersten Schritt des Revisionsprozesses hat sie eine öffentliche Konsultation gestartet.

Allein auf den Gebäudesektor entfallen in Europa 40 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs. Nach Schätzungen der EU-Kommission sind hier bis 2020 Einsparungen von 28 Prozent möglich, was den Gesamtenergieverbrauch in Europa um 11 Prozent senken und so einen enormen Beitrag zur Erreichung der europäischen Klimaziele leisten würde. Laut EU-Kommission sind Maßnahmen in diesem Bereich relativ kostengünstig und sorgen zudem für mehr Wirtschaftswachstum.

Ob die EU-Kommission mit ihrem Gesetzesvorschlag das enorme Potenzial nutzen und beispielsweise EU-Standards für die Energieeffizienz von Gebäuden einführen wird, bleibt abzuwarten: In einem Hintergrundpapier für einen laufenden Konsultationsprozess wählte sie kürzlich eine sehr vorsichtige Formulierung.

In vielen Mitgliedstaaten verläuft schon die Umsetzung der 2002 verabschiedeten Gebäuderichtlinie in nationales Recht sehr schleppend. Die Kommission leitete bereits gegen 17 Staaten Vertragsverletzungsverfahren ein.

Doch gerade wegen der langwierigen Gesetzgebungsverfahren und weil neu gebaute und renovierte Gebäude oft für Jahrzehnte nicht verändert werden, fordern Umweltverbände, dass die EU-Kommission jetzt die Weichen richtig stellt.

Bis zum 20. Juni läuft der Konsultationsprozess. Interessierte können im Internet zu dem Thema Stellung nehmen. [mv]

- ▶ Onlinekonsultation der EU-Kommission: www.kurzlink.de/gebrl
- ▶ EU-Gesetzgebungsverfahren: www.kurzlink.de/mitentscheidung

Offshore-Windanlagen**EU will wissen, wo es hakt**

■ Die EU-Kommission hat ein Konsultationsverfahren gestartet, in dem sich Bürger und Organisationen aus allen gesellschaftlichen Bereichen an der Diskussion über Offshore-Windanlagen beteiligen können. Die Kommission fragt vor allem nach Hindernissen für den Ausbau solcher Anlagen sowie nach Möglichkeiten diese zu überwinden. Die Konsultation findet im Rahmen des Strategischen Energietechnologieplanes (SET) statt. Letzter Abgabetermin für Stellungnahmen ist der 20. Juni.

[ms]

- ▶ Konsultation: www.ec.europa.eu/energy/res/consultation

Klimawandel**Verschonungspause für Europa?**

■ Der Klimawandel könnte in den nächsten zehn bis 15 Jahren eine Pause einlegen. Die Temperatur werde zunächst gleich bleiben, in Europa und Nordamerika könne es sogar zu einer leichten Abkühlung kommen. Zu diesen Erkenntnissen gelangt ein Team von Klimaforschern des Leibniz-Instituts für Meereswissenschaften und des Max-Planck-Instituts für Meteorologie in einer Studie, die im Fachmagazin Nature veröffentlicht wurde.

Das heiße allerdings nicht, dass das Klimaproblem weniger dramatisch sei als in den letzten Jahren angenommen, warnte Mojib Latif, einer der Autoren der Studie. Der langfristige Trend zeige unzweifelhaft in Richtung einer deutlichen Erwärmung des globalen Klimas. Man habe lediglich mit verbesserten Methoden neue Erkenntnisse über die Wirkungsweise der Meeresströmungen gewonnen und könne nun sagen, dass der Anstieg in den nächsten Jahren etwas langsamer vorangehen werde als bisher angenommen. [ms]

- ▶ Studie: Nature Bd. 453 (2008), S. 84–88, www.nature.com/nature/journal/v453/n7191/full/nature06921.html

Energieliberalisierung**Trennung von Netz und Produktion rückt näher**

■ Der Industriausschuss des Europäischen Parlaments (ITRE) hat sich für eine eigentumsrechtliche Entflechtung der Energiekonzerne ausgesprochen. Am 7. Mai lehnten die ParlamentarierInnen alternative Vorschläge zu der von der EU-Kommission geforderten vollständigen Trennung der Stromproduktion von den Verteilernetzen ab. Der in dieser Sache federführende ITRE-Ausschuss stellt sich damit auf die Seite der Kommission und gegen einige große Mitgliedstaaten. Offen ist noch, ob das gesamte Parlament bei der Abstimmung im Juni dieser Linie folgt.

Die Entflechtung ist ein Kernstreitpunkt des dritten EU-Energiepaketes. Die Kommission hatte ursprünglich auf einer vollständigen Trennung von Netz und Produktion bestanden. Später gab sie aber dem Druck einiger Regierungen – allen voran der deutschen und der französischen – nach und schlug vor, dass die Unternehmen zwar Netz und Produktion behalten könnten, wesentliche Investitionsentscheidungen aber einem unabhängigen Systembetreiber überlassen müssten. Deutschland und Frankreich, wo wenige große Energiekonzerne den Markt dominieren, ging aber auch dies zu weit. Sie schlugen einen „dritten Weg“ vor. Dabei soll die Aufsicht über die Netze eine eigenständige Firma ausüben, die aber denselben Anteilseignern gehören soll wie die Produktionsanlagen.

Sollte das Plenum des Parlaments dem Votum des Industriausschusses folgen, stehen schwierige Verhandlungen mit dem EU-Ministerrat bevor. Die französische Regierung hat bereits durchblicken lassen, dass sie das gesamte Gesetzgebungsvorhaben scheitern lassen könnte. Der Rat will am 6. Juni über das Thema beraten. [ms]

- ▶ EU-Kommission zum dritten Energiepaket: www.ec.europa.eu/energy/electricity
- ▶ Industriausschuss des EU-Parlaments: www.kurzlink.de/itre-06-05-2008
- ▶ EU-Gesetzgebungsverfahren: www.kurzlink.de/mitentscheidung

CO₂-Abscheidung**Kohlendioxid heute, morgen oder gar nicht speichern**

■ Um die zukünftige Rolle der CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) ist in Brüssel ein heftiger Streit entbrannt. Die EU-Kommission hatte in ihrem Energiepaket vom 23. Januar unter anderem einen Vorschlag für den Ausbau der CCS-Technologie vorgelegt. Darin regt sie an, Kohlekraftwerken, die über CCS verfügen, Emissionsrechte kostenlos zur Verfügung zu stellen. Da die Emissionen nicht in die Atmosphäre gelangten und somit das Klima nicht schädigten, sei eine solche Bevorzugung gegenüber anderen Sektoren gerechtfertigt.

Der zuständige Berichterstatter des EU-Parlaments Chris Davies (Liberale) hält diesen Vorschlag für nicht weitreichend genug. Er schlug dem Parlament vor, deutlich stärkere finanzielle Anreize für einen beschleunigten Ausbau von CCS bei Kohlekraftwerken zu setzen. Für jede Tonne unterirdisch gespeichertes CO₂ solle der Kraftwerksbetreiber ein Zertifikat erhalten, das er auf dem Emissionsmarkt verkaufen könne. Damit könne er durch die kostenlose Zuteilung und die zusätzlichen Zertifikate einen doppelten Gewinn verbuchen. Diesen hält Davies für notwendig, weil der Ausbau der Technologie ansonsten zu kostspielig sei. Bis zum Jahr 2025 müssten alle fossilen Kraftwerke mit CCS-Technologie ausgestattet sein, fordert der Berichterstatter. Auch seien ab 2015 Neubauten, die nicht wenigstens 90 Prozent ihrer Emissionen auffangen, zu stoppen.

Die Umweltorganisation Greenpeace hält CCS dagegen für einen Irrweg. Die positive Klimawirkung von CCS sei nicht bewiesen, heißt es in einer Anfang Mai vorgestellten Studie. Die Diskussion um CCS werde vor allem von der Energiewirtschaft lanciert, um den Bau weiterer Kohlekraftwerke zu legitimieren. Ein Kraftwerk, das mit CCS arbeite, sei im Vergleich zu herkömmlichen Anlagen extrem ineffizient. Es verbrauche zwischen zehn und 40 Prozent mehr Energie und bis zu 90 Prozent mehr Wasser. Zudem sei die Technologie

frühestens im Jahr 2030 großflächig einsetzbar, und selbst dann seien 40 bis 70 Prozent der Anlagen nicht mit CCS ausgestattet. [ms]

- ▶ Vorlage der EU-Kommission: www.ec.europa.eu/energy/climate_actions
- ▶ Interview mit Berichterstatter Chris Davies: www.euractiv.com/en/climate-change
- ▶ Greenpeace-Studie: [www.greenpeace.org/international/press\(reports\)](http://www.greenpeace.org/international/press(reports))

Interreligiöser Dialog**Was der Klimawandel lehrt**

■ Auf einem informellen Treffen der Präsidenten der EU-Institutionen mit führenden Religionsvertretern aus Islam, Juden- und Christentum zum Thema Klimawandel und Versöhnung hoben die Beteiligten die besondere Rolle der Religionen im Kampf gegen den Klimawandel hervor. Kardinal Franc Rode, Präfekt der vatikanischen Ordenskongregation, mahnte Askese und Bescheidenheit im Umgang mit den Ressourcen an.

Der gegenwärtige Präsident des Europäischen Rates und slowenische Premierminister Janez Janša sagte, dass die Umwelt nicht nur ein natürlicher, sondern auch ein heiliger Ort sei. Die Vereinigung und Loyalität zwischen Menschen, der Natur und dem Schöpfer sei gleichermaßen ein Grundprinzip des Judentums, des Christentums und des Islam. „Der Klimawandel verlangt von uns zu überdenken, wie wir Kreativität, Einfallsreichtum und Unternehmertum so lenken, dass wir unabhängig von fossilen Energieträgern, aber trotzdem wohlhabend sind und miteinander in Harmonie leben wie nie zuvor“, sagte Janša. Spreche man von Schöpfung und nicht von Natur, so halte dies zu einem besonders verantwortungsvollen Verhalten gegenüber der Umwelt an.

Der interreligiöse Dialog, den der EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso 2005 ins Leben gerufen hat, fand Anfang Mai zum vierten Mal statt. [mv]

- ▶ www.kurzlink.de/klimaversoehnung

Biokraftstoffe I**Deutschland setzt auf brasilianisches Ethanol**

■ Bundeskanzlerin Angela Merkel hat auf ihrer Lateinamerikareise im Mai ein heftig umstrittenes Energieabkommen mit Brasilien unterzeichnet. Inhalt ist insbesondere, die brasilianische Biokraftstoffproduktion weiter auszubauen. Umweltminister Sigmar Gabriel war zuvor nach Brasilien gereist, um mit seiner Amtskollegin Marina Silva über einen nachhaltigen Anbau von Energiepflanzen zu verhandeln und das Abkommen vorzubereiten.

Gabriels Klimapolitik, die Verwendung des Treibstoffs im Verkehr bis 2020 mehr als zu verdoppeln (siehe auch S. 29), ist wegen der negativen ökologischen und sozialen Folgen der Biokraftstoffproduktion massiv in die Kritik geraten. Nun will er Auswirkungen wie die Abholzung von Regenwäldern dadurch verhindern, dass Deutschland privilegierte Partnerschaften mit einzelnen Exportländern eingeht. Diese sollen dann bei der Produktion des Treibstoffs bestimmte Nachhaltigkeitskriterien beachten, etwa dass für den Anbau kein Regenwald abgeholzt wird. So will der Umweltminister die Zeit überbrücken, bis EU-weit verbindliche ökologische und soziale Nachhaltigkeitskriterien gelten.

Tatsächlich beinhaltet das Abkommen mit Brasilien aber nur das Einrichten einer Arbeitsgruppe. Nachhaltigkeitsregelungen wurden nicht aufgestellt. Ein Sprecher des brasilianischen Energieministeriums verkündete zudem einen Tag vor Merkels Anreise, dass Brasilien gegen europäische Nachhaltigkeitskriterien vorgehen werde, da es sich dabei um Handelshemmnisse handele. Am gleichen Tag trat auch Gabriels Verhandlungspartnerin in Sachen Nachhaltigkeit, Umweltministerin Silva – von Anhängern auch Schutzpatronin des Waldes genannt – zurück. Als Grund nannte sie den „wachsenden Widerstand“ in Regierung und Gesellschaft gegen ihre Umweltpolitik. [mv]

- ▶ Fallstudie: Fritz, T., Agroenergie in Lateinamerika, FDCL, Mai 2008, www.fdcl-berlin.de/?1241

Biokraftstoffe II

Wachsender Druck auf EU-Beimischungsziele

■ Die EU gerät mit ihrer Politik, die Herstellung von Biokraftstoffen zu fördern, wegen der negativen ökologischen und sozialen Folgen immer mehr in die Kritik internationaler Organisationen, Ökonomen und Nichtregierungsorganisationen.

Auch die Stimmen von Mitgliedern des Europäischen Parlaments gegen eine Beimischungsquote von zehn Prozent werden lauter. Nach Ansicht von Claude Turmes (Grüne), Berichterstatter zum Richtlinienenvorschlag Erneuerbare Energien, sollte diese gänzlich verworfen werden. Derzeit liegt dem Parlament und dem Ministerrat ein Richtlinienvorschlag der EU-Kommission vor, der vorsieht, den Anteil von Biokraftstoffen von derzeit zwei auf zehn Prozent bis 2020 zu erhöhen. Dies soll ein wichtiger Baustein sein, um die europäischen Klimaschutzziele zu erreichen.

Den Berichtsentwurf mit den Änderungen von Turmes erhielten die EU-Abgeordneten am 8. Mai. Der Industriesausschuss des Parlaments (ITRE) wird am 16. Juli darüber abstimmen, das Parlament voraussichtlich im September.

Die Europäische Umweltagentur forderte die EU-Kommission auf, die Beimischungspläne auszusetzen und zunächst eine umfassende Studie über die ökologischen Risiken zu erstellen, bevor verbindliche Langzeitziele gesetzt werden.

Auch aus sozialer Sicht gerät das Vorhaben massiv in die Kritik. Die UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO sieht in der steigenden Nachfrage nach Biosprit zumindest einen der Gründe für die weltweit steigenden Lebensmittelpreise, die in jüngster Zeit zu Protesten in Haiti sowie in asiatischen und afrikanischen Staaten führten. Auch Weltbankpräsident Robert Zoellick äußerte sich im Vorfeld des Frühjahrsgipfels des Internationalen Währungsfonds (IWF) kritisch. Während viele nur daran dächten, ihre Tanks zu füllen, hätten andere Menschen Probleme ihre Mägen zu füllen. Zoellick spielte auf einen Bericht der Weltbank an,

dem zufolge die Herstellung von Biokraftstoffen entscheidend dazu beigetragen hat, dass die Lebensmittelpreise seit 2005 um mehr als 80 Prozent gestiegen sind.

Die EU-Kommission beharrt indessen auf ihrer Biospritpolitik und will die negativen ökologischen und sozialen Folgen mit der Einführung von Nachhaltigkeitskriterien in den Griff bekommen. So soll nur Biosprit verwendet werden, der ökologisch und sozial unbedenklich ist. Doch Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen bezweifeln, dass die Einhaltung der Standards in der Praxis überhaupt überprüfbar ist. Selbst wenn der von Europa importierte Biosprit tatsächlich nachhaltig sein sollte, könne so nicht der Problematik der indirekten Landnutzungsänderung begegnet werden. Hiervon ist die Rede, wenn der Anbau von Energiepflanzen für Europa zwar nachhaltig gestaltet wird, dies aber dazu führt, dass stattdessen der Anbau von Nahrungsmitteln ökologisch sensible Gebiete zerstört. [mv]

- Interview mit Claude Turmes: www.euractiv.com/de/energie
- EU-Gesetzgebungsverfahren: www.kurzlink.de/mitentscheidung

Erneuerbare Energien

Glos schießt gegen Gabriels Energiepolitik

■ Umweltminister Sigmar Gabriel und Wirtschaftsminister Michael Glos streiten über die richtige Energiestrategie. Glos hält die Pläne Gabriels, die Windenergie an Land zu fördern und den Abnahmepreis 2009 auf 9,1 Cent zu erhöhen – 1,2 Cent mehr als im Gesetzesentwurf zur Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vorgesehen – für verfrüht. Bei derzeitigem Anstieg der Energiepreise könne der Verbraucher nicht noch weiter belastet werden.

Darüber hinaus verlangt Glos, die staatliche Förderung von Solarenergie drastisch zu kürzen. Hierfür ließ er vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsfor-

schung (RWI) eine Studie erstellen, in der die Autoren vorschlugen, die Stromvergütung für Fotovoltaik um 30 Prozent zu kürzen.

Gabriel ermahnte Glos indessen, er solle sich an die Regierungsbeschlüsse über den Einsatz erneuerbarer Energien halten. Das Vorgehen des Wirtschaftsministeriums gefährde zudem Tausende von Arbeitsplätzen, die die Solarindustrie in Ostdeutschland aufgebaut habe. [mv]

Atomtransporte

Neuer Castor unzuverlässig?

■ Der für 2009 geplante Castor-Transport von Frankreich nach Gorleben wird nicht stattfinden, da sich die Genehmigung des neuen Castor-Typs verzögert. Die Bundesanstalt für Materialforschung (BAM) will die Zuverlässigkeit des Castors vom Typ HAW 28 M noch bis mindestens September prüfen.

Schon im Dezember letzten Jahres hatte die BAM schriftlich gegenüber dem Hersteller, der Gesellschaft für Nuklearsicherheit, „Defizite in grundlegenden Fragestellungen“ festgestellt. Zudem kann wegen Bauarbeiten in der Wiederaufbereitungsanlage in La Hague zwischen November und April kein Atom Müll verladen werden. Alleine den Castor Behälter zu füllen dauert etwa ein halbes Jahr.

Dies sollte der vorletzte Castor-Transport von Frankreich nach Gorleben sein. Insgesamt sollen noch 33 Behälter mit hochradioaktivem Müll gefüllt werden. Damit wäre der gesamte deutsche Atom Müll wieder in Deutschland.

Statt des Castor-Transports 2009 könnte allerdings 2008 ein Transport mit TN-85-Behältern des Konkurrenzunternehmens von Castor stattfinden. Das Genehmigungsverfahren für diesen Behälter ist abgeschlossen. Das Bundesamt für Strahlenschutz gab an, dass eine Entscheidung hierüber demnächst fallen werde. Der letzte Castor-Transport wird nach derzeitiger Planung 2011 stattfinden. [mv]

- www.castor.de

Nachhaltigkeit

A-Z



K wie Kaffee

Nach Öl der wichtigste Rohstoff auf dem Weltmarkt und das beliebteste Getränk weltweit: Kaffee! Wie kein anderer Stoff formte er unsere Gesellschaft, beeinflusst Denken und Fühlen der Neuzeit, ist Politikum, um das Kriege geführt wurden und bestimmt noch heute das Schicksal von Millionen. Virtuos erzählt H. E. Jacob seine Geschichte in einer einzigartigen kulturhistorischen Synthese – ergänzt um neueste Entwicklungen im Handel und Konsum des Kaffees und aktuelle Karten.

H. E. Jacob

Kaffee

Die Biographie eines weltwirtschaftlichen Stoffes
oekom verlag, München 2006, Reihe Stoffgeschichten Band 2, 360 Seiten, 24,90 EUR
ISBN-10: 3-86581-023-3
ISBN-13: 978-3-86581-023-6

Erhältlich bei

www.oekom.de
oekom@rhenus.de
Fax +49/(0)81 91/970 00-405

oekom
verlag

Die guten Seiten der Zukunft

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Produktkennzeichnung**Umweltstandards auch für Kleider, Möbel, Wasserhähne**

■ Die EU-Kommission will die geltenden Umweltstandards und Kennzeichnungssysteme für Geräte und Büroausstattung erweitern. Dafür wird die sogenannte Ökodesignrichtlinie mit Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energiebetriebener Produkte (EuP) überarbeitet. Dies ist Bestandteil eines Aktionsplans für nachhaltige Verbrauchs- und Produktionsmuster und nachhaltige Industriepolitik.

Die Novelle soll auch nicht energiebetriebene Produkte wie Kleidung, Möbel, Reinigungsmittel, Türen oder Isolierstoffe umfassen. In einem früheren Entwurf waren nur Fenster, Bäder, Duschen und Wasserhähne aufgelistet. Zwar müssen laut dem Entwurf nicht alle Produkte gekennzeichnet werden, eine Ökobilanz ist aber vorgeschrieben. Fällt sie positiv aus, werden die Produkte unter anderem bei der öffentlichen Auftragsvergabe bevorzugt. Werden Mindeststandards unterschritten, dürfen sie nicht auf den EU-Markt gelangen.

Das Europäische Umweltbüro (EEB) begrüßte, dass die Mehrheit der EU-Länder den ursprünglichen Vorschlag der Kommission abgelehnt hatte. Diesen hatte das EEB kritisiert, weil er die Ökokennzeichnung geschwächt hätte. So sollten etwa problematische Stoffe wie PVC oder genmanipulierte Bestandteile auch in Produkten mit dem Ökolabel erlaubt sein.

Der Vorschlag für eine überarbeitete EuP-Richtlinie und die Mitteilung zu den Aktionsplänen sollten ursprünglich im Mai EU-Ministerrat und Parlament vorgelegt werden. Nun ist der Juni geplant. [mbu]

- ▶ EU-Kommission, Umwelt, Brüssel, www.ec.europa.eu/environment
- ▶ EEB, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 28910-90, Fax -99, E-Mail: info@eeb.org, www.eeb.org
- ▶ EU-Gesetzgebungsverfahren: www.kurzlink.de/mitentscheidung

Nachfrage Ökolebensmittel**Biokost kein Lifestyleprodukt**

■ Biokostmittel werden nicht aus Lifestylegründen gekauft, sondern wegen ihres geringeren Anteils an Schadstoffen und ihrem Beitrag zum Umweltschutz. Das ergab eine Umfrage der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg unter 1.000 VerbraucherInnen im April. 86 Prozent der Befragten sprachen sich dafür aus, dass Biokostmittel bei der amtlichen Lebensmittelkontrolle und bei vergleichenden Warentests mit den gleichen Methoden wie konventionelle geprüft werden sollen. Darüber hinaus sollte es spezielle Untersuchungen geben, um die ökologische Qualität wie niedrigere Pestizidrückstände, artgerechte Tierhaltung, geringerer Anteil an Zusatzstoffen bei verarbeiteten Lebensmitteln und umweltfreundliche Produktion zu belegen. [mbu]

- ▶ Verbraucherzentrale, Stuttgart, Tel. +49 (0)711 / 669173, www.vz-bawue.de

Verbraucherrecht**EU-Gericht stärkt KundInnen**

■ In Deutschland müssen VerbraucherInnen keine Nutzungsgebühr zahlen, weil sie ein mangelhaftes Gerät so lange benutzen, bis dieses vom Hersteller ersetzt wird. Eine entsprechende Vorschrift im deutschen Schuldrecht verstöße gegen EU-Recht, entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg im April.

Eine Kundin, die bei einem Versandhaus einen Backofen gekauft hatte, hatte nach anderthalb Jahren festgestellt, dass sich im Ofen die Emailleschicht ablöste. Der Versandhändler ersetzte den Backofen zwar durch einen neuen, verlangte jedoch fast 70 Euro als Wertersatz dafür, dass die Frau den fehlerhaften Ofen benutzt hatte.

Der EuGH erklärte dies für unrechtmäßig (Rechtssache C-404/06). VerbraucherInnen könnten nach EU-Recht kostenlosen Ersatz verlangen, sofern ihre Forderung nicht unmöglich oder unverhältnismäßig sei. Andernfalls würden KundInnen sich

vielleicht nicht trauen, ihre Ansprüche geltend zu machen.

Wenn der Händler ein „nicht vertragsgemäßes Verbrauchsgut“ liefere, so müsse er die Folgen tragen. Seine Interessen seien durch eine zweijährige Verjährungsfrist ausreichend berücksichtigt. Zudem könne er die Ersatzlieferung verweigern, wenn diese unverhältnismäßig sei. Das höchste EU-Gericht war vom Bundesgerichtshof (BGH) angerufen worden, weil dieser Zweifel an der Gültigkeit des deutschen Rechts hatte. [mbu]

- Verzeichnis der Rechtsachen beim EuGH:
www.curia.europa.eu/de/content/juris

Verbraucherinformation

Staat lässt sich Auskunft teuer bezahlen

■ Seit Mai ist in Deutschland das Verbraucherinformationsgesetz (VIG) in Kraft. Es erlaubt KundInnen, sich bei Behörden über Lebensmittel, Kosmetika, Spielsachen und andere Produkte zu informieren. Die Anfragen sind allerdings nur dann kostenlos, wenn es sich um eine Auskunft über einen Rechtsverstoß handelt, zum Beispiel im Fall von Gammelfleisch. Für alle anderen Auskünfte muss eine Gebühr bezahlt werden. Je schwieriger die Auskunftserteilung, desto teurer die Gebühr: Die Summen können sich nach offiziellen Angaben von fünf Euro bis auf mehrere Tausend Euro belaufen. Das Bundesverbraucherministerium versicherte, dass die Anfragesteller vorher informiert würden, wenn die Gebühr 25 Euro überstiege.

Minister Horst Seehofer sagte bei der Vorstellung des verbraucherpolitischen Berichts im April, dass die Rechte der VerbraucherInnen in dieser Legislaturperiode wesentlich gestärkt und mehr Transparenz geschaffen worden seien.

Verbraucherorganisationen hingegen verwiesen auf zahlreiche Mängel des VIG. So kritisierte Greenpeace, dass das Gesetz nicht auch Dienstleistungen oder weitere Produkte erfasse. Nach Recher-

chen von Foodwatch kann etwa die Hälfte der Bundesbürger das neue Recht noch nicht in Anspruch nehmen, weil in acht Bundesländern die Regelungen noch nicht umgesetzt worden sind. Die Verbraucherrechtsorganisation befürchtet zudem, dass Gebühren Informationssuchende abschrecken könnten. [mbu]

- www.kurzlink.de/verbraucherbericht
- Foodwatch, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 240476-19, Fax -26, E-Mail: presse@foodwatch.de, www.foodwatch.de

Lebensmittelkennzeichnung

Kundschaft wählt die Ampel

■ 80 Prozent der Deutschen finden eine farbliche Kennzeichnung von Lebensmittelnährwerten informativ, übersichtlich und verständlich. Eine deutliche Mehrheit wünscht sich, dass die Angaben auf 100 Gramm bezogen sind und dass sie auf der Vorderseite der Produkte angegeben werden. Das ergab im Mai eine repräsentative Umfrage von Infratest-Dimap im Auftrag des Bundesverbraucherministeriums (BMELV). Den Befragten wurde eine Kennzeichnung vorgelegt, bei der die Gehalte an Zucker, Fett, gesättigten Fettsäuren und Salz farblich bewertet werden.

Damit spricht sich die Mehrheit der Befragten für ein Modell aus, das Bundesernährungsminister Horst Seehofer auch weiterhin gegen das Votum der Deutschen ablehnt. Er hatte gemeinsam mit der Lebensmittelindustrie eine unverständliche Kennzeichnung mit Zahlen und Prozentangaben entwickelt, die sich auf willkürlich festgelegte Portionen und den Tagesbedarf einer erwachsenen Frau bezieht. Verbraucherverbände und die Deutsche Gesellschaft für Ernährung kritisieren dies. Verbraucherinnen und Verbraucher würden mit diesen Angaben weiter in die Irre geführt, hieß es bei der DGE.

Ausgelöst wurde die Kennzeichnungsinitiative von den alarmierenden Resultaten der sogenannten Verzehrstudie. Die hatte ergeben, dass zwei Drittel der deutschen Männer und gut die Hälfte der

Frauen übergewichtig oder fettleibig sind. Ernährungsbedingte Krankheiten verursachen im Gesundheitssystem inzwischen 70 Milliarden Euro Kosten im Jahr. [mbu]

- Foodwatch, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 240476-0, Fax -26, E-Mail: info@foodwatch.de
- www.foodwatch.de/e10/e13946/e15254

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

Welternährung

Mehr Hilfe zur Selbsthilfe

■ In der Europäischen Union wird heftig darüber debattiert, was gegen die weltweit steigenden Lebensmittelpreise zu tun sei. Analysen zeigten, dass die Preise sich weiter erhöhten, sagte EU-Entwicklungskommissar Louis Michel im April vor dem Europaparlament in Straßburg. Der Fraktionsvorsitzende der europäischen Sozialdemokraten Martin Schulz kritisierte den „Kasino-Kapitalismus“ von Spekulanten, die mit steigenden Lebensmittelpreisen Gewinne machten. Es sei nötig, die Agrarproduktion in den ärmeren Ländern zu steigern, sagte Schulz, und widersprach damit Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer. Dieser hatte eine höhere Nahrungsmittelproduktion in Europa gefordert, um dort die Preise zu stabilisieren. Auch der französische Agrarminister Michel Barnier ist für mehr landwirtschaftliche Produktion.

EU-Entwicklungskommissar Michel sprach sich stattdessen für mehr Hilfe zur Selbsthilfe aus. Eine Erhöhung der europäischen Agrarproduktion würde den Wettbewerb zwischen Nord und Süd ankurbeln, was zum Nachteil der Märkte in den armen Ländern sei. Vielmehr müsse die Landwirtschaft in Entwicklungsländern entwickelt werden, sagte Michel. Ziel müsse es sein, dass sich jedes Land selbst ernähren könne. [mbu]

- www.ec.europa.eu/commission_barroso/michel/index_en.html

Agrogentechnik

EU-Kommission als Türöffner für Monsanto?

■ Aus Sicht von Umweltverbänden bieten gentechnisch veränderte Lebensmittel keine Lösung für die weltweite Ernährungskrise. In der Diskussion über die hohen Lebensmittelpreise bestehe die Gefahr, dass genmanipuliertes Essen als falsche Alternative präsentiert werde, sagte die Gentechnikexpertin von Friends of the Earth Europe (FoEE) Helen Holder im Mai. Die Europäische Kommission dürfe die bestehenden Gesetze nicht lockern. Die Risiken für Landwirtschaft und Natur seien inakzeptabel. Außerdem sei laut Umfragen die Mehrheit der EU-Bevölkerung weiter gegen Gentechnik im Essen.

Unterdessen beschloss die EU-Kommission, dass Österreich sein Importverbot für zwei gentechnisch veränderte Maissorten aufheben muss. Im vergangenen Oktober war es dem Land nicht gelungen, unter den Mitgliedstaaten ausreichend Unterstützung für nationale Verbote zu bekommen. Österreich lässt seit 1999 aus Gründen des Gesundheitsschutzes weder den Import und Anbau noch die Verarbeitung der Genmaissorten MON810 und T25 der Unternehmen Monsanto und Bayer zu. Nach dem Beschluss der Kommission

muss der Genmais nun über die Grenze gelassen und seine Verarbeitung erlaubt werden. Wenn die Regierung in Wien sich weigert, die Verbote aufzuheben, muss sie mit rechtlichen Konsequenzen rechnen.

[mbu]

- ▶ EU-Kommission, Lebensmittelsicherheit, Gentechnik, Brüssel, www.ec.europa.eu/food/food/biotechnology/gmfood/index_de.htm
- ▶ Friends of the Earth Europe (FoEE), Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 542 0180, Fax 5375596, E-Mail: info@foeeurope.org, www.foeeurope.org

Feldbesetzungen

Initiative „Gendreck weg“ macht weiter

■ Zur Aussaatzeit im April haben GegnerInnen der Agrogentechnik in Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen wieder Felder besetzt, auf denen genmanipulierte Pflanzen angebaut wurden. Nach Angaben der Initiative „Gendreck weg“ waren es die größten Aktionen seit vielen Jahren. Einige Freisetzungversuche seien verhindert worden. Die Unterstützung aus der Bevölkerung wachse und die Kontrahenten zeigten teilweise Entgegenkommen.

So setzte die Fachhochschule Nürtingen-Geislingen, der ein besetztes Feld gehörte, auf Gespräche statt auf Konfrontation. Die Universität Gießen hatte als Eigentümerin eines weiteren besetzten Feldes Anzeige erstattet, sagte aber schließlich den geplanten Genmaisversuch ab. Nach Angaben der Initiative wurden damit alle vier Freisetzungversuche in Hessen verhindert. Ein Genmaissfeld bei Laase im Wendland ist seit dem 1. Mai besetzt.

Die Gentechniklobby ist aber laut „Gendreck weg“ weiter im Aufwind. Im Dezember 2007 hatte Agrarminister Horst Seehofer ein zeitweiliges Verbot für den Monsanto-Genmais MON 810 aufgehoben, obwohl der Anbau dieser Sorte in fünf EU-Ländern weiter verboten ist.

In Frankreich scheint sich der Wind wieder in Richtung Gentechnikbefürwortung zu drehen. So wurde ein neues Gesetz über gentechnisch veränderte Organismen verabschiedet. In der französischen Bevölkerung gab es jahrelang einen breiten Widerstand gegen die Gentechnik. Bekanntester Kritiker ist der Bauernaktivist José Bové. Nach Einschätzung deutscher GentechnikgegnerInnen hat der Protest in Frankreich aber nachgelassen. [mbu]

- ▶ Gendreck-weg, Wolfenbüttel, Tel. +49 (0)175 / 8666769, Fax +49 (0)761 / 4004226, E-Mail: aktion@gendreck-weg.de, www.gendreck-weg.de

Nachhaltigkeit

A-Z



V wie Verbraucher

Wer ist vor allem verantwortlich für die Zerstörung von Umwelt und sozialen Errungenschaften? Die Wirtschaft? Die Politik? Falsch. Der Verbraucher. Die Verbraucherin. Wir. Sie. Du. Ich.

Bernhard Pötter hält sich und uns auf sympathische Weise den Spiegel vor, ohne dabei moralinsauer den Zeigefinger zu heben. Ein leidenschaftlicher Aufruf zur Einmischung in die eigenen Angelegenheiten.

B. Pötter

König Kunde ruiniert sein Land

Wie der Verbraucherschutz am Verbraucher scheitert. Und was dagegen zu tun ist. oekom verlag, München 2005, 156 Seiten, 14,80 EUR, ISBN 3-936581-92-4

Erhältlich bei

www.oekom.de

oekom@rhenus.de

Fax +49/(0)81 91/970 00-405

Die guten Seiten der Zukunft

 **oekom**
verlag

Genweizen, Generbsen

Viel Protest, viel Wirkung

■ In diesem Jahr wird es in Ostdeutschland keine Versuche mit Genweizen geben. Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) hat bisher nicht über eine Genehmigung entschieden. Damit ist es dieses Jahr zu spät für die Aussaat. 7000 Einwendungen gegen die geplanten Versuche waren dem BVL Ende März zugewandt. Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer erhielt 5000 Protest-E-Mails. Allerdings befürchten die Initiatoren des Protests vom Umweltinstitut München, dass die Freisetzung nur auf das kommende Jahr verschoben ist.

Auch der Protest gegen den Freisetzungsvorhaben mit genmanipulierten Pharma-Erbse 2007 war offenbar erfolgreich. Die Gentechnikfirma Novoplant meldete Insolvenz an. Sie hatte 2007 einen Freisetzungsvorhaben mit den Generbsen in Gatersleben (Sachsen-Anhalt) durchgeführt. Aus den Erbsen sollte ein Medikament gegen Durchfall bei Schweinen hergestellt und als Antibiotika-Ersatz in Futtermittel gemischt werden. Der Versuch fand in unmittelbarer Nähe zu der Genbank statt, die die weltgrößte Sammlung traditioneller Erbsensorten beherbergt. [mbu]

► Umweltinstitut München, Tel. +49 (0)89 / 307749-0, E-Mail: info@umweltinstitut.org, www.umweltinstitut.org

Genkartoffeln

EU will Amflora weiter prüfen

■ Die Genkartoffel „Amflora“ des Chemiekonzerns BASF wird erst dann in der EU zugelassen, wenn neue Untersuchungen die Unbedenklichkeit für Mensch und Umwelt garantieren. Auch mit anderen gentechnisch veränderten Produkten, die die EU-Kommission genehmigen muss, soll so verfahren werden. Das beschloss die EU-Kommission im Mai in Brüssel. Die wissenschaftliche Prüfung übernimmt die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA).

Die BASF versucht schon länger der Kommission Druck zu machen, den kommerziellen Anbau von „Amflora“ ohne weitere Verzögerungen zu genehmigen. Der Zulassungsantrag liegt seit Juli 2007 bei der Kommission, weil sich zuvor Gegner und Befürworter unter den EU-Ländern gegenseitig blockiert hatten.

Die Gene der Kartoffel wurden dahingehend manipuliert, dass sie wirtschaftliche Vorteile bei der industriellen Verarbeitung von Stärke bringen sollen. Die Stärke soll zum Beispiel bei der Papierherstellung eingesetzt werden. Für den Verzehr ist die Genknolle nicht vorgesehen. Neben dem industriellen Einsatz hat die BASF allerdings auch die Verwendung als Tierfutter beantragt. Gentechnikkritiker warnen vor Risiken bei einem Anbau. Umstritten ist, dass die Kartoffel ein Resistenzgen enthält, das für Widerstandsfähigkeit gegenüber einem Antibiotikum sorgt. Das könnte die Wirksamkeit solcher Medikamente beeinträchtigen (umwelt aktuell 05.08, S. 17).

[mbu]

► EU-Kommission, Lebensmittelsicherheit, Gentechnik, Brüssel, www.ec.europa.eu/food/food/biotechnology/gmfood/index_de.htm

Weltagrarbericht

Weltagrarbericht für Abkehr von industriellen Methoden

■ Der Weltlandwirtschaftsrat hat angesichts der anhaltenden Lebensmittelkrise in vielen armen Ländern gefordert, die Landwirtschaft neu auszurichten. Laut dem Bericht, den das Gremium im April veröffentlichte, müssten die Anbaumethoden weltweit geändert werden, um Arme besser zu versorgen. Dadurch könnten auch soziale Unruhen und ökologische Katastrophen vermieden werden.

Der Rat plädiert für eine Abkehr von den industriellen Anbaumethoden, die sich aufgrund des hohen Verbrauchs von Energie und Wasser als „nicht geeignet“ für die überwiegend kleinbäuerliche Landwirtschaft in den Entwicklungsländern

erwiesen hätten. LandwirtInnen müssten sich wieder auf natürliche und nachhaltige Produktionsweisen besinnen. Auch die Forschung solle sich auf kleinbäuerliche und ökologische Anbaumethoden konzentrieren.

Der Weltagrarbericht (IAASTD) wurde von fast 400 Wissenschaftlern und Regierungsvertretern aus mehr als 50 Staaten erstellt. Deutschland war nicht daran beteiligt. Die Verfasser fordern für eine zeitgemäße Landwirtschaft unter anderem lokales und indigenes Wissen voll einzubeziehen und Frauen zu stärken. Denn diese tragen die Hauptlast landwirtschaftlicher Arbeit in den Entwicklungsländern. Im Bericht wird betont, dass die Landwirtschaft kein Produktionssystem wie jedes andere sei, sondern seine Funktionen für Natur und Gesellschaft ebenso wichtig seien.

[mbu]

► Weltagrarbericht: www.agassessment.org

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Wildblumenkampagne

Sag mir, wo die Blumen sind

■ Der NABU stellt in seiner Aktion „Sag mir, wo die Blumen sind...“ fünf Pflanzen zur Wahl, die stellvertretend für viele andere den Rückgang der heimischen Pflanzenvielfalt repräsentieren. Damit will der Naturschutzbund auf den Rückgang der Wildblumen hinweisen. Naturfreundinnen und -freunde sind aufgefordert, per Internet die Blume auszuwählen, die ihnen in der Landschaft am meisten fehlt. Mit dem Abstimmungsergebnis will der NABU Druck auf die Politik ausüben. „Sag mir wo die Blumen sind...“ ist Teil einer Kampagne des Botanikernetzwerks Planta Europa, wo unter dem Titel „Wake Up Call“ zahlreiche europäische Länder zu ähnlichen Aktionen aufrufen. [bv]

► www.nabu.de/m05/m05_11/07344.html

► www.plantaeuropa.org/pe-about-German.htm

ÖKOLOGIE & LANDBAU

Zeitschrift für
ökologische Landwirtschaft

Schwerpunkt in Heft 146

Tierernährung im Öko-Landbau

- Herausforderungen der ökologischen Nutztierfütterung
- Geflügelernährung in der ökologischen Landwirtschaft
- Biogas als Beitrag zum Klimaschutz?

Themen in Heft 146

aus Forschung, Praxis und Beratung

- Sinn und Unsinn der Ferkelkastration
- Öko-Lebensmittel im Preistest
- Die Öko-Landwirtschaft in China

Herausgeber: Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) |
Erscheinungsweise: vier Ausgaben pro Jahr |
Einzelhefte: 9,90 EUR (zzgl. Porto) |
Abo (zzgl. Versand): Privatbezieher 29,- EUR |
Firmen/Organisationen 45,- EUR | ermäßigt 20,- EUR

Bestellen Sie jetzt Ihr Probeabo*
(zwei Ausgaben für nur 7,95 Euro) bei:
oekolandbau@oekom.de oder oekom verlag |
Waltherstraße 29 | D-80337 München |
Fax +49 / (0)89 / 544184-49 | www.oekom.de

* Sie erhalten ein vergünstigtes Probeabo, beginnend mit der aktuellen Ausgabe. Wenn Ihnen Ökologie & Landbau gefällt und Sie nicht bis spätestens 10 Tage nach Erhalt des zweiten Heftes schriftlich kündigen, erhalten Sie Ökologie & Landbau automatisch im regulären Abonnement.



Foto: Schwesfuth-Stiftung

Versäumte Naturschutzmaßnahmen

EU-Kommission verwarnt Portugal und Spanien

■ Anfang Mai hat die EU-Kommission an Portugal und Spanien förmliche Mahnungen wegen Unterlassungen im Naturschutzbereich gerichtet. Beide Länder erhielten Fristsetzungsschreiben, da sie keine ausreichenden Maßnahmen zum Schutz der Natur getroffen hätten. Der portugiesische Fall betrifft die Genehmigungen für geplante Ferienkomplexe in Schutzgebieten in Grândola und Alcácer do Sal südlich von Lissabon. Spanien war einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes nicht nachgekommen. Darin war das Land aufgefordert worden, in einigen Regionen eine ausreichende Zahl von Schutzgebieten zur Erhaltung und zum Schutz von wild lebenden Vogelarten auszuweisen. [bv]

► www.europa.eu/rapid/ (Reference IP/08/702)

Nationales Naturerbe

Erste Flächenübertragungen

■ Die deutschen Naturschutzverbände haben die Übertragung der ersten 46.000 Hektar des Nationalen Naturerbes aus Bundesbesitz an die Deutsche Bundesstiftung Umwelt im Mai begrüßt. „Das ist ein guter Tag für den Naturschutz in Deutschland“, sagte Leif Miller, Vizepräsident des Deutschen Naturschutzrings (DNR). Das jahrelange Engagement der Naturschutzverbände zur Sicherung des Naturerbes werde nun endlich belohnt. Die mit der Flächenübertragung verbundenen hohen Naturschutzstandards gewährleisten nach Angaben des DNR einen dauerhaften Naturschutzerfolg.

Kurz vor Eröffnung der Weltnaturschutzkonferenz in Bonn hat die Bundesregierung damit einen wichtigen Punkt aus der Koalitionsvereinbarung aufgegriffen. „Dies ist ein wichtiges Signal zur bevorstehenden Konferenz. Auch die Bundesländer müssen jetzt dem guten Beispiel des Bundes folgen und sich mit der Über-

nahme von weiteren Flächen zu einem anspruchsvollen Naturschutz bekennen“, so Miller. Weiter machte er deutlich, dass die Naturschutzverbände die Bundesregierung und die Bundesländer auch daran messen würden, ob sie das Ziel, 125.000 Hektar Naturschutzflächen dauerhaft zu sichern, vollumfänglich erfüllen.

Die Bundesregierung hatte sich auf Drängen der Naturschutzverbände im Koalitionsvertrag von 2005 dazu verpflichtet, 125.000 Hektar gesamtstaatlich repräsentativer Naturschutzflächen aus Bundesbesitz unentgeltlich an Naturschutzträger zu übergeben. [io]

► DNR-Strategiegruppe Naturschutzflächen,
Adrian Johst, Erfurt, Tel. +49 (0)179 / 5110449,
E-Mail: adrian.johst@naturstiftung-david.de

EU-Vogelschutzrichtlinie

Gerichtshof verurteilt Malta wegen Vogeljagd

■ Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat Malta aufgefordert, die Jagd auf Turteltauben und Wachteln auszusetzen. Die EU-Kommission hatte Klage eingereicht, da das Land gegen die Richtlinie 79/409/EWG zur Erhaltung der wildlebenden Vogelarten verstoßen habe. Malta hatte die Jagd auf Wachteln und Turteltauben während des Frühjahrszugs erlaubt. Dies hat der EuGH nun untersagt. Ein abschließendes Urteil wird aber erst 2009 erwartet.

Die Umweltschutzorganisation BirdLife begrüßte den Spruch. Der EuGH habe in seiner Begründung die Bewahrung des Naturerbes höher gestellt als das Interesse der Jäger. BirdLife bedauerte, dass es zu einem Gerichtsfall kommen musste. Man hoffe, dass die von der Regierung autorisierte Jagd damit der Vergangenheit angehöre. Im Herbst ist die Jagd auf Turteltauben und Wachteln weiterhin gestattet. Malta liegt auf dem Weg vieler Zugvögel. [jg]

► BirdLife Malta, Präsident Joseph Mangion,
Tel. +356 / 79803599
► www.europa.eu/rapid/ (Reference IP/08/647)

„Wir wünschen uns einen Naturschutz, der auch den Untergrund mit einbezieht“

Auf eine besonders große und schöne Höhle stießen ICE-Tunnelbauer unter dem Thüringer Wald – und begannen sie alsbald mit Beton zu füllen. Das ist so üblich. Dabei gibt es in Deutschlands Höhlen nicht nur Tropfsteine, sondern auch 3.000 Tierarten. Und auch als komplizierte Wassersysteme müssen unsere Höhlen viel besser geschützt werden, meint Bärbel Vogel.

umwelt aktuell: Frau Vogel, die Presse berichtete im April von der „sensationellen Entdeckung“ einer Höhle in Thüringen. Was macht diesen Fund für Sie als Höhlenforscherin so besonders?

Bärbel Vogel: Die beim Tunnelbau für die ICE-Strecke Nürnberg–Erfurt angebohrte Höhle setzt neue Maßstäbe mit ihren Dimensionen und der Schönheit des Tropfsteinschmucks. Wir haben sogar Formen angetroffen, die bisher unbekannt sind – über ihre Entstehung wird derzeit europaweit recherchiert. Die Höhle am Bleißberg ist auch wegen ihrer Lage im Unteren Muschelkalk eine Besonderheit. Obwohl unter ihr noch etwa 100 Meter verkarstungsfähiges Gestein liegt, führt die Höhle Wasser. Allein der bislang erkundete Westteil hat ein Hohlraumvolumen von mehr als 15.000 Kubikmetern. Solche Karsthöhlen im Muschelkalk erreichen Forscher meist nur durch Eindringen in aktive oder ehemalige Quellaustritte. Die Entdeckung einer solchen Höhle ist eine einmalige Chance, das Wissen über den Karst zu erweitern.

Was lief nun aber bei dieser Höhle schief?

Karsterscheinungen werden zwar in der Bauplanung beispielsweise für Tunnel berücksichtigt – aber vor allem als Gefährdungspotenzial aus der Sicht der Bauplanung. Naturschutz- und wasserrechtliche Aspekte finden nur sehr eingeschränkt Beachtung. So kommt es, dass der „Stand der Technik“ beim Antreffen von Höhlen das Verfüllen mit Beton ohne ausreichende vorherige Erkundungen ist. Geht es nach den Bauherren, hat diese Methode leider Bestand, da sie meist einen schnellen Weiterbau gewährleistet. Ein Hindernis ist wohl auch, dass in Deutschland Höhlenforschung ausschließlich ehrenamtlich erfolgt. Obwohl die Thüringer Höhlenforscher in der Planungsphase Informationen zurarbeiteten, wurden sie von den Baufirmen – nicht von der Bahn AG als Bauherrn – erst hinzugezogen, als der Westteil der Höhle das Weiterbauen behinderte. Wir fordern deshalb allgemeine Regelungen zur Einbeziehung der Höhlenforschung bei Bauvorhaben im Karst, eine exakte Dokumentation der angetroffenen Höhlen und Karsterscheinungen sowie ihre dauerhafte Zugänglichkeit, damit mögliche Gefahren etwa durch Hochwässer langfristig eingeschätzt werden können.

Sie fordern auch, Höhlen nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der EU zu schützen. Wo gibt es denn in Höhlen Flora und Fauna?

Pflanzen kommen meist nur in eingangsnahen Bereichen vor. Es gibt aber über 3.000 Tierarten in Deutschlands Höhlen, für die konstante Umweltbedingungen untertage lebenswichtig sind. Dazu gehören zum Beispiel in Höhlen überwinterte Arten. Hinzu kommen Tiere, die sowohl in Höhlen als auch beispielsweise unter Steinen leben. Aber wir kennen auch Höhlentiere, die ihren gesamten Lebenszyklus dort verbringen. Höhlen sind ein hochsensibler Lebensraum, der bisher völlig unterschätzt wird.

Sie befassen sich auch mit den unterirdischen Wassersystemen. Was haben Sie herausgefunden?

Höhlenbildung hängt fast immer mit Wasser zusammen. Deswegen interessiert sich die Höhlenforschung für unterirdische Wasserwege, Einzugsgebiete und Quellen. Verschmutzungen an der Oberfläche können schnell in den Untergrund vordringen und nicht nur die Höhlensysteme, sondern auch das Grundwasser nachhaltig schädigen.

Wie ist Höhlenschutz in Deutschland geregelt?

Bisher sind Höhlen nur in wenigen Landesnaturschutzgesetzen besonders geschützt – in Thüringen beispielsweise. Leider hatte das für die Höhle im ICE-Tunnel erst im Nachhinein Bedeutung. Höhlen können als Geotope auch Naturdenkmale sein und als solche unter Schutz gestellt werden – allerdings nur auf Antrag. Das ist insofern von Bedeutung, weil wir bisher nur einen Bruchteil der Höhlen und Karsterscheinungen kennen. Zum einen geht man noch immer davon aus, dass Höhlen nur im Ausnahmefall einen Lebensraum darstellen. Zum anderen wird die Betretungsmöglichkeit durch den Menschen mit der durch Tiere gleichgestellt, was zwangsläufig zu falschen Schlussfolgerungen führen muss. Schutzwürdigkeit aus naturgeschichtlichen und geologischen Gründen ist praktisch nicht vorgesehen. Geotopschutz ist nicht in Naturschutzgesetzen zu finden, obwohl der Naturschutz seine Wurzeln im Schutz geologischer Naturdenkmale hat. Die Folge ist: Gerade bei Baumaßnahmen angetroffene Hö-

len haben kaum eine Chance angemessen behandelt zu werden und einen Schutzstatus zu erlangen. Ausgleichsmaßnahmen für zerstörte Karsterscheinungen sind ohnehin nicht möglich.

Wie läuft denn jetzt die Zusammenarbeit mit der Bahn und den zuständigen Ämtern?

Mit der Bahn AG, den Projektverantwortlichen des Bleißberg-Tunnelprojekts und den Baufirmen haben wir derzeit keinen Kontakt. Das bedauern wir sehr, denn eine umfassende Zusammenarbeit würde die Chance bieten, für spätere Bauvorhaben einen effektiveren Umgang zum Vorteil aller Beteiligten zu vereinbaren, beispielsweise für die Trasse Stuttgart–Ulm. Der Thüringer Landtag hat sich in seinem Umweltausschuss und im Plenum mit der Bleißberghöhle befasst. Das große Interesse an der Höhlenentdeckung und die von verschiedenen Ministerien unterstützten Initiativen könnten die weitere Erforschung der Höhle und ihren Schutz sichern. Ansprechpartner für die Höhlenforscher ist derzeit die Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie. Mit ihren Mitarbeitern stehen wir in regem Austausch. Das Thüringer Landesbergamt ist ebenfalls eingebunden.

Was wünschen Sie sich von Naturschützern und ihren Verbänden?

Naturschutz funktioniert nur gemeinsam. Wir wünschen uns einen Naturschutz, der auch Landschaftsschutz ist und den Untergrund mit einbezieht. Wir setzen auf Kooperation mit unseren „oberirdischen“ Kollegen – nicht nur beim Fledermausschutz.

[Interview: Matthias Bauer]

Bärbel Vogel ist Hausfrau und Höhlenforscherin und seit 17 Jahren im Verband der deutschen Höhlen- und Karstforscher (VdHK) aktiv, seit 2006 als Vorstandsvorsitzende.

Kontakt:
Tel. +49 (0)8657 /
983787,
E-Mail:
b.w.vogel@gmx.de,
www.vdhk.de



Streuobst-Resolution**EU soll Obstwiesen schützen**

■ Mit über 5.000 Tier- und Pflanzenarten sowie über 3.000 Obstsorten besitzen die 30.000 Hektar Streuobstwiesen in Deutschland eine ungewöhnlich hohe biologische Vielfalt und gehören zu den naturschützerisch wichtigsten Kulturlandschaften Europas. Der Bund-Länder-Rat des Naturschutzbundes hat daher eine Resolution mit zehn Forderungen zum Thema Streuobst an EU, Bund und Länder verfasst. Im Zentrum stehen dabei Regelungen auf EU-Ebene. Dazu gehört ein Anforderungsprofil an Anträge auf EU-Herkunftsschutz als geschützte Ursprungsbezeichnung, geschützte geografische Angabe oder garantiert traditionelle Spezialität und damit für eine weltweite Bewerbung mit den dazugehörigen EU-Herkunftszeichen.

Der NABU fordert darüber hinaus die Abschaffung der Kriterien Form, Farbe und Größe aus den EU-Qualitätsnormen für Obst. Der Streuobstbau solle im Rahmen der EU-Agrarumweltprogramme mit mindestens 500 Euro je Hektar gefördert werden. Zudem fordert der Verband ein internationales Kompetenzzentrum für Streuobstbau unter Beteiligung der Umwelt- und Landwirtschaftsverbände. [bv]

► www.nabu.de/m06/m06_06/07948.html

Gebietsfremde invasive Arten**Gärtnern ohne Invasoren**

■ Der Zentralverband Gartenbau hat Ende April eine Selbstverpflichtung gegen gebietsfremde invasive Pflanzenarten verabschiedet. Diese können die heimische Artenvielfalt bedrohen und verursachen oft hohe Beseitigungskosten. Zusammen mit dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) hatte der Gartenbauverband für seine 25.000 Mitglieder Empfehlungen zum Umgang mit rund 40 invasiven gebietsfremden Pflanzenarten erarbeitet. Das Spektrum im Umgang mit diesen Arten reicht von der Aufforderung, die Blüten abzuschneiden und nicht wild zu kompostieren, bis dahin, einzelne Arten aus dem Sortiment zu nehmen.

Zu den gefährlichsten invasiven Pflanzen gehört in Deutschland der Riesen-Bärenklau. Der Saft der aus dem Kaukasus stammenden, bis zu fünf Meter hohen Staude kann schwere Hautentzündungen verursachen. In neuen Gärtnereikatalogen soll der Riesen-Bärenklau nun nicht mehr angeboten werden. [bv]

- Zentralverband Gartenbau (ZVG), Bonn, Tel. +49 (0)228 / 81002-0, Fax-48, E-Mail: info@g-net.de, www.g-net.de
- Empfehlungen (PDF, 37 S., 3 MB): www.kurzlink.de/empfehl-invasivarten

Waldwirtschaft**Jetzt neue Urwälder planen**

■ Der Naturschutzbund hat im Mai ein Strategiepapier mit neun Kernforderungen für eine ökologisch nachhaltige Waldwirtschaft an Politik und Forstwirtschaft vorgestellt. Heute müssten die Weichen für „Urwälder von morgen“ als wichtiger Lebensraum für bedrohte Arten gestellt und ein wirkungsvolles Schutzgebietsnetz eingerichtet werden, fordert der NABU. Dafür müssten zehn Prozent der Waldfläche dauerhaft jeder forstlichen Nutzung entzogen werden. Im Mittelpunkt sollten die Buchenwälder stehen, für die Deutschland besondere Verantwortung trage. Ziel sei der „kahlschlagsfrei bewirtschaftete Dauerwald“ statt der klassischen Forsten mit vielen gleichaltrigen Bäumen.

Enttäuscht zeigte sich der NABU vom Umgang der Forstwirtschaft mit den Natura-2000-Schutzgebieten. Alte Wälder verschwänden vor allem in Hessen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern in kürzester Zeit, dafür würden standortfremde Baumarten wie Douglasie und Roteiche in den Schutzgebieten gepflanzt. [bv]

- NABU, Jörg-Andreas Krüger, Naturschutz und Umweltpolitik, Tel. +49 (0)173 / 6004364
- Strategiepapier „Waldwirtschaft 2020“ www.nabu.de/m06/m06_07/08057.html

Nachhaltigkeit

A-Z



N wie Nachhaltige Ökonomie

Klimawandel, Ernährungsfrage oder Artenschwund zeigen: Ein auf stures Wachstum geeichtes Wirtschaften bekommt weder Mensch noch Natur. Umsteuern ist geboten! Aber wie? Methoden und Instrumente des umwelt- und sozialverträglichen Produzierens gibt es viele – Vorbilder auch. Entscheidend ist, dass sich Nachahmer aus Politik und Unternehmen finden. Dieses Buch zeigt, wie der Paradigmenwechsel in der Wirtschaft gelingt.

V. Stahlmann
Lernziel: Ökonomie der Nachhaltigkeit
 Eine anwendungsorientierte Übersicht
 oekom verlag, München 2008, 331 Seiten, mit Bildern von Renate Kirchof-Stahlmann
 49,90 EUR, ISBN 978-3-86581-099-1

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
 Fax +49/(0)81 91/970 00-405

Die guten Seiten der Zukunft

 **oekom**
verlag

2010-Biodiversitätsziel**Löchriges Schutzgebietenetz**

■ Um das Artensterben bis 2010 zu stoppen und die biologische Vielfalt zu bewahren, muss in Deutschland noch einiges geschehen. Dieses Fazit zieht die im Mai veröffentlichte WWF-Studie „Naturschutz in Deutschland – Schutzgebiete und das Biodiversitätsziel 2010“. Demnach ist die Zahl der bedrohten Biotope trotz aller Schutzbemühungen zwischen 1994 und 2006 von knapp 69 auf 72,5 Prozent gestiegen. Langfristig drohe die Hälfte aller Biotope zu verschwinden.

Auf der anderen Seite genieße lediglich ein halbes Prozent der Landesfläche den höchsten Schutzstatus eines Nationalparks. Auf dem Papier gebe es zwar eine beeindruckende Zahl von Schutzgebieten. So hätten das Bundesumweltministerium und das Bundesamt für Naturschutz Ende April die „Daten zur Natur 2008“ unter der Überschrift „Fläche der Naturschutzgebiete in Deutschland um 30 Prozent gestiegen“ veröffentlicht, was sich auf die letzten zehn Jahre bezogen habe. Aber ein Großteil der Schutzgebiete, so der WWF-Report, leiste aufgrund der geringen Größe, der Isolation und des schlechten Zustands praktisch keinen Beitrag zur Bewahrung der Vielfalt. So seien die über 7.000 Landschaftsschutzgebiete und knapp 100 großen Naturparke nahezu wirkungslos.

Die größten Erfolge seien beim Schutz einzelner stark bedrohter Arten zu verzeichnen, so der Report. Dennoch werde die Rote Liste immer länger. Um doch noch ihr erklärtes Ziel zu erreichen, den Artenverlust bis 2010 zu stoppen, müssten Bund und Länder umgehend für klare Standards in den Schutzgebieten sorgen und vor allem die Belastungen einschränken. Dazu brauche es mehr Geld, mehr Personal, bessere Konzepte und vor allem die Einhaltung der nationalen und internationalen Schutzstandards. [bv]

- ▶ WWF, Frank Barsch, Artenschutzreferent und Autor der Studie, Tel. +49 (0)69 / 79144-141
- ▶ Studie: www.wwf.de/presse/details/news/artenschwund_in_deutschland_haelt_an/
- ▶ Daten zur Natur 2008: www.kurzlink.de/dzn2008

STADT & REGION

Kohäsionspolitik 2007–2013**42 Millionen Euro für die Umwelt im Alpenraum**

■ Für Umweltschutz und Risikoprävention werden in den Jahren 2007 bis 2013 rund 32 Millionen an EU-Mitteln in das Programm „Alpenraum“ fließen. Dies ist ein transnationales Kooperationsprogramm für Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich und Slowenien sowie die Nicht-EU-Länder Liechtenstein und Schweiz. Die beteiligten Staaten müssen sich mit insgesamt rund zehn Millionen Euro beteiligen, damit die EU-Mittel abgerufen werden können.

Das Programm ist Teil der europäischen territorialen Zusammenarbeit, die Mittel stammen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Umwelt und Prävention heißt eine der vier Förderprioritäten. Die Hauptziele sind:

- ▶ verstärkte Kooperation im Umweltschutz;
- ▶ integrierte Ansätze zu Erhaltung, Planung und Management der natürlichen Ressourcen und Kulturlandschaften;
- ▶ Stärkung der Ressourceneffizienz, vor allem bei Wasser, Energie, Landnutzung und Rohstoffen;
- ▶ Management der Auswirkungen des Klimawandels und
- ▶ Vorhersage und Management der Einwirkungen von natürlichen und technologischen Gefahren.

Konkrete Ergebnisse sollen zum Beispiel an Schadstoffwerten oder dem Grad der Umweltsensibilisierung gemessen werden. Neben 30 Umweltbehörden, Nichtregierungsorganisationen sowie zehn Verkehrsbehörden beziehungsweise Mobilitätsakteuren sind auch kleine und mittlere Unternehmen und Zentren für Forschung und technologische Entwicklung an den Projektaktivitäten beteiligt. [jg]

- ▶ EU-Programm Alpenraum: www.alpine-space.eu, www.kurzlink.de/eu-alpenraum-2007-13

TIERSCHUTZ & ETHIK

Robbenjagd**Handelsverbot wahrscheinlich**

■ Die EU-Kommission will in den nächsten Wochen ihre Position zu einem europaweiten Handelsverbot für Robbenprodukte verkünden. Auch im Bundestag soll noch vor der Sommerpause ein Handelsverbot für Deutschland erlassen werden. Ende April fand die erste Lesung eines Gesetzentwurfs statt. Die traditionelle Jagd der Inuit soll von dem Handelsverbot ausgenommen sein. Ralf Sonntag, Leiter der europäischen Robbenkampagne des Internationalen Tierschutz-Fonds (IFAW), sagte, der Entwurf des Bundestages werde die Entscheidung der EU-Kommission wahrscheinlich positiv beeinflussen. [io]

- ▶ IFAW, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 86650033, E-Mail: dreith@ifaw.org, www.ifaw.org

Exotenhaltung**Biodiversität allein zu Haus**

■ Die Haltung von exotischen Tieren in Deutschland hat der Deutsche Tierschutzbund kritisiert. HalterInnen seien mit der artgerechten Versorgung oft überfordert und gäben immer mehr Tiere in Tierheimen ab. Die Belastungen seien für die Auffangstationen kaum noch zu bewältigen, beklagte der Tierschutzbund. Er appellierte an alle Heimtierhalter, auf Exoten zu verzichten, und forderte eine einheitliche, schärfere Bundesgesetzgebung. Lob gab es vom Tierschutzbund für die Vorreiterrolle Hessens. Seit Oktober 2007 ist dort die Haltung verschiedener exotischer Tierarten verboten. Die BesitzerInnen mussten zuvor ihre Bestände bei den örtlichen Behörden melden. Unter den 2.515 angegebenen Wildtieren waren auch 119 Skorpione sowie zwei Tiger. [tt]

- ▶ Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41, www.tierschutzbund.de

Betäubungslose Kastration

Ferkelprotest

■ Der Deutsche Tierschutzbund hat zum Protest gegen die Ferkelkastration ohne Betäubung aufgerufen. Um das Entstehen des typischen Ebergeruchs zu verhindern, werden dem Verband zufolge in Deutschland jedes Jahr mehr als 20 Millionen männliche Ferkel ohne Betäubung kastriert. Das deutsche Tierschutzgesetz erlaubt dies bis zum Alter von sieben Tagen. Der Tierschutzbund lehnt die betäubungslose Kastration als tierquälerisch ab und fordert mit einer „Ferkelprotest“-Kampagne ein deutschland- und EU-weites Verbot. Verbraucherinnen und Verbraucher wurden aufgerufen, im Internet ihre Stimme für eine Petition zur Änderung des Tierschutzgesetzes abzugeben. [mb]

- Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41, www.ferkelprotest.de

Gentechnik am Menschen

Genmanipulierte Embryonen

■ US-amerikanische Forscher haben erstmals einen menschlichen Embryo gezielt genetisch verändert. Wissenschaftler der Cornell-Universität in Ithaca im Bundesstaat New York ergänzten bei einem einzelligen menschlichen Embryo einen Genabschnitt, der ein fluoreszierendes Protein erzeugen sollte. Dieses sogenannte Marker-gen sollte anzeigen, ob die Veränderung auch in den Stammzellen übernommen wird. Das Experiment, das bereits im vergangenen Herbst publiziert worden war, wurde erst im Mai durch einen Bericht in der Londoner Times bekannt. Die US-Gesundheitsbehörde erklärte, eine Genehmigung sei nicht erforderlich gewesen, da im Reagenzglas gezeugte und anschließend „aussortierte“ Embryonen rechtlich keine menschlichen Personen seien.

Im April war bereits gemeldet worden, dass Forscher an der Universität Newcastle erstmals Mischwesen aus menschlicher DNA und Eizellen von Kühen geschaffen hatten. Die Experimente waren von den

britischen Behörden genehmigt worden. Ein Gesetzentwurf, der solche Forschung ausdrücklich erlaubt, stand aber erst im Mai zur Abstimmung im Unterhaus an.

In beiden Fällen wurden die Embryonen nach drei Tagen getötet. Die britischen Forscher kündigten an, im nächsten Schritt Embryonen zu schaffen, die bis zum sechsten Tag überleben. Die zahlreichen Kritiker zeigten sich teilweise entsetzt über die Experimente. Ziel der sehr umstrittenen Versuche war jeweils die Herstellung embryonaler Stammzellen. [mb]

- www.ivf.org

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Transparenz

EU-Parlament will Lobbyisten loswerden

■ Die Vorsitzenden des EU-Parlaments überlegen, ob sie das Büro eines Interessenverbandes der europäischen Industrie schließen sollen. Im Zuge einer Debatte über Transparenz in der europäischen Gesetzgebung kritisierten Abgeordnete von der Fraktion Grüne/EFA, dass der Verband EBPS (European Business and Parliament Scheme) ein eigenes Büro im Parlamentsgebäude habe und seine Mitarbeiter E-Mailadressen und Telefonnummern des Parlaments besäßen. Dadurch sei eine unlautere Einflussnahme zu befürchten, weshalb sie forderten, die Zusammenarbeit zu beenden.

Das EBPS, dem multinationale Konzerne wie Microsoft oder Telefonica Italia angehören, versteht sich als Mittler zwischen Wirtschaft und Parlament. Der Präsident des EBPS Bruce George wies den Vorwurf der Einflussnahme auf die Parlamentarier zurück. Man betreibe keine Lobbyarbeit, so George. Im Gegenteil, es gehe ihm und seinen Mitarbeitern gerade darum, eine Alternative zum Lobbyismus zu bieten. Daher lade man Unternehmen und Parla-

mentarier zum Gespräch ein und fördere das gegenseitige Kennenlernen. Auf die Frage, wessen Sichtweise die Parlamentarier bei solchen Treffen zu hören bekämen, antwortete eine Sprecherin von George: „Die des entsprechenden Unternehmens selbstverständlich.“ [ms]

- EBPS: www.businessandparliament.eu

Welthandel

Handelskrieg um Biosprit?

■ Der nächste große Streit vor der Welthandelsorganisation (WTO) könnte Biosprit betreffen. Sowohl europäische als auch US-amerikanische Hersteller klagen über unfaire Praktiken der jeweils anderen Seite. Die US-Regierung und die EU-Kommission, die eine Klage bei der WTO einreichen könnten, signalisierten bereits Unterstützung für ihre Industrien.

Ende April legte der Dachverband der europäischen Biodieselhersteller (EBB) der EU-Kommission einen Vorschlag für eine Klageschrift vor. Darin beschuldigt der EBB die USA der ungerechtfertigten Subventionierung von Biodiesel. Jede Tonne des Gemischs B99 werde mit 200 US-Dollar gestützt. Dadurch könnten die US-Hersteller ihre Produkte zu verfälschten billigen Preisen auf den europäischen Markt bringen.

Die USA wiesen den Vorwurf zurück. Der geringe Preis komme durch eine effiziente Produktionsweise zustande. Ihrerseits kritisierten die USA die Pläne der EU-Kommission, Nachhaltigkeitskriterien für Biotreibstoffe einzuführen. Diese sollen zum Beispiel verhindern, dass Regenwälder oder Torfmoore zerstört werden. Da die Herstellungsweise eines Produkts nach den WTO-Statuten aber kein Argument für eine unterschiedliche Behandlung sein darf, könnte das Vorhaben der EU gegen internationales Handelsrecht verstoßen. Die USA kündigten an, dies genau prüfen zu wollen. [ms]

- EBB-Standpunkt zu Subventionen: www.ebb-eu.org/ebbpres.php (25. April 2008)

Öffentliche Beschaffung

Ökosoziale Kriterien möglich

■ Der Referentenentwurf für eine Reform des bundesdeutschen Vergaberechts, den das Wirtschaftsministerium (BMWi) vorgelegt hat, erlaubt es öffentlichen Stellen, die Vergabe von Aufträgen in Zukunft explizit an ökologische und soziale Kriterien zu binden. Damit kommt das BMWi den Forderungen anderer Ministerien, des Rates für Nachhaltige Entwicklung und zahlreicher Nichtregierungsorganisationen nach, die eine solche Klausel gefordert hatten.

Zwar zwingt der Entwurf keine Behörde Nachhaltigkeitsaspekte zu berücksichtigen, es bestünde in Zukunft aber die Möglichkeit dazu – wenn der Entwurf Gesetz werden sollte. Bisher galt als Prämisse, das jeweils preiswerteste Angebot anzunehmen. In Deutschland werden jährlich öffentliche Aufträge in Höhe von 450 Milliarden Euro vergeben. Umweltschutzorganisationen sehen darin ein enormes Potenzial für eine ökologische Umgestaltung der Wirtschaft. Sie wollen gesetzlich festschreiben lassen, dass sich die öffentliche Beschaffung zu 100 Prozent an Nachhaltigkeitskriterien orientieren muss. [ms]

► Referentenentwurf: www.bmwi.de (Wirtschaft – Wirtschaftspolitik – öffentliche Aufträge)

Brasilien

Umweltministerin tritt zurück

■ Umwelt- und Entwicklungsorganisationen in der ganzen Welt haben den Rücktritt der brasilianischen Umweltministerin Marina Silva am 13. Mai bedauert. Silva galt ihnen als Hoffnungsträgerin und einzige ernst zu nehmende Umweltpolitikerin in der brasilianischen Regierung. Sie setzte sich nicht nur für den Erhalt des Regenwaldes ein, sondern sprach sich auch gegen die Nutzung von Atomkraft und Gentechnik aus. „Brasilien verliert die einzige Stimme in der Regierung, die sich für die Umwelt erhoben hat“, erklärte der Direktor von Greenpeace Brasilien Sergio Leitao.

Marina Silva, die nicht mit Präsident Luiz Inácio Lula da Silva verwandt ist, hat ihr Amt sechs Jahre lang ausgeübt. Sie begründete ihren Rücktritt mit massiven Widerständen gegen ihre Politik in der eigenen Regierung.

Silvas Beliebtheit rührt auch von ihrer Herkunft aus armen Verhältnissen. Bis zum Alter von 16 Jahren lebte sie als Kautschuksammlerin in der Provinz Accra, konnte nicht schreiben und hat nie eine Schule besucht. Später war sie eine Mitstreiterin des weltbekannten Regenwaldaktivisten Chico Mendes, der 1988 ermordet wurde. Silvas Karriere aus den Armenvierteln in die Regierung galt vielen Brasilianern und vor allem Brasilianerinnen als Hoffnungszeichen. [ms]

VERKEHR & TOURISMUS

Flugverkehrsemissionen

Wachstum kilt Klima

■ Wenn der Flugverkehr in Deutschland weiter so wächst wie bisher, werden die dadurch verursachten Klimafolgen in fünf Jahren die des heutigen Autoverkehrs übersteigen. Das ergab eine Studie des Wuppertal-Instituts und des BUND, die im April veröffentlicht wurde. Die „Luftverkehrsstudie 2007“ prognostiziert für diesen Fall drastische Klimabelastungen.

Bereits jetzt ist der Pkw-Verkehr in Deutschland für den jährlichen Ausstoß

Kaum Fortschritt mit dem Fortschrittsbericht

Die Bundesregierung hat am 8. Mai den Entwurf zum Fortschrittsbericht 2008 veröffentlicht. Damit zieht sie erstmals unter Kanzlerin Angela Merkel ausführlich Bilanz über ihre Nachhaltigkeitspolitik und schreibt die 2002 verabschiedete Nachhaltigkeitsstrategie fort. Diese Fortschreibung bleibt aber erneut weit hinter den Erwartungen der Umweltverbände DNR, BUND und NABU zurück, die den Prozess begleiten.

Zwar entwickelt der vorliegende Bericht die Konzeption der Nachhaltigkeitsstrategie stellenweise weiter, beispielsweise mit der Absicht, eine Nachhaltigkeitsprüfung in der Gesetzesfolgenabschätzung einzuführen. In wichtigen Punkten ist aber eine Weiterentwicklung kaum erkennbar (siehe S. 30). So hat die Regierung die von Bundeskanzlerin Merkel mehrfach genannte Zielsetzung, in Deutschland den CO₂-Ausstoß pro Kopf bis 2050 auf zwei Tonnen zu begrenzen, nicht in den Fortschrittsbericht aufgenommen. Für die Zielmarke von 20 Prozent Ökolandbau lässt sie gar den Zeithorizont offen, obwohl die Nachfrage nach ökologisch produzierten Lebensmitteln weiter ansteigt und bereits die Hälfte importiert werden muss. Konkrete Maßnahmen, um den Flächenverbrauch bis 2020 auf 30 Hektar zu senken, fehlen ebenso wie ein Konzept für eine wirklich nachhaltige Mobilität.

Hier tritt die Bundesregierung seit Jahren auf der Stelle und kommt über eine Veränderung der Antriebstechnologie nicht hinaus. Konzepte zur Verkehrsvermeidung und -verlagerung sucht man im Fortschrittsbericht vergeblich.

Immerhin hat die Regierung mit der Veröffentlichung des Berichtsentwurfes eine neue Konsultationsphase eröffnet: Bis zum 27. Juni können alle Verbände sowie Bürger und Bürgerinnen ihre Anforderungen an die Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung mitteilen. DNR, BUND und NABU haben bereits eine ausführliche Stellungnahme eingereicht und werden sich weiter in dem Dialogprozess engagieren.

[Kommentar: Annette Littmeier, DNR]

Entwurf des Fortschrittsberichts und Konsultation der Bundesregierung:
www.dialog-nachhaltigkeit.de

Stellungnahme und weitere Dokumente der Umweltverbände:
www.nachhaltigkeits-check.de

DNR, Annette Littmeier, Projekt Nachhaltigkeitsstrategie, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-86, Fax -80, E-Mail: annette.littmeier@dnr.de

Nachhaltigkeit

A-Z



K wie Kulturelle Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit ist eine Frage der Kultur. Um nachhaltige Entwicklung umzusetzen, müssen wir unsere Art zu leben und zu wirtschaften – unsere ökonomisch-technische Kultur – ändern. Die Autor(inn)en stellen das Konzept der kulturellen Nachhaltigkeit vor. Sie zeigen, wie die Umsetzung nachhaltiger Ideen organisiert werden kann und was daraus für die Praxis von Politik, Bildung oder Medien folgt.

L. Krainer, R. Trattnigg (Hrsg.)
Kulturelle Nachhaltigkeit
 Konzepte, Perspektiven, Positionen
 oekom verlag, München 2007, 442 Seiten
 49,90 EUR, ISBN 978-3-86581-080-9

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
 Fax +49/(0)81 91/970 00-405

oekom
verlag

Die guten Seiten der Zukunft

von rund 100 Millionen Tonnen Kohlendioxid verantwortlich. Beim Flugverkehr steigen der Energieverbrauch und damit die CO₂-Emissionen jedes Jahr um etwa dreieinhalb Prozent. Der Anteil des Fliegens an den gesamten Klimabelastungen beträgt rund acht Prozent.

Damit die Airlines nicht noch mehr Treibhausgase verursachen, muss der Luftverkehr laut Studie in ein wirksames Emissionshandelssystem einbezogen werden. Außerdem müssten die Kurzstreckenflüge auf die Bahn umgeleitet werden. Die vorhandenen Flughäfen seien nicht weiter auszubauen. Auftraggeber der Studie waren der BUND sowie der Bund Naturschutz und die Grünen in Bayern. Der BUND appellierte an die Bundesministerien für Umwelt und Verkehr, die Vorschläge aufzugreifen. [mbu]

- ▶ Luftverkehrsstudie 2007, Zusammenfassung:
www.kurzlink.de/luftverkehrsstudie (PDF, 130 kB)

Flexibleres Bahnfahren

Fahrrad darf bald in den ICE

■ BahnfahrerInnen, die ihr Fahrrad im ICE mitnehmen wollen, können hoffen. Im April kündigte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries an, die Fahrgastrechte zu verbessern und auch die Radmitnahme im ICE zu ermöglichen. Damit setzt die Regierung ein EU-Gesetz um, das auf eine Initiative der Grünen im Europaparlament zurückging. Deren verkehrspolitischer Sprecher Michael Cramer lobte den Vorstoß von Zypries: „Was die Bahn freiwillig nicht geschafft hat, soll jetzt per Gesetz kommen. Endlich wird es möglich sein, auch in deutschen Hochgeschwindigkeitszügen Fahrräder mitzunehmen.“ In anderen EU-Ländern sei dies längst Realität, so Cramer. Im französischen TGV gebe es Extraabteile, während in Deutschland die mehr als zwei Millionen Fahrradtouristen in jeder Saison auf Regional- und Intercityzüge ausweichen müssten. [mbu]

- ▶ Michael Cramer, MdEP, Brüssel, michael.cramer@europarl.europa.eu, www.michael-cramer.eu

Carsharing

Geteiltes Auto, gutes Auto

■ Das Öko-Institut hat im April eine neue Werbekampagne für Carsharing gestartet. In Kooperation mit dem Bundesverband CarSharing informierte das Projekt EcoTopTen über neue Entwicklungen rund um das Autoteilen. EcoTopTen ist eine Initiative für nachhaltigen Konsum und Produktinnovationen im Massenmarkt, die das Öko-Institut initiiert hat. WissenschaftlerInnen empfehlen regelmäßig eine Auswahl an hochwertigen „EcoTopTen-Produkten“, die ein angemessenes Preis-Leistungs-Verhältnis haben und aus Umweltsicht Spitzenprodukte sind.

Dazu gehört laut EcoTopTen auch das Carsharing. Es sei vom Preis her akzeptabel und deutlich umweltfreundlicher als die herkömmliche Autonutzung. Für Bahn-, Bus- und Fahrradfahrer, die kein eigenes Auto besitzen, könne Carsharing mehr Flexibilität bringen. Wer nicht mehr als 10.000 Kilometer im Jahr mit dem Auto zurücklege und dieses nicht täglich brauche, fahre mit Carsharing in der Regel günstiger als mit einem eigenen Pkw.

Auch bis zu 12.000 Kilometer Jahresfahrleistung kann Carsharing nach Berechnungen von EcoTopTen günstiger sein. Das sei abhängig von den örtlichen Carsharing-Tarifen und den persönlichen Nutzungsmustern.

Nach Angaben des Bundesverbandes Carsharing ist in diesem Jahr die Zahl der Nutzerinnen und Nutzer um 21.000 auf 116.000 gestiegen. Das ist ein Wachstum um 22 Prozent. Carsharing wird derzeit von etwa 100 Anbietern in rund 270 deutschen Orten angeboten, darunter alle Großstädte mit mehr als 200.000 Einwohnern und die meisten Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern. Aber auch in kleineren Städten und Gemeinden gibt es Carsharing-Angebote. Bundesweit stehen rund 3200 Autos an 1.600 Stationen zur Verfügung. [mbu]

- ▶ EcoTopTen-Übersicht über Carsharing-Anbieter:
www.ecotopten.de/prod_mobil_carshare_prod.php
- ▶ www.carsharing.de

Transeuropäische Verkehrsnetze

EU fordert mehr Straßenbau

■ EU-Verkehrskommissar Jacques Barrot hat die Mitgliedstaaten der Europäischen Union aufgefordert, ihre Ausgaben für Verkehrsvorhaben zu verdoppeln. Andernfalls würde sich der Bau wichtiger europäischer Verkehrswege verzögern, sagte Barrot beim Treffen der EU-Verkehrsmi-nister im Mai im slowenischen Brdo. Einige Staaten stellten nicht genug Geld für den geplanten Ausbau von Schienen- und Straßennetz sowie von Schifffahrtswegen bereit.

In den 1980er-Jahren hätten die EU-Staaten rund 1,5 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung in den Ausbau der Verkehrswege gesteckt, heute seien diese Investitionen auf 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gesunken, so Barrot. Gleichzeitig wies der Verkehrskommissar darauf hin, dass die 30 aktuellen Vorhaben zum Ausbau transeuropäischer Verkehrsnetze teurer würden als bisher geplant. Ihre Kosten werden nun auf fast 400 Milliarden Euro veranschlagt, rund 17 Prozent mehr als vor vier Jahren geschätzt. Die EU bezahlt davon 27 Prozent, den Rest müssen die Mitgliedstaaten aufbringen.

Auch Deutschland ist im Verzug bei verschiedenen transeuropäischen Verkehrsplänen. Das gilt beispielsweise für die Bahnstrecke von Paris über Straßburg, Stuttgart, München und Wien nach Bratislava oder für die umstrittene Brücke über den Fehmarnbelt zwischen Dänemark und Deutschland. Trotz der befürchteten Verzögerungen bleibt die Kommission bei ihrem Ziel, die wichtigsten Vorhaben bis 2020 abzuschließen.

Die Verkehrsminister diskutierten bei dem Treffen in Brdo auch Pläne der Kommission, das Verursacherprinzip auf den gesamten Verkehrssektor anzuwenden. Sie sprachen sich dafür aus, die Umweltkosten des Verkehrs in die Planung mit einzurechnen. Allerdings dürfe dadurch der Wettbewerb nicht gefährdet werden.

[mbu]

- EU-Kommission, Verkehr, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 29-81500, Fax -99, www.ec.europa.eu/transport

WASSER & MEERE

Flussausbau

Saale-Elbe-Kanal-Protest

■ Ein Bündnis aus 18 Umwelt- und Verkehrsverbänden, dem Bund der Steuerzahler, Angler- und Fischereiverbänden sowie dem Deutschen Kanuverband hat Ende April zu einer Unterschriftenaktion gegen den geplanten Saale-Elbe-Kanal aufgerufen. In einer Petition werden Bundesfinanzminister Peer Steinbrück und der sachsen-anhaltische Ministerpräsident Wolfgang Böhmer aufgefordert, das Projekt sofort zu stoppen und die 80 Millionen Euro Baukosten einzusparen. Im Internet kann die Petition unterzeichnet werden.

Wechselnde, nicht planbare Wasserstände und häufige Niedrigwasserzeiten in Saale und Elbe ließen einen wirtschaftlichen, ganzjährigen Transport von Massengütern nicht zu, kritisierte das Bündnis. Die für Europaschiffe nötige Fahrrinnentiefe von 2,80 Metern sei auf der Elbe nur an durchschnittlich 113 Tagen im Jahr vorhanden. Das Ausbauprojekt sei eine „gigantische Fehlinvestition“ und zerstöre die Natur.

[jg]

- BUND-Elbeprojekt, Dr. Ernst Paul Dörfler, Steckby (Anhalt), Tel. +49 (0)39244 / 290
- Petition: www.elbe-saale-kanal-nein.de

Sauerstoffarme Ozeane

Dem Atlantik geht die Luft aus

■ Ein internationales Forscherteam hat die Veränderungen im Sauerstoffgehalt von Ozeanen über die vergangenen 50 Jahre in einer Studie ausgewertet. Unter der Leitung von Lothar Stramma untersuchten Wissenschaftler des Kieler Leibniz-Instituts für Meereswissenschaften und der Scripps Institution of Oceanography in San Diego (USA) die Sauerstoffabnahme in einigen Regionen der Weltmeere. Der größte Sauerstoffverlust im Tiefenbereich zwischen 300 und 700 Metern wurde im tropischen

Nordatlantik beobachtet, während im östlichen Indischen Ozean die Sauerstoffabnahme eher gering ausfiel. Als Ursache könnten der Klimawandel oder natürliche Prozesse infrage kommen, sagte Stramma. Der Meeresforscher betonte, dass weitere Untersuchungen nötig seien. Auswirkungen auf die Fischerei seien noch nicht zu erwarten. Die Ausdehnung sauerstoffarmer Gebiete könnte jedoch die marine Tierwelt langfristig gefährden, da sauerstoffarmes Wasser zunehmend an die Oberfläche gelangen könnte, heißt es in der Studie. [tt]

- IFM-Geomar, Dr. Lothar Stramma, Kiel, Tel. +49 (0)431 / 600-4103, Fax -4102, E-Mail: lstramma@ifm-geomar.de, www.ifm-geomar.de

Aquafarming

Massenfischhaltung an Land

■ Im saarländischen Völklingen soll bis 2010 eine Zuchtanlage für mehrere Hundert Tonnen Meeresfisch entstehen. Die Betreiber versprechen, die üblichen Probleme und Risiken des Aquafarmings durch geschlossene Kreisläufe auszuschließen. Die Zucht solle ökologisch nachhaltig erfolgen, sagte Friedrich Esser, Geschäftsführer der Firma International Fish Farming Technology (IFFT), die am Projekt beteiligt ist. Das Vorhaben soll außerdem wissenschaftlich begleitet werden.

Wegen der Überfischung der Meere bei weltweit steigender Nachfrage nach Fisch werden vor allem in Asien, aber auch in Europa immer mehr Aquakulturanlagen errichtet. Zu den Nachteilen gehören der hohe Medikamentenaufwand, da die Massenhaltung die Tiere sehr anfällig für Krankheiten macht, und der hohe Chemikalieneinsatz etwa zur Reinigung der Becken. Bei Aquakulturbetrieben mit offenen Systemen gelangen die Chemikalien irgendwann in die Umwelt. [io]

- IFFT, Bergisch Gladbach, Tel. +49 (0)2202 / 293070, www.iffit.eu
- Aquakulturen in Europa und global (PDF, 440 kB): www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/eu0409-10-st.pdf (S. 14-18)

EU-Fischereikontrolle**Ilegale Fischer im Visier**

■ Der EU-Fischereiministerrat hat Mitte April in Luxemburg neue Maßnahmen zur Bekämpfung illegaler Fischerei diskutiert. Ein Gesetzesvorschlag der EU-Kommission vom Oktober 2007 soll Fischbestände und Meeresumwelt schützen. Nach Ansicht der Kommission ist der Grund für die illegale, ungemeldete und unkontrollierte Fischerei (IUU), dass bei Nichteinhaltung von Vorschriften kurzzeitig hohe Gewinne zu erzielen sind.

Ein Vorschlag zur Bekämpfung illegaler Praktiken ist die Überwachung des Zugangs von Nicht-EU-Fischereifahrzeugen zu Häfen der EU. Diskutiert wurde auch der Umgang mit europäischen Fischtrawlern. Diese fallen zwar teilweise unter die EU-Gesetzgebung, aber diverse Kontroll- und Umsetzungsverordnungen sollen noch harmonisiert und gestärkt werden. Eine generelle Einigung streben die Mitgliedstaaten auch über die Höhe von Strafen an, die zur Abschreckung dienen sollen. Streit gab es jedoch bei der Frage um Eingriffe in nationale Kompetenzen.

Auch der Fischereiausschuss im Europäischen Parlament (PECH) hat sich im Mai mit dem Thema befasst. Im Vorfeld hatten die Meeresschutzinitiative Deepwave und acht weitere Verbände gefordert, den in der Verordnung vorgeschlagenen Geltungsbereich für alle Schiffe und Gewässer beizubehalten. Auch solle die künftige Verordnung auf einem soliden Zertifizierungssystem und effektiven, EU-einheitlichen Sanktionsmöglichkeiten basieren. Der PECH-Ausschuss unterstützte im Großen und Ganzen den Vorschlag der EU-Kommission. Nun muss das Plenum des Parlaments noch zustimmen.

Im Juni trifft sich der EU-Fischereirat ein letztes Mal unter slowenischer Leitung, um Einigung über den Gesetzesvorschlag zu erzielen. [bv, jg]

- ▶ Deepwave, Dr. Onno Gross, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 46856262, info@deepwave.org, www.deepwave.org
- ▶ EU-Gesetzgebungsverfahren: www.kurzlink.de/mitentscheidung

Meerespolitik strategisch**Bis 2015 Schutzprogramme**

■ Mit den vom Europäischen Parlament geforderten Änderungen aus der zweiten Lesung hat der EU-Ministerrat Mitte Mai die Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie angenommen. Weil sich der Zustand der europäischen Meere verschlechtert, hatte die EU-Kommission im Herbst 2005 eine Strategie für den Meeresschutz vorgeschlagen. Mit ihrer Hilfe sollen die europäischen Meere in den kommenden Jahren einen guten Umweltzustand erreichen. Bis 2015 müssen die EU-Staaten nun eigene Programme vorlegen. Bis 2020 müssen sie Maßnahmen ergreifen, die die Meere vor Verschmutzung schützen und den Verlust von Arten und Lebensräumen stoppen.

Umweltverbände wollen dies aufmerksam verfolgen. Sie hatten sich mehr von der EU-Richtlinie erhofft und wollen nun wenigstens eine weitere Abschwächung in den Mitgliedstaaten verhindern. [jg]

- ▶ www.ec.europa.eu/maritimeaffairs
- ▶ EU-Gesetzgebungsverfahren: www.kurzlink.de/mitentscheidung

Klimawandel und Wasser**Ernüchternde Prognose**

■ Gängige Methoden des Wassermanagements könnten angesichts bevorstehender Änderungen im Wasserzyklus versagen. Davor warnte der UN-Klimarat IPPC im April in einem Vorabbericht zum 4. IPPC-Report zu den Auswirkungen des Klimawandels auf den Wasserhaushalt. So steige der Wasserdampfgehalt der Atmosphäre, Verteilung und Intensität von Niederschlägen änderten sich, Extremereignisse nähmen zu und die Schneebedeckung gehe zurück. Aufforstung oder Energiepflanzenanbau – als Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels gedacht – könnten bei unsachgemäßer Durchführung die Wasserknappheit sogar noch verstärken. [io]

- ▶ Bericht (Zusammenfassung): www.ipcc.ch/meetings/session28/executive_summary.pdf

EU-Wasserrahmenrichtlinie**Weiche Minister gestoppt**

■ Nachdem der EU-Ministerrat im Juni 2007 in seinem Gemeinsamen Standpunkt zur Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) den Umgang mit gefährlichen Stoffen in Gewässern erleichtert hatte, hielt das EU-Parlament nun dagegen: Der Umweltausschuss lehnte im Mai entscheidende Änderungen der Umweltminister mit großer Mehrheit ab. Unter anderem bestehen die Abgeordneten darauf, die Liste der bisher 33 Stoffe, die in der WRRL geregelt sind, um 31 weitere Stoffe aufzustoßen. Die Einleitung der dann 64 sogenannten prioritären Stoffe soll nur bis 2015 im Rahmen von strengen Grenzwerten möglich sein und schrittweise reduziert werden.

Die als gefährlich eingestuften prioritären Stoffe sollen bis 2025 überhaupt nicht mehr in Gewässer gelangen dürfen. Es geht dabei um Substanzen, die toxisch, persistent und bioakkumulierend sind, also giftig und langlebig sind und sich in Lebewesen anreichern. Dazu gehören Cadmium, Quecksilber und deren Verbindungen sowie Tributylzinnverbindungen und Endosulphan. Zurzeit gilt die Einstufung „gefährlich“ für zwölf von den 33 Stoffen, auf die sich die Regelung bisher bezieht. Der Umweltausschuss verlangt die Überprüfung von zehn weiteren Stoffen, die er ebenfalls für gefährlich hält.

Für industriell verschmutzte Regionen soll es nach Vorschlägen der EU-Kommission und nach Meinung des Ministerrats „gemischte Zonen“ geben, weil dort die Grenzwerte kaum einzuhalten seien. Die ParlamentarierInnen fordern aber, dass die Mitgliedstaaten bei der Einrichtung solcher Zonen gewährleisten, dass die Abwasserbehandlung vor Ort der „besten verfügbaren Technik“ genügt.

Das EU-Parlament will im Juni im Plenum über die im Umweltausschuss vereinbarten Punkte entscheiden. [jg]

- ▶ Umweltausschuss des EU-Parlaments: www.europarl.europa.eu (News – 06.05.2008)
- ▶ Umweltverbände: www.wrrl-info.de
- ▶ EU-Gesetzgebungsverfahren: www.kurzlink.de/mitentscheidung

Gewässerschutz vor Ort**Vorbildliche Wümme-Region**

■ In der niedersächsischen Wümme-Region haben sich Verbände und Institutionen für den Schutz und die Entwicklung von Gewässern zusammengeschlossen. „Projektteams für einen Guten Zustand vor Ort“ sollen in den nächsten drei Jahren die Bevölkerung animieren, beim Gewässerschutz im Sinne der europäischen Wasserrahmenrichtlinie mitzuarbeiten. Bereits in diesem Jahr finden erste Maßnahmen an den Wümme-Nebenflüssen Wörpe, Fintau und Veerse statt. [jg]

- BUND Niedersachsen, Imma Schmidt, Hannover, Tel. +49 (0)511 / 96569-39

WIRTSCHAFT & UNTERNEHMEN

Klimawandel**Firmen unterschätzen Risiken**

■ Nach einer im April veröffentlichten Studie des Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmens KPMG unterschätzen viele Unternehmen die Risiken des Klimawandels massiv. KPMG analysierte 50 Berichte zum Thema Klimawandel und Unternehmen. Mehrheitlich würden die Chancen, die der Klimawandel biete, höher eingeschätzt als die negativen Folgen. KPMG machte vier Risiken für Unternehmen aus. Dazu zählen neben neuen gesetzlichen Regelungen und physikalischen Risiken wie Wetterextremen und Wasserknappheit auch ein höheres Prozessrisiko sowie eine schlechte Reputation. Die Studie unterscheidet drei Gruppen von Industrie-sektoren. Zu den am schlechtesten auf den Klimawandel vorbereiteten gehören die Bereiche Verkehr, Öl und Gas sowie das Gesundheitssystem. Am besten gerüstet seien Telekommunikation, Chemie- und Nahrungsmittelindustrie. [io]

- Broschüre: www.kpmg.nl/site.asp?id=41556 (Climate Changes Your Business)

Biokraftstoffe**Bundeskanzlerin startet zweite Generation**

■ Im April hat Bundeskanzlerin Angela Merkel im sächsischen Freiberg die weltweit erste Raffinerie für Biokraftstoffe der zweiten Generation, den sogenannten BtL-Treibstoff (Biomass to Liquid), eröffnet. Während Biokraftstoffe der ersten Generation direkt aus Nahrungsmitteln wie Weizen oder Pflanzenöl entstehen, sollen für BtL-Kraftstoff ökologische Reststoffe verwendet werden.

Das Unternehmen Choren Industries will in Freiberg Holzreste in einem mehrstufigen Verfahren zu synthetischem Diesel verarbeiten. Dieser soll unter der Bezeichnung SunDiesel, einer eingetragenen Marke von VW, vermarktet werden. Die Vorstandsvorsitzenden von VW und Daimler begleiteten Merkel bei einer Besichtigung der Anlage. Gemeinsam mit dem Ölkonzern Shell und dem Bundeswirtschaftsministerium finanzieren die beiden Autokonzerne die Entwicklung des BtL-Treibstoffs mit. Choren betreibt seit zehn Jahren eine BtL-Pilotanlage in Freiberg.

Der Biosprit der ersten Generation steht wegen der Konkurrenz des Anbaus von Energiepflanzen zum Nahrungsmittelanbau und unabsehbarer ökologischer Folgen, beispielsweise der Abholzung von Regenwäldern in Asien und Lateinamerika, massiv in der Kritik. Nach Plänen der Regierung soll Biosprit aber dennoch eine wichtige Rolle bei der Erreichung der Klimaschutzziele spielen, wobei man nun verstärkt auf BtL-Kraftstoff setzen will.

Die Raffinerie in Freiberg soll jährlich aus 65.000 Tonnen Biomasse 15 Millionen Liter Diesel gewinnen. Bisher kostet allerdings ein Liter in der Herstellung mehr als einen Euro, etwa doppelt so viel wie fossiler Diesel. Um die Konkurrenzfähigkeit zu gewährleisten, bedarf der Treibstoff der staatlichen Förderung. Auch reichen die Holzreste nicht aus, weshalb das Unternehmen Kurzumtriebsplantagen mit schnellwachsenden Bäumen anlegen will.

Dies kritisierte der Umweltverband

Grüne Liga. Eine Kurzumtriebsplantage belege wertvolle Ackerfläche, sagte Pflanzenölexperte Michel Matke. Ein weiterer Nachteil der Ganzpflanzennutzung sei, dass dem Boden keine Nährstoffe zurückgegeben würden. Die Grüne Liga bezweifelt auch Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit des großtechnischen Verfahrens, das vor allem der Autoindustrie entgegenkomme. Letztlich werde wieder Biomasse importiert werden. Etwa fünf bis zehn Kilogramm Holz sind notwendig, um ein Kilo BtL zu produzieren. [mv, mb]

- Choren Industries: www.choren.com (17.04.08)
- Grüne Liga/Pflanzenöl: www.inoel.de (Aktuelles)
- www.de.wikipedia.org/wiki/BtL-Kraftstoff

CO₂-Bilanz von Produkten**Unternehmen testen Klima-Fußabdruck**

■ Um die CO₂-Bilanz von Produkten entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu bestimmen, haben der WWF, das Öko-Institut und das Potsdam Institut für Klimafolgenforschung ein Pilotprojekt gestartet. Gemeinsam mit sechs Unternehmen wollen sie die Idee des Product Carbon Footprint (PCF), die in Großbritannien bereits erfolgreich umgesetzt wurde, auch in Deutschland einführen. Das Projekt soll eine einheitliche Methode erproben, mit der die CO₂-Bilanz der Produkte gemessen werden kann. Das Ergebnis soll Transparenz für die VerbraucherInnen schaffen, damit diese entsprechende Kaufentscheidungen treffen können. Gleichzeitig sollen die Unternehmen die notwendigen Informationen erhalten, um Schritte zur Reduktion der Emissionen zu ergreifen.

Bisher sind sechs Firmen als Partner in das Projekt eingestiegen: dm, Frosta, Henkel, Tchibo, Tetra Pak und T-Home. Jedes Unternehmen untersucht die CO₂-Bilanz mindestens eines Produkts. Erfasst werden unter anderem Toilettenpapier, Wildlachs, Computer und Duschgel. [ms]

- PCF-Pilotprojekt: www.pcf.thema1.de

THEMA

Aus der Nachhaltigkeitsstrategie muss endlich Regierungspolitik werden

Die Bundesregierung hat den Fortschrittsbericht 2008 zu ihrer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie veröffentlicht. Neben einer Zwischenbilanz sollte auch die Strategie selbst fortgeschrieben werden. Die Umweltverbände loben einige Initiativen darin wie die Nachhaltigkeitsprüfung in der Gesetzesfolgenabschätzung, fordern aber deutlich ehrgeizigere Ziele bei Ökolandbau, Klimaschutz und Flächenverbrauch.

Die Bundesregierung wird ihre Nachhaltigkeitsziele verfehlen, wenn die 2002 beschlossene nationale Nachhaltigkeitsstrategie nicht stärker in die Regierungspolitik Eingang findet. Dieser Überzeugung sind der Deutsche Naturschutzring (DNR), der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Naturschutzbund (NABU). Im Mai hatte die Regierung den Entwurf ihres Fortschrittsberichts 2008 zur Nachhaltigkeitsstrategie vorgestellt. Die Verbände vermissen darin vor allem ausreichende Maßnahmen in den Bereichen Klimaschutz, Ökolandbau und Flächenverbrauch.

CO₂-Reduktion noch zu unverbindlich

DNR-Präsident Hubert Weinzierl forderte die Bundesregierung auf, sich auch unabhängig von den europäischen Kli-

maschutzzielen darauf festzulegen, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren. „Mit den aktuellen Gesetzesvorlagen zur Umsetzung der Meseberg-Beschlüsse kann diese Reduktion jedoch nicht erreicht werden“, mahnte Weinzierl. Hier müsse die Bundesregierung nachbessern. Bis zum Jahr 2050 müsse sich der Pro-Kopf-Ausstoß auf maximal zwei Tonnen CO₂ verringern. Auch dieses Ziel will der DNR-Präsident in die Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen wissen.

Flächenfraß nicht länger belohnen

Eine drastische Reduzierung des Flächenverbrauchs forderte NABU-Vizepräsident Thomas Tennhardt. Bund und Länder seien hier gefordert, „falsch ausgerichtete Subventionen und falsche steuerliche An-

reize in Richtung Flächensparen, Flächeneffizienz und Gebäudebestandsentwicklung umzulenken“. Zentral sei dabei eine ökologische Reform des Gemeindefinanzsystems, mit der auch eine Entlastung der öffentlichen Haushalte einhergehen müsse.

Österreich zeigt, was Ökolandbau kann

Hubert Weiger, BUND-Vorsitzender, kritisierte das Fehlen einer Frist für die angestrebte Ausweitung des ökologischen Landbaus auf ein Fünftel der Fläche. „Das Jahr 2015 als Stichdatum, um das 20-Prozent-Ziel zu erreichen, ist erforderlich und realistisch“, sagte Weiger. Die Bundesregierung solle sich ein gutes Beispiel an Österreich nehmen. Das Alpenland hat bereits heute 13 Prozent Ökolandbaufläche erreicht, wogegen der Anteil in Deutschland seit einigen Jahren konstant bei knapp fünf Prozent liegt. Hierzulande müsse fast die Hälfte der Ökoprodukte importiert werden, während die Nachfrage rasant wachse, kritisierte der BUND-Vorsitzende. „Damit wird eine große wirtschaftliche Chance vertan.“ Die Bundesregierung trage wesentlich zur Stagnation der ökologischen Anbaufläche bei, so Weiger. So schütze die neue Gentechnikgesetzgebung nicht vor Ernteschäden durch Gentechnik-Einträge. Auch müsse die staatliche Förderung während der zweijährigen Umstellungszeit deutlich erhöht werden.

Öffentliche Mittel nachhaltig ausgeben

DNR, BUND und NABU forderten die Bundesregierung außerdem auf, ein Zeichen zu setzen und klare Nachhaltigkeitskriterien für das öffentliche Beschaffungswesen vorzuschreiben. Mit 250 Milliarden Euro Ausgaben im Jahr hätten Bund, Länder und Kommunen eine Marktmacht, die sie ökologisch und sozial verantwortlich nutzen müssten.

Die „Poesie“ der Toblacher Thesen war Herzblut für die Nachhaltigkeit. „Langsamer, weniger, besser, schöner“ – seine konkrete Vision eines ökologischen Wohlstands, des solaren Zeitalters, einer Zukunft in Schönheit.

Gründer der „Toblacher Gespräche“ und des Öko-Instituts Bozen, Unternehmensberater, Bergsteiger, Maler und Soziologe

Dr. Hans Glauber

* 2. September 1933 † 24. April 2008

Du hast uns inspiriert und ermutigt.

Wir verlieren einen unbeirrbareren Mitstreiter
und warmherzigen Freund.

Dr. Günther Bachmann
Prof. Christiane Busch-Lüty
Prof. Eckart Hildebrandt
Dr. Hildegard Kurt
Heike Leitschuh
Prof. Reinhard Pfriem

Jacob Radloff
Prof. Wolfgang Sachs
Dr. Irmgard Schultz
Beate Weber
Christine von Weizsäcker
Dr. Angelika Zahrnt

Trotz der grundsätzlichen Kritik hoben die Umweltverbände hervor, dass die Konzeption der Nachhaltigkeitsstrategie mit dem nun vorliegenden Fortschrittsbericht positiv weiterentwickelt worden sei. Unter anderem seien neue Initiativen wie die Nachhaltigkeitsprüfung in der Gesetzesfolgenabschätzung vorgesehen. [mb]

- ▶ DNR, Nachhaltigkeitsexpertin Annette Littmeier, Tel. +49 (0)30 / 678177586, www.dnr.de
- ▶ BUND, Nachhaltigkeitsexpertin Christine Wenzl, Tel. +49 (0)30 / 27586462, www.bund.net
- ▶ NABU, Nachhaltigkeitsreferentin Evelyn Faust, Tel. +49 (0)30 / 2849841132, www.nabu.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Perspektivenkonferenz

Kommunaler Klimaschutz

■ Eine Konferenz zu „Perspektiven des kommunalen Klimaschutzes“ veranstalten das Bundesumweltministerium und die kommunalen Spitzenverbände zusammen mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) am 19. Juni in Berlin. Klimaschutz müsse an vielen Orten umgesetzt werden, erklärten die Veranstalter, auch in Schulen, Sportstätten, Verwaltungsgebäuden oder Schwimmhallen. Damit kämen neue technologische, ökonomische und ökologische Herausforderungen auf die Kommunen zu. Damit sie dafür besser gerüstet sind, stellt die Konferenz in Kurzfilmen und Podiumsdiskussionen mehrere „Leuchtturmprojekte“ vor, die zum Nachahmen anregen sollen. Experten informieren über Finanzierungsmöglichkeiten. Am Beispiel der Energieregion Barnim-Uckermark (Brandenburg) werden Möglichkeiten regionaler Wirtschaftsförderung durch Klimaschutz vorgestellt. Das Tagungsprogramm und ein Anmeldeformular stehen im Internet. [mb]

- ▶ www.difu.de/seminare (19. Juni 2008)
- ▶ Agentur neues handeln, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 288837828, E-Mail: mail@neueshandeln.de

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Zukunftspreis Naturschutz

Zehn im Finale bei idee.natur

■ Der Bundeswettbewerb „idee.natur“ hat die zehn besten von 122 eingereichten Projektideen gewürdigt. Am 15. Mai nahmen die Sieger der Kategorien Wälder, Moore und urbane/industrielle Landschaften ihre mit je 10.000 Euro dotierten Preise entgegen. Den Ausschlag gaben die bundesweite Bedeutung der Projektgebiete, ihr Potenzial für eine Inwertsetzung der Naturlandschaft und die Umsetzungschancen. Unter den Preisträgern sind die Allgäuer Moorallianz und das Lebensnetz Dresden. Bis Ende des Jahres müssen die Preisträger nun ihre Konzepte weiter ausarbeiten, um den Hauptgewinn, eine zwölfjährige finanzielle Unterstützung des Bundesumweltministeriums, zu erkämpfen. [tt]

- ▶ Bundeswettbewerb idee.natur, c/o Nova-Institut, Hürth, Tel. +49 (0)2233 / 4814-40, Fax -50, E-Mail: info@idee-natur.de, www.idee-natur.de

Umwelt-Kinder-Tag

Kinder retten Wildkatzen

■ Der Umwelt-Kinder-Tag der BUNDjugend nimmt dieses Jahr mit dem Motto „Bunte Vielfalt schützen“ Bezug auf die UN-Biodiversitätskonferenz. Kinder bis zwölf Jahre sind aufgerufen, sich mit Spielen, Experimenten und Naturschutzaktionen der biologischen und kulturellen Vielfalt anzunehmen. Zwischen dem 1. Mai und dem 1. September können sie einen oder mehrere Tage auswählen und zu ihrem eigenen Umwelt-Kinder-Tag erklären. Für jede dokumentierte Einsendung einer Aktion gibt ein Sponsor fünf Euro für das BUND-Projekt „Rettungsnetz Wildkatze“. [io]

- ▶ BUNDjugend, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27586586, E-Mail: umweltkindertag@bundjugend.de, www.umweltkindertag.de

Schüler-Ideenwettbewerb

Wasserdetektive gesucht

■ Die Vereinigung Deutscher Gewässerschutz hat einen Ideenwettbewerb für Kinder und Jugendliche ab zehn Jahren gestartet. Unter dem Motto „Ich sehe Wasser, was du nicht siehst“ ruft der Verband dazu auf, Dinge des Alltags auf ihren indirekten Wassergehalt und -verbrauch – das sogenannte virtuelle Wasser – zu untersuchen. Dabei sollen Fragen geklärt werden wie: Auf welche Weise ist unser Lebensstil Mitverursacher von Wasserknappheit in anderen Ländern der Erde? Kann eine bewusste Lebensweise zur schonenden Wassernutzung beitragen? Bei der Gestaltung der Beiträge können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihrer Kreativität freien Lauf lassen. Von Projektwochen bis hin zu Werbeanzeigen oder Filmen ist alles erlaubt. Einsendeschluss für die Beiträge ist der 31. Oktober. [tt]

- ▶ Vereinigung Deutscher Gewässerschutz, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 375-007, Fax -515, www.virtuelles-wasser.de

Bürgerengagement Niedersachsen

Unbezahlbar und freiwillig

■ Der „Niedersachsenpreis für Bürgerengagement 2008“ wird in diesem Jahr zum fünften Mal ausgeschrieben. Bis zum 1. Juli können Einzelpersonen, Vereinigungen, Initiativen und Gruppen ihre Bewerbungsunterlagen einreichen. Preise bis insgesamt 32.500 Euro können vergeben werden. Getragen wird der Preis von der Landesregierung, den Sparkassen und dem Versicherungsunternehmen VGH. Er soll das bürgerschaftliche Engagement stärker in die Öffentlichkeit rücken. Mit einem Sonderpreis soll in diesem Jahr das Engagement für und mit Kindern gefördert werden. [mb]

- ▶ Niedersächsische Staatskanzlei, Thomas Böhme, Hannover, Tel. +49 (0)511 / 120-6739, Fax -99-, E-Mail: thomas.boehme@stk.niedersachsen.de, www.unbezahlbarundfreiwillig.de

REZENSIONEN

Das grüne Gold der Gene

Piraten sind unterwegs. Sie fahren nicht auf Schiffen, sondern reiten auf Paragraphen, die die Mächtigen unterstützen und Indigene entrechten. Oder es gibt erst gar keine Regeln, die einen Hauch von Gerechtigkeit entstehen lassen. Wem gehört eigentlich die Welt?



Die Ausbeutung der Länder des armen Südens durch den reichen Norden hat viele Facetten. Die Sklaverei ist inzwischen gottlob Vergangenheit, doch finstige Köpfe haben andere Varianten

ersonnen, freilich weit unterhalb der Empörungsschwelle. Eine vergleichsweise moderne Spielart ist der Raub sogenannten indigenen Wissens und genetischer Ressourcen. Als Protagonisten fungieren hier westliche Pharmafirmen, Kosmetikunternehmen und die Konsumgüterindustrie. Kaum hat die Menschheit begriffen, welche unentdeckten Ressourcen in den Tropen, diesen Hotspots der Biodiversität, schlummern, schon sind die Produktpiraten zugange.

Der Politikwissenschaftler Michael Frein und der Biologe Hartmut Meyer haben sich des Themas angenommen und ein parteiisches Buch geschrieben, wie Christine von Weizsäcker im Vorwort wohlwollend anmerkt. In einem Streifzug durch diverse Fallbeispiele von Kurkuma über Basmati breiten sie detailliert aus, wie hier Patente eingereicht und Millionenbeträge verdient werden, während dort die eigentlichen Erstanwender und Eigentümer leer ausgehen. Wem die Sympathien gehören, ist schnell klar, die Thematik an sich ist es jedoch bei Weitem nicht. Und so nimmt uns das Autorenduo mit in das Dickicht von Rechtsnormen und in den Dschungel internationaler Abkommen. Oftmals stehen sich diese mit unvereinbaren Inhalten gegenüber – hier das Nutzungsrecht, das die jeweilige Ressource den Staaten zuschreibt, in denen sie vorkommt, dort das Patentrecht, das eben diese Nut-

zung einschränkt und Zuwiderhandlungen scharf sanktioniert. Ein weiteres Konfliktfeld betrifft die Regelung der Rechte der indigenen Völker, wofür zwei internationale Dokumente maßgeblich sind. Eines davon ist völkerrechtlich verbindlich, aber nur von einer Handvoll Staaten unterzeichnet, das andere wird von nahezu allen Staaten getragen, scheidet aber an der völkerrechtlichen Unverbindlichkeit.

Doch nicht nur die Rahmenbedingungen sind schwierig, auch Sachfragen sind heftig umstritten. Eine sehr grundsätzliche ist die, ob es überhaupt legitim ist, Pflanzen und Tiere zu patentieren. Wem gehören die Wirkstoffe gegen Fettleibigkeit und Krebs, dem akademisch gebildeten Chemiker oder dem Mediziner, der das Wissen durch mündliche Überlieferung von seinen Vorfahren erhalten hat? Oder handelt es sich hier um ein Gut, das die gesamte Menschheit „besitzt“? Schließlich und endlich kommt die der Dritten Welt immanente ethnische Zersplitterung, welche selbst innerhalb der betroffenen Staaten zu ungeklärten Eigentumsverhältnissen führt, als erschwerender Faktor hinzu.

Die Situation ist gelinde gesagt unübersichtlich. Frein und Meyer bewahren aber kühlen Kopf und präsentieren die Faktenlage detailliert und kenntnisreich. Trotzdem ist es nicht leicht, den Darlegungen zu folgen. Rechtsfragen sind nun einmal nicht immer leicht zu verstehen, die Uneindeutigkeit juristischer Sachverhalte nicht jedermanns Sache. Insgesamt also kein Buch für zwischendurch, sondern für die konzentrierte Lektüre. Dann aber darf man sich uneingeschränkt informiert fühlen.

[Christoph Hirsch]

► Frein, M.; Meyer, H.: Die Biopiraten. Milliarden-geschäfte der Pharmaindustrie mit dem Bauplan der Natur. Econ, Berlin 2008, 251 S., 16,90 €, ISBN 978-3-430-30022-3

Narzissmus bis ins Grab

Kinder sind beeinflussbare Käufer. Und wenn es nicht mehr genug Kinder gibt, infantilisiert der globale Markt eben die Erwachsenen – und untergräbt damit die Demokratie.



Der Kapitalismus ist zweifellos ein Erfolgsmodell. Seine Basis ist die Existenz eines kaufkräftigen Massenmarktes. Darüber hinaus benötigt er unbefriedigte Bedürfnisse sowie eine

impulsive Käuferschicht, die spontan auf alles zugreift, was der Markt produziert, und schnelles, oberflächliches (Käufer-) Glück dem sorgfältigen Abwägen anderer Optionen vorzieht. Kinder sind in diesem Zusammenhang besonders interessant: Sie agieren emotional, sind unwissend und ihr „Geschmack [ist] noch nicht gefestigt“, so dass sie „über Werbung, Marketing und Branding leicht zu manipulieren“ sind. Doch was tun, wenn kaufkräftige Kinder wegen rückläufiger Geburtenzahlen auszubleben drohen? Man schafft Ersatz! „Infantilisierung“ nennen Kapitalismuskritiker wie der amerikanische Politikwissenschaftler Benjamin R. Barber diese Strategie. Dass sie funktioniert, bleibt scharfen Beobachtern nicht verborgen: „Früher legte man die kindischen Dinge ab, wenn man erwachsen wurde. Heute hat der 35-jährige Wall-Street-Analyst, der mit seinem Roller zur Arbeit saust, dabei über seinen Kopfhörer Moby hört und die Jahresberichte in seinem Rucksack hat, mit einem 20-Jährigen mehr gemein als noch vor einer Generation.“

Doch was ist schlimm daran, mag sich manch einer fragen? Ist diese neue „Lockerheit“ nicht auch positiv? Auf den ersten Blick mag das so sein, doch „Geschäftsleute mit Baseballcaps, Jeans und heraushängenden Hemden“, so Barber, sind Symbol für weit mehr: Für Arbeit ohne Disziplin, für Kauf ohne Zweck, für ein Leben ohne Verantwortung, für Narzissmus bis ins

hohe Alter. Für Weisheit, Demut oder Selbstbeschränkung bleibt hingegen kein Raum. Und so schwächt der kopflose Konsum langsam aber sicher unsere wichtigste Grundlage, die Demokratie.

Wer Barbers Buch liest, bekommt eine enorme Vielzahl an weiteren Beispielen für die Entwicklung dieses neuen Ethos präsentiert. Die Auswege aus dem Dilemma – Selbstbeschränkung der Wirtschaft und bewusster Konsum kritischer Bürger – sind indes nicht voll überzeugend. Trotzdem ist „Consumed“ ein wichtiges Buch, weil es für Vorgänge sensibilisiert, die den meisten von uns verborgen bleiben.

[Christoph Hirsch]

► Barber, B. R.: Consumed! Wie der Markt Kinder verführt, Erwachsene infantilisiert und die Demokratie untergräbt. C.H. Beck, München 2008, 395 S., 24,90 €, ISBN 978-3-406-57159-6

Wir wedeln nicht mit Transparenten



■ Die Farley Morat ist schwarz gestrichen und mit einem verstärkten Bug zum Rammen und einem Katalpult ausgestattet. In der Kajüte wird vegan gekocht. Das Schiff ist staatenlos, weil ihm die Flagge

entzogen wurde, der Kapitän der Piraterie angeklagt. Bisher konnte ihm allerdings in keinem Land eine Straftat nachgewiesen werden. Paul Watson, Begründer der Umweltschutzorganisation Sea Shepherd Conservation Society, meint es ernst. Er wedelt nicht mit Transparenten, er rammt Walfangschiffe. Damit keine Menschen zu Schaden kommen, versenkt er die Schiffe in Häfen – aber ganz sicher kann man bei ihm da nicht sein. Der Kapitän der Farley Morat, der bei Greenpeace in den 1970er-Jahren ausstieg, weil die ihm zu zaghaft waren, verfolgte noch Anfang dieses Jahres japanische Walfangflotten in

der Antarktis. Schon 1980 hat Watson die illegale Waljagd im Nordatlantik beendet, indem er ein portugiesisches und drei norwegische Schiffe ausschaltete. Heute ist er Mitte fünfzig und kämpft mit Freiwilligen an Bord gegen Walfangschiffe, Stürme, Eisberge, marode Schiffsrümpfe und Finanzprobleme.

Paul Watson beruft sich auf die UN-Charta für die Natur von 1982, die jedermann auffordert, die Umwelt zu verteidigen. Seine Methoden sind militant: Schiffsschrauben zerstörende Schlingen, Buttersäure, Rammaktionen und Verfolgung auf hoher See. Peter Heller, Autor des Buches „Wir schreiten ein“, hat ihn auf seiner Fahrt 2005/2006 begleitet und eine Rammaktion in internationalen Walfangschutzzonen hautnah verfolgt. Er erlebte eisige Stürme mit und die fast vergebliche Suche nach den Schiffen der Walfänger in einem riesigen Meer, ohne dass deren Route bekannt gewesen wäre. Er bediente sich in der heißen Phase an Dingen, die hinter einer Tür mit der Aufschrift „Damentoilette“ verborgen waren: Helme und schusssichere Westen. Auf hoher See geht man nicht zimperlich mit Piratenschiffen um, gerade wenn auf der eigenen Schiffswand „Research“ steht, weil Walfang für Forschungszwecke erlaubt ist.

Hellers Bewertung der Aktivitäten schwankt zwischen Bewunderung und Kritik. Für den manchmal etwas anstrengenden Stil („Der 8. Januar war ein guter Tag zum Sterben“) wird man entschädigt durch spannende Echtzeitbeschreibungen einer umstrittenen, aber immer wieder erfolgreichen Aktionsform für den Schutz der Meeressäuger. Über Für und Wider lässt sich – nach Lektüre des Buches besser informiert – trefflich streiten. „Ich fühle mich den Walen verpflichtet. Und ich werde meinen Standpunkt erst dann überdenken, wenn Sie mir einen einzigen Wal zeigen, der nicht mit meinem Handeln einverstanden ist“, sagt Paul Watson.

[Juliane Grüning]

► Heller, P.: Wir schreiten ein. Der Kampf des Paul Watson gegen die Walfangflotten der Welt. Marebuchverlag, Hamburg 2008, 368 S., 23,60 €, ISBN 978-3-86648-083-4

Plan B zur Zivilisationsrettung



■ Die globale Ökonomie überschreitet die Kapazitäten der zu ihrer Unterstützung notwendigen Ökosysteme – und bringt so die Weltgesellschaft an den Rand des Zusammenbruchs. Das ist

das Thema von Lester Browns Buch, das nun auch auf Deutsch vorliegt. Er findet starke Worte, die Schuldigen zu charakterisieren – uns: „In unserer Hauptbeschäftigung mit den vierteljährlichen Unternehmensberichten und den jährlichen Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts haben wir die Sicht darauf verloren, wie groß schon das Unternehmen Wirtschaft im Vergleich zu den Ressourcen der Erde geworden ist. Mit dem Ergebnis, dass die Welt sich in einem Modus der ‚Grenzüberschreitung und des Kollaps‘ befindet“.

Im ersten Teil des Buches beschreibt Brown die Lage, mit Kapiteln zur beginnenden Ölverknappung, der zunehmenden Wasserknappheit, der steigenden Erdtemperatur und dem Anstieg des Meeresspiegels, die er alle als Zeichen des möglichen Niedergangs deutet (soziale Desintegration, Ressourcenkonflikte, Umweltflüchtlinge, Staatenzerfall) – und aus denen er zwei zentrale Herausforderungen ableitet: Umstrukturierung der Weltwirtschaft und Stabilisierung der Weltbevölkerung. Diesen Herausforderungen gilt sein Werk – und er nennt es Plan B.

Im zweiten Teil des Buches präsentiert Brown die entscheidenden Komponenten dieses Plans. Er beginnt mit der delicatesten Aufgabe: „Stabilisierung der Weltbevölkerung und Überwindung der Armut“. Die niedrigste der UN-Bevölkerungsprojektionen erreicht ihren Höhepunkt bei 7,8 Milliarden Menschen im Jahr 2040. Diese gelte es anzustreben. Brown zeigt, wie das durch Armutsbekämpfung erreicht werden könnte: Für alle hierzu erforderlichen Initiativen errechnet er ein Budget von 68 Milliarden Dollar pro Jahr.

„Reparatur der Erde“ nennt Brown die

zweite Komponente seines Plans. Hiermit meint er den Stopp der Waldvernichtung und die Wiederaufforstung, die Wiederherstellung der Bodenqualität, die Balance von Wassernachfrage und Wasserdargebot, die Regenerierung der Fischbestände und den Schutz der biologischen Vielfalt. Auch hierzu präsentiert er ein jährliches Budget, das er auf 93 Milliarden Dollar schätzt. Viele mögen fragen, ob das leistbar ist. Brown fragt: Können wir es uns leisten, diese Investitionen nicht zu tätigen?

Steigerung der Boden- und Wasserproduktivität und effizientere Herstellung von Proteinen sind die zentralen Strategien, die Brown zur Sicherung der Ernährung der 7,8 Milliarden anführt. Keine Überraschung, dass der Streit um Ernährungssicherheit und die Anpassung an den Klimawandel das besondere Interesse Browns findet. In der Behandlung dieser Fragen entpuppt er sich als wahrer Techno-Freak, der alle möglichen neuen Energietechniken in den Blick nimmt, darüber allerdings die sensible Frage der Fortschreibung des Kyoto-Protokolls vergisst. Die letzte Komponente des Plans gilt der Zukunft der Städte und der Urbanisierung: Ökologischer Stadtbau sei angesagt.

Der dritte Teil des Buches beschäftigt sich mit den notwendigen Strategien. Der Schlüssel, so Brown, liege in der Schaffung ehrlicher Märkte – Preise müssten die ökologische Wahrheit sagen. Dabei gehe es um Steuerreformen, aber auch um die Reform der Anreiz- und Subventionsmechanismen. Und um eine neue Materialökonomie mit umfassender Kreislaufwirtschaft – Abfallvermeidung und Null-Emission.

Lester Brown hat eine schockierende Analyse, aber auch faszinierenden Plan vorgelegt, wie unsere Zivilisation aus dem Grenzüberschreitungs- und Kollaps-Modus herauskommen und den Pfad zur Nachhaltigkeit einschlagen könnte. Das Buch wurde inzwischen in mehr als 20 Sprachen übersetzt, auch für den deutschen Verlag ist es ein Bestseller.

[Udo E. Simonis]

- Brown, L. R.: Plan B 2.0 – Mobilmachung zur Rettung der Zivilisation. Homilius, Berlin 2007, 384 S., 19,90 €, ISBN 978-3-89706-606-9

INTERNET

Der Klimawandel und die Frauen

Das internationale Netzwerk von Frauen für Klimagerechtigkeit gendercc hat eine Internetseite ins Netz gestellt. Die Seite bietet allgemeine Informationen zur Klimapolitik und zu verschiedenen Bereichen, die vom Klimawandel stark betroffen sind, wie beispielsweise Biodiversität, Landwirtschaft, Energie und Wasser. Weitergehend wird beim jeweiligen Thema die Perspektive aus Frauensicht dargestellt. Ziel ist es, die BesucherInnen zu sensibilisieren und darauf aufmerksam zu machen, dass in vielen Lebensbereichen Frauen besonders stark vom Klimawandel betroffen sind oder sein werden. In Entscheidungsprozessen sind sie dagegen kaum einbezogen.

Eine Literatur- und Fallbeispiele-Datenbank ist ebenfalls vorhanden. [io]

- www.gendercc.net

E-Mail für dich in Sachen Müll

Die Umweltorganisation Friends of the Earth hat eine Aktion zum Thema Abfallpolitik in der Europäischen Union gestartet. Anlässlich der derzeitigen Überarbeitung der europäischen Abfallgesetzgebung rufen die UmweltschützerInnen auf ihrer Internetseite zu einer Protestaktion auf. Auf einer interaktiven Karte können BesucherInnen sich das Land aussuchen, dessen UmweltministerIn sie eine vorgefertigte E-Mail senden wollen. In dem Schreiben wird unter anderem gefordert, europaweit sowie in den einzelnen Mitgliedstaaten die Recyclingmaßnahmen auszuweiten.

Es besteht die Auswahl zwischen acht verschiedenen Sprachen und den dazu gehörigen MinisterInnen. Die Angabe von persönlichen Daten wie Name und Adresse ist Voraussetzung, um eine Nachricht an die UmweltministerIn der eigenen Wahl zu verschicken. [tt]

- www.loverecycling.eu

Lautstark gegen Lärm

Das ostdeutsche Umweltnetzwerk Grüne Liga hat ein Internetportal rund um die Öffentlichkeitsbeteiligung bei der europäischen Umgebungslärmrichtlinie ins Leben gerufen. Auf dieser Internetseite können sich die BesucherInnen über Themen wie Lärmwirkung und Lärmschutz informieren und Termine von aktuellen Informationsveranstaltungen einsehen. Links zu Lärmkarten einzelner Bundesländer sowie ein News-Archiv runden das Webangebot ab.

Als besonderen Service bietet die Grüne Liga an, Termine zum Thema Lärm in den auf der Internetseite befindlichen Terminplaner aufzunehmen. Diese Dienstleistung ist kostenfrei und durch Ausfüllen eines E-Mail-Formulars schnell und einfach erledigt. [tt]

- www.uglr-info.de

Auf der Suche nach EU-News?

Regelmäßig berichtet die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings (DNR) auf ihrer Internetseite über Neuigkeiten aus Brüssel in Sachen Natur- und Umweltschutz. Aus den umweltpolitischen EU-News wird ein wöchentlicher elektronischer Rundbrief erstellt und kostenlos verschickt. Auf der EU-News-Seite findet sich auch die „monatliche Vorausschau“, die zur Planung der EU-Arbeit dienen kann.

Wer außerdem nach bestimmten Themenbereichen sucht oder verfolgen will, was sich in den letzten Monaten bei bestimmten Richtlinien getan hat, kann seit Neuestem auch eine Suchmaske nutzen. Im Archiv sind alle Meldungen seit Juni 2007 zugänglich. Mit einem Schlagwort oder über einen Zeitraum oder eine Kombination von Schlagwort und Zeitraum kann man die EU-News durchsuchen. Heraus kommt eine sortierte Liste von chronologisch geordneten EU-Fachinformationen. Einzeln anklicken, durchlesen und Bescheid wissen! [jg]

- www.eu-koordination.de (EU-News – News-archiv)

NEU ERSCHEINEN

- ▶ Antoni-Komar, I.; Pfriem, R. et al.: **Ernährung, Kultur, Lebensqualität. Wege regionaler Nachhaltigkeit.** Metropolis, Marburg 2008, 367 S., 38,- €, ISBN 978-3-89518-634-9
- ▶ Baumgartner, H.; Gloor, S. et al.: **Der Wolf. Ein Raubtier in unserer Nähe.** Hauptverlag, Bern 2008, 216 S., 29,90 €, ISBN 978-3-258-07274-6
- ▶ Bauriedl, S. et al.: **Stadtzukünfte denken. Nachhaltigkeit in europäischen Stadtregionen.** oekom, München 2008, 270 S., 34,90 €, ISBN 978-3-86581-110-3
- ▶ Ferrari, A.: **Genmaus & Co. Gentechnisch veränderte Tiere in der Biomedizin.** Harald Fischer, Erlangen 2008, 429 S., 49,50 €, ISBN 978-3-89131-418-0
- ▶ Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): **Klimawandel, Klimaschutz und Gender.** Bonn 2008, 17 S., Internetfassung: <http://library.fes.de/pdf-files/iez/05282.pdf> (PDF, 370 kB, kostenlos)
- ▶ Henle, B.: **Nachhaltigkeit messen. Soziale Indikatoren für Finanzdienstleister.** oekom, München 2008, 122 S., 39,90 €, ISBN 978-3-86581-102-8
- ▶ Hosang, M. (Hrsg.), Biedenkopf, K.; Dahrendorf, R.; Fromm, E.; Kelly, P. et al.: **Klimawandel und Grundeinkommen. Die nicht zufällige Gleichzeitigkeit beider Themen und ein sozialökologisches Experiment.** Andreas Mascha, München 2008, 220 S., 16,90 €, ISBN 978-3-924-404-73-4
- ▶ Jänicke, M.: **Megatrend Umweltinnovation. Zur ökologischen Modernisierung von Wirtschaft und Staat.** oekom, München 2008, 208 S., 29,90 €, ISBN 978-3-86581-097-7
- ▶ Lange, J.: **Die Dreisam. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.** Lavori, Freiburg 2007, 248 S., 29,80 €, ISBN 978-3-935737-54-8
- ▶ Laux, B.; Prohaska, M.: **Erde, Matsch & Stein. Mit Experimenten und spielerischen Aktionen den**
- Erdboden und seine Bewohner erforschen und verstehen.** Ökotoxia, Münster 2008, 96 S., 15,90 €, ISBN 978-3-86702-038-1
- ▶ Maathai, W.: **Die Bewegung „Grüner Gürtel“.** Ennsthaler, Steyr 2008, 208 S., 15,50 €, ISBN 978-3-85068-700-3
- ▶ Menz, V.: **Umwelttechnik für alpine Berg- und Schutzhütten. Hintergrundwissen, Tipps und Beispiele aus der Praxis.** Bergverlag Rother, Ottobrunn 2008, 180 S., 19,90 €, ISBN 978-3763380374
- ▶ Müller-Christ, G. (Hrsg.): **Nachhaltigkeit und Widersprüche. Eine Managementperspektive.** LIT-Verlag, Münster 2007, 29,90 €, ISBN 978-3-8258-0614-9
- ▶ Mustard, A.: **Im Riff. Reich terra magica,** Luzern 2008, 192 S., 34,90 €, ISBN 978-3-7243-1010-5
- ▶ Pedersen, K.: **Naturschutz und Profit. Menschen zwischen Vertreibung und Naturzerstörung.** Unrast, Münster 2008, 160 S., 14,- €, ISBN 978-3-89771-476-2
- ▶ Reich, R.: **Superkapitalismus. Wie die Wirtschaft unsere Demokratie untergräbt.** Campus, Frankfurt/M. 2008, 24,90 €, ISBN 3-5933-8567-8
- ▶ Reichhoff, J. H.: **Stabile Ungleichgewichte. Die Ökologie der Zukunft.** Suhrkamp, Frankfurt/M. 2008, 120 S., 10,- €, ISBN 978-3-518-26005-0
- ▶ Wasserkolloquium (Hrsg.): **Wasser. Die Kommerzialisierung eines öffentlichen Gutes.** Dietz, Berlin 2008, 152 S., 14,90 €, ISBN 978-3-320-02135-1. Internetfassung: www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Texte_41.pdf (PDF, 783 kB, kostenlos)
- ▶ Wenzel, E.; Kirig, A.; Rauch, C.: **Greenomics. Wie der grüne Lifestyle Märkte und Konsumenten verändert.** Redline, Heidelberg 2008, 220 S., 19,90 €, ISBN 978-3-636-01556-3
- ▶ Youkhana, E. S. (2007): **Experiment Ökotourismus. Gelenkter Wandel und Akzeptanz am Beispiel des Mayadorfs Yaxuná in Mexiko.** Verlag für interkulturelle Kommunikation, Frankfurt/M. 2007, 398 S., 25,90 €, ISBN 978-3-88939-846-8

Impressum

umwelt aktuell Juni 2008
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V., Am Michaelshof 8–10, D-53177 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de
Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstraße 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 544184-0, Fax -49, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de
Gesellschafter und Anteile: Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %
Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich (Deutschland, verantwortw.), Markus Steigenberger (Europa und Internationales, verantwortw.), Adressen siehe Redaktion
Redaktion: Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Markus Steigenberger [ms], Marion Busch [mbu], Bjela Vossen [bv], Maika Vygen [mv]
Kontakt: umwelt aktuell, Marienstraße 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, Fax -80, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.dnr.de/publikationen
Redaktionelle Mitarbeit: Isabel Oettinger [io], Tim Treibmann [tt], Florian Noto [fn]
Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt
Grafik/DTP: Matthias Bauer, Juliane Grüning
Anzeigen: oekom verlag, Stefanie Gritsch, Tel. +49 (0)89 / 544184-25, E-Mail: anzeigen@oekom.de
Druck: Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 Prozent Altpapier
Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats
Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik, Landsberg, Tel. +49 (0)8191 / 97000-378, Fax -103, E-Mail: oekom@de.rhenus.de
Titelfoto: Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Dieser Ausgabe liegen Werbebeilager vom Asanger Verlag und von der Verbraucher Initiative bei.



TERMINE

JUNI

04.–05.06., Paris (F)
OECD ministers to discuss climate change, trade and global economy. Jahrestreffen
 ► www.oecd.org

05.–06.06., Nürnberg (D)
Stadtwerke in Bündnissen – gut fürs Klima. Forum
 ► ASEW, Martina Anslík, Tel. +49 (0)221 / 93181-927, Fax -99, E-Mail: veranstaltung@asew.de, www.asew.de

07.–08.06., Aomori (J)
G8 Energy Ministerial Meeting
 ► www.g8.utoronto.ca/energy

09.–11.06., Berlin (D)
Strategien zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und für ein nachhaltiges Flächenmanagement in Kommunen
 ► Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Jens Libbe, Tel. +49 (0)30 / 39001-115, Fax -150, E-Mail: libbe@difu.de, www.difu.de

11.–13.06., Istanbul (TR)
9th UITP Light Rail Conference
 ► International Association of Public Transport, Deborah Wéry, Tel. +32 (0)2 / 66-36664, Fax -01072, E-Mail: deborah.wery@uitp.org, www.uitp.org

11.–13.06., Riga (LV)
MOP3 of the Aarhus Convention
 ► UNECE, Ms. Ariane Schenk, Tel. +49 (0)1888 / 305-2259, Fax -3331, E-Mail: zgiii4h@bmu.bund.de, www.unece.org

11.–14.06., Frankfurt a. M. (D)
„Gesunde Stadt – Gesunde Bürger“. Bundeskongress
 ► Deutsche Gesellschaft für Gartenkunst und Landschaftskultur, Tel. +49 (0)30 / 787-13613, Fax -4337, E-Mail: bund@dgggl.org, www.dgggl.org

11.–14.06., L'Argentière-La-Bessée (F)
Neues Denken in den Alpen
 ► CIPRA, Anne Sophie Elléouet, Tel. +33 (0)492 / 2320-94, E-Mail: annesophie.elleouet@cipra.org, www.alpweek.org

14.06., Nationalpark Bayerischer Wald (D)
GEO-Tag der Artenvielfalt
 ► GEO, Tom Müller, Tel. +49 (0)40 / 3703-2732, E-Mail: mueller.tom@geo.de, www.geo.de/artenvielfalt

17.06., bundesweit (D)
Mobil ohne Auto - Autofreier Hochschultag
 ► Dachverband Verkehrsbürgerinitiativen, Tel. +49 (0)30 / 4927-473, Fax -972, E-Mail: info@mobilohneauto.de, www.mobilohneauto.de

18.–20.06., Modena (I)
The 16th IFOAM Organic World Congress
 ► Consorzio ModenaBio 2008, E-Mail: ifoam2008@provincia.modena.it, www.ifoam.org

19.06., Berlin (D)
Naturschutzrecht im künftigen Umweltgesetzbuch
 ► Deutscher Naturschutzring und Landesbüro der Naturschutzverbände NRW, Brigitte Taurus, Tel. +49 (0)208 / 88059-0, E-Mail: lb.naturschutz@t-online.de, www.dnr.de

19.–20.06., Schneverdingen/Niedersachsen (D)
Diffuse Gewässerbelastungen – Trends, Maßnahmen und Kosten in Europa und Übersee
 ► WWF, Tanja Draeger de Teran, Tel. +49 (0)30 / 30874213, E-Mail: draeger@wwf.de, www.wwf.de/themen/landwirtschaft/landwirtschaft-gewaesser

25.–26.06., Mainz (D)
Umweltgesetzbuch. Fachtagung
 ► Akademie Fresenius, Barbara Kramer, Tel. +49 (0)231 / 75896-68, Fax -53, E-Mail: bkramer@akademie-fresenius.de

28.06.–29.06., Bad Boll/Schwäbische Alb (D)
Der Staat und seine Lobbyisten – CO₂ im Grenzbereich. Tagung
 ► Evangelische Akademie, Tel. +49 (0)7164 / 790, E-Mail: info@ev-akademie-boll.de, www.ev-akademie-boll.de/tagungen/details/620808.pdf

30.06.–03.07., Putbus/Rügen (D)
Comparison of environmental Impacts of the CAP reform in same EU Member states – Conclusions for the period 2013+
 ► Bundesamt für Naturschutz (BfN), Martina Finger, Tel. +49 (0)38301 / 8611-2, Fax -7, E-Mail: martina.finger@bfn-vilm.de, www.bfn.de/0603_kalender.html

Weitere Termine: www.dnr.de/terminlinks

Nachhaltigkeit

A-Z



B wie Bäume der Erkenntnis

In einer globalisierten Welt, in der sich die Wirtschaftswege immer mehr vernetzen, kann es schnell passieren, dass eine Schwarzwaldtanne als japanischer Sushi-Untersetzer endet oder man auf dem heiligen Baum der Mayas sein Gemüse hackt. In diesem Arbeitsbuch erzählen Eiche, Teak und Kokospalme von ihrer Reise um den Globus. Eine Fundgrube für Lehrerinnen, Umweltbildner und alle Baumfans.

K. Geißler, M. Hirschmann
Mit 18 Bäumen um die Welt

Ein Arbeitsbuch für Umweltbildung und Globales Lernen
 oekom verlag, München 2007, 112 Seiten
 34,80 EUR, ISBN 978-3-86581-066-3

Erhältlich bei
 www.oekom.de
 oekom@de.rhenus.com
 Fax +49/(0)81 91/970 00-405

oekom
 verlag

Die guten Seiten der Zukunft

Fußball-EM 2008

Nachhaltig(keit) am Ball?

Im Juni beginnt die Fußball-Europameisterschaft EURO 2008 in Österreich und der Schweiz. Das Forum Umweltbildung aus Wien hinterfragt die Nachhaltigkeit des Events und fordert zugleich zu mehr Bewegung im Leben auf.

□ Noch deutlich in Erinnerung dürfte bei vielen der Medienhype um die Fußball-WM 2006 in Deutschland sein: Ganz Deutschland befand sich im Fußballrausch. An vielen Autos wehten bunte Flaggen. Im Bildungsbereich fanden zahlreiche kreative Aktivitäten statt. Wird sich dieses Szenario bei der Europameisterschaft in Österreich wiederholen? Und wie kann eine Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) – aufbauend auf den Erfahrungen aus Deutschland – daran partizipieren?

Das Forum Umweltbildung in Wien ist eine Initiative des Umwelt- und des Bildungsministeriums, Projektträger ist der Umweltdachverband. Das Forum gibt vierteljährlich die Zeitschrift umwelt&bildung heraus. Heft 1/08 befasst sich schwerpunktmäßig mit der EURO 2008 und mit der Bedeutung von Bewegung für die Bildung. Dieser Artikel fasst die wichtigsten Beiträge des Heftes zusammen.

Fußball-EM als Green Event

Die EM 2008 wird die größte Sportveranstaltung, die Österreich je gesehen hat: Mehr als zwei Millionen Gäste werden erwartet. Weltweit werden rund acht Milliarden ZuschauerInnen die 31 Spiele am Fernseher verfolgen. Ein spezielles Nachhaltigkeitskonzept soll für umweltfreundliche Spiele sorgen, von denen das Land dauerhaft profitieren soll. So sollen die Stadien während der Veranstaltungen umweltfreundlich mit Fernwärme, Strom aus Fotovoltaik-Modulen auf den Dächern oder Ökostrom versorgt werden. TicketinhaberInnen können kostenlos mit der Bahn und öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen. Gezielte Marketingmaßnahmen für regionale Firmen sollen einheimische Produkte und Urlaubsangebote ins Blickfeld rücken. Daneben wird ein umfangreiches Kulturprogramm für gute Stim-

mung, Völkerverbindung und eine behindertenfreundliche und antirassistische Atmosphäre sorgen. Neben dem offiziellen roten EM-Fußball gibt es einen grünen des Umweltministeriums für besondere Verdienste um die Umwelt. Es gibt auch einen Fair-Trade-Ball für 22 Euro, von dessen Endpreis fünf Euro für Bildungsprojekte abgegeben werden. Doch ist damit schon der Nachhaltigkeit Genüge getan?

Welchen Fußball wollen wir?

In seinem Beitrag „Nachhaltig(keit) am Ball“ zeigt Wolfgang Sorgo, der Redakteur von umwelt&bildung, wie stark sich der Fußball in den letzten 100 Jahren von einem Spiel um „Fair Play“ mit partizipativen Elementen sowohl im bürgerlichen als auch im proletarischen Kulturbereich entfernt hat und zu einem kommerzialisierten und globalisierten Event geworden ist. Professionell angeboten, ökonomisiert auf allen Ebenen und medialisiert bis ins letzte Detail bewegt sich der Fußballsport heute auf einem fragilen Grat zwischen einer total kommerzialisierten Sportshow und einer gelebten Fußballpraxis im Alltag vieler Menschen. Welchen Fußball wir wollen und letztendlich bekommen, ist daher auch immer eine Frage der Reflexion der kulturellen Bedeutung von Fußball und der Gestaltung von Alltagsprozessen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung.

Nur wer sich bewegt, bewegt etwas

Ein „Bewegtes Leben“ fordert Professor Werner Lenz von der Universität Graz in seinem gleichnamigen Beitrag. Bewegung beginnt immer im Kopf, weil die Koordinationsleistung des Gehirns Bewegung erst möglich macht. Umgekehrt bedeutet Bewegung aber auch Veränderung, mit denen das Gehirn fertig werden muss. Bewegung bildet und Bildung bewegt –

so die These von Lenz, die er mit vielen Beispielen untermauert. Er schlägt den Bogen von den Bildungsreisen der Eliten früherer Jahrhunderte über die Handwerksgesellen „auf der Walz“ bis zu den Abiturreisen heute, die seiner Meinung nach touristisch getarnte Initiationsriten ins Erwachsenenleben darstellen. Der Arbeitsmarkt fordert, dass wir uns flexibel und mobil zeigen, und führt zu weltweiten Migrationsströmen von Menschen auf der Suche nach Arbeit. Lenz fordert dazu auf, nicht alles einfach nur hinzunehmen, sondern sich zu bewegen, aufzustehen und sich zu engagieren. Jeden Tag sollten wir 30 Minuten über das Vorgegebene hinaus denken, eine soziale Phantasie wagen, das Gewohnte verlassen und uns eine andere Lebenswelt vorstellen.

Bildung – mit am Ball

Ob und wie die Bildung den Ball aufnehmen wird, den ihr die EURO 2008 jetzt zuspiziert, hängt also von uns allen ab. umwelt&bildung zeigt viele Aktionsformen und pädagogische Beispiele, deren Ähnlichkeiten mit der WM 2006 sicher nicht zufällig sind. So gibt es ein offizielles Schulprojekt „Euroschoools 2008“, bei dem Schulen als Botschafter der 53 UEFA-Nationen fungieren. Verschiedene Ausstellungen in Wien thematisieren die Geschichte des Fußballsports, zeigen historische Orte und fordern zum Mitmachen auf. 16 Theatergruppen in elf Städten bieten mit über 90 Veranstaltungen künstlerische Aktionen und regen zur Auseinandersetzung mit dem Phänomen Fußball an. Die Ergebnisse eines Videoclip-Wettbewerbs sind bereits auf umweltbildung.at zu sehen.

Der Anstoß ist gemacht. Jetzt gilt es den Ball vorwärts zu spielen, möglichst viele Spieler zu beteiligen und eine breite Bewegung zu starten, die für eine gesunde Bewegung beim Einzelnen statt für kommerzialisierten Wettkampf und Sportkonsum eintritt.

[Jürgen Forkel-Schubert]

- ▷ www.umweltbildung.at/fussball
- ▷ www.umweltamball.at
- ▷ www.fussballverbindet.at
- ▷ www.euroschoools2008.org
- ▷ www.jugendeinewelt.at

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU Brandenburg fördert Umweltbildungsprojekte

□ Auch dieses Jahr betreut die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU) die Förderprogramme „Gesunde Umwelt“ und „Lokale Agenda“ des brandenburgischen Umweltministeriums (MLUV). Im Rahmen der Gemeinschaftsaktion „Gesunde Umwelt – unsere Zukunft in Brandenburg“ können dabei ehrenamtliche Projekte der Umweltbildung im Land mit Sachkosten bis zu 2.500 Euro gefördert werden, wenn sie für den Natur- und Umweltschutz sowie die nachhaltige Entwicklung sensibilisieren, Umweltbewusstsein fördern oder den Erwerb von Gestaltungskompetenzen zum Ziel haben. Außerdem arbeitet die ANU in der AG Umweltbildung des MLUV an einem Brandenburger Aktionsplan BNE zur UN-Dekade mit, der noch dieses Jahr verabschiedet werden soll.

▷ www.anu-brandenburg.de

ANU Nordrhein-Westfalen legt Bausteine für Globales Lernen vor

□ Die ANU NRW hat Anfang dieses Jahres das dreijährige Projekt „Bildungsoffensive Wert der Vielfalt“ abgeschlossen. Ziel des vom Land NRW geförderten Biodiversitätsprojekts war die inhaltliche Erweiterung von Umweltbildung zu einer Bildung für Nachhaltigkeit. Als Ergebnis wurden 16 Bildungsmodule für Globales Lernen zu den Themen Wald als Ressource, Nutzpflanzen und Fremdarten, Boden sowie Klima und Energie entwickelt, erprobt und publiziert. Die 86-seitige Farbpublikation inklusive einer CD mit allen Arbeitsmaterialien, Grafiken und Bildern ist als Band 14 der ANU-Schriftenreihe erschienen und wird gegen fünf Euro Versandkosten abgegeben.

▷ ANU NRW, c/o Biologische Station Kreis Recklinghausen, Dorsten, Tel. +49 (0)2369 / 77505, E-Mail: tenger.biostation-re@t-online.de, www.anu-nrw.de

ANU Mecklenburg-Vorpommern verleiht Materialkisten

□ ANU-Materialkisten für die Umweltbildung können jetzt auch in Schwerin und Rostock ausgeliehen werden. Bislang gab es diese Kisten nur in der Umweltbibliothek Stralsund. Eine Übersicht mit Themen und Inhalten gibt es im Internet.

▷ www.umweltbildung-mv.de/projekte_materialkisten.htm

Lernstandort Noller Schlucht bietet Sprachfördercamps für Migrationskinder an

□ Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund haben im Vergleich zu gleichaltrigen deutschen Kindern erheblich schlechtere Bildungs- und Aufstiegschancen. Sie werden beispielsweise weniger zu Geburtstagen von Klassenkameraden eingeladen, sind seltener in der Natur unterwegs und sitzen häufiger und länger vor dem Fernseher. Das Umweltbildungszentrum Noller Schlucht in Dissen und das Schullandheim Mentrup-Hagen – beide im Teutoburger Wald – bieten daher vom 14. Juli bis zum 1. August erstmals in Deutschland ein Sprachfördercamp mit dem Schwerpunkt Umweltbildung für Grundschulkindern mit Migrationshintergrund an. Spezielle Aktionen zu den Themen Wasser, Wald und Tiere sollen das Interesse der Kinder für die Natur wecken und den Erwerb der deutschen Sprache fördern. Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) fördert das Projekt „Natur und Sprache auf der Spur“ mit mehr als 120.000 Euro.

▷ Lernstandort Noller Schlucht, Josef Gebbe, Dissen, Tel. +49 (0)5421 / 943320, www.nollerschluucht.org

Ökozentrum Langenbruck konzipierte Erlebnis-Lehrpfad Nachhaltigkeit in Basel

□ Der durchschnittliche Energieverbrauch pro Person liegt zwischen 500 Watt in Entwicklungsländern und bis zu 10.000 Watt in den USA. Das Gundeldinger Feld, ein Modellquartier für eine nachhaltige Entwicklung in Basel, hat das Ziel eine

„2000-Watt-Gesellschaft“ zu realisieren, ohne auf die zentralen Elemente unseres westlichen Lebensstils verzichten zu müssen. Das komplexe Thema wurde durch einen Lehrpfad für Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 16 Jahren erlebbar gemacht. Der vom Ökozentrum Langenbruck konzipierte Pfad umfasst 13 Stationen, die je aus einer Informationstafel und einem Aktionsmodul bestehen. Er wurde von der Schweizerischen Unesco-Kommission als Projekt zur Weltdekade Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schweiz anerkannt.

▷ www.erlebnis-nachhaltigkeit.ch
▷ www.oekozentrum.ch

Naturschutz-Akademie Hessen baut begehbare Camera obscura

□ Die Naturschutz-Akademie Hessen in Wetzlar entwickelt eine begehbare Kamera als optische Erlebnisstation. Die unter dem Namen „Camera obscura“ bekannte Ur-Kamera soll im Außengelände als lichtdichtes, begehbare Haus für zwei Personen gebaut werden. Es wird so platziert, dass durch eine kleine Öffnung ein sonnenbeschienenes Motiv auf eine helle Wand projiziert wird. Bisher gibt es in Deutschland kein ähnliches Vorhaben. Die Camera obscura ist das erste Objekt eines geplanten „Wetzlarer Optikparcours“.

▷ www.na-hessen.de/downloads_picameraobscura.pdf

Ökostation Freiburg liefert Kräuterinfos auf einen Klick

□ Wer sich über Kräuter und ihre Verwendung genauer informieren möchte, wird jetzt auf der Homepage der Freiburger Ökostation fündig. Der beliebte Heilkräutergarten im Seepark wurde jetzt ins Netz gestellt. Die Seite beinhaltet einen digitalisierten Gartenplan, Pflanzenbeschreibungen mit Fotos und Verwendungstipps von über 150 Arznei-, Tee- und Küchenkräutern.

▷ www.oekostation.de

Virtuelles Wasser: Ich sehe Wasser, was du nicht siehst!

□ Im Rahmen des bundesweiten Umweltbildungsprojekts „Virtuelles Wasser“ bietet die Vereinigung Deutscher Gewässerschutz (VDG) gemeinsam mit Umweltzentren und der ANU im Juni an mehreren Orten eintägige Workshops zur Vermittlung von Grundlagenwissen und zum Erfahrungsaustausch an. Am Ende sollen Unterrichtsmaterialien entstehen. Die Termine stehen im Internet. Daneben können Kinder und Jugendliche bei einem Ideenwettbewerb Beiträge wie zum Beispiel Projektwochen, Aktionen, Filme oder Werbeanzeigen einreichen.

▷ www.virtuelles-wasser.de

**SCHWERPUNKT:
UMWELTBILDUNG IM INTERNET**

Virtuelle Klimakonferenz

□ Die Konferenz „Klima 2008/Climate 2008“ vom 3. bis 7. November ist nach Angaben der Veranstalter besonders klimafreundlich, denn sie findet nur im Internet statt. Der Onlinekongress wird von der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg ausgerichtet und vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen UNEP und dem Weltklimarat IPCC unterstützt. Fachleute aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verbänden können sich bis Ende Mai mit Beiträgen bewerben. Eine der vier Themenkategorien befasst sich mit Bildungs-, Kommunikations- und Ausbildungsmöglichkeiten zum Klimawandel.

▷ www.klima2008.net

Weltkarte der Klimapolitik

□ Welcher Zusammenhang besteht zwischen Treibhausgasemissionen und Wirtschaftskraft? Welche Rolle spielen erneuerbare Energien in den unterschiedlichen Ländern dieser Welt? Welche Nationen haben das Kyoto-Protokoll ratifiziert? Das Forum Nachhaltige Entwicklung der

Deutschen Wirtschaft hat eine Weltkarte der Klimapolitik ins Netz gestellt, die es ermöglicht, eigene Karten zur weltweiten Klimapolitik zu erstellen und sie mit Daten zur Energieversorgung und sozio-ökonomischen Faktoren zu kombinieren.

▷ www.weltkarte-klimapolitik.de

Onlinespiel zum nachhaltigen Management

□ Der britische Telekommunikationsanbieter BT Group hat ein Internetspiel entwickelt, bei dem die Spieler ein Unternehmen aufbauen sollen, das nicht die Profitmaximierung, sondern die Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt stellt. So machen sich nachhaltige Investitionen zwar bezahlt, sie sind aber nur begrenzt möglich. Von dem Spiel in englischer Sprache existiert auch eine Mehrspieler-Version, die sich gut für Trainings und Konferenzen eignet.

▷ www.btplc.com/Societyandenvironment/Businessgame

McVideo Game

□ Das Programmiererkollektiv „La Molleindustria“ produziert seit fünf Jahren kleine, bunte und gut animierte Flashspiele mit politischem Mehrwert. Die Games werden ausschließlich online vertrieben. Im „McVideo Game“ leitet der Spieler einen Fast-Food-Konzern. Dabei muss er auf vier Ebenen zeitgleich agieren: Er muss in einem Drittweltstaat Weideland aus dem Urwald schlagen, die Kühe im Stall mästen, das Verkaufspersonal einstellen und die Marketingabteilung leiten. Ohne schmutzige Tricks geht das Spiel schnell verloren. Die kritische Öffentlichkeit kann mit Imagekampagnen benebelt, das Wachstum auf den Sojafeldern mit Gentechnik stimuliert werden; Angestellte dürfen entlassen und Hamburger aus kranken Kühen fabriziert werden, will man das fiktive Unternehmen vor der Pleite bewahren. Das Spiel parodiert optisch McDonald's, gemeint ist aber die gesamte Fast-Food-Industrie.

▷ www.molleindustria.org
▷ www.mcvideogame.com

IBM lässt Jugendliche im Onlinespiel die Erde retten

□ Das kostenlose 3D-Multiplayer-Spiel des Computerherstellers IBM soll Jugendlichen ein Umweltbewusstsein sowie Einblicke in technische Zusammenhänge vermitteln. Die Spieler werden auf den Planeten Helios versetzt, der kurz vor dem ökologischen Kollaps steht. Dann gilt es, alleine oder mit Freunden drei Missionen zu bestehen und den Planeten zu retten. Dadurch sollen die Spieler angeregt werden, über eine Karriere in technischen Berufen nachzudenken.

▷ www.powerupthegame.org

Neues Wiki zur biologischen Vielfalt

□ Anlässlich der UN-Biodiversitätskonferenz im Mai haben die Deutsche Umwelthilfe (DUH), der Verein BildungsCent und T-Mobile Deutschland ein Lexikon zur biologischen Vielfalt ins Internet gestellt. Es bietet Sachinformationen zur Biodiversität, darunter Texte zum UN-Artenschutzabkommen oder zum Naturschutzgesetz, aber auch Informationen, zum Beispiel überraschende Rekorde aus der Tierwelt. Zum Download stehen Unterrichtsmaterialien zur Verfügung. Wie bei Wikipedia können alle Nutzer sowohl lesen als auch die Texte weiterschreiben.

▷ www.biodiversitaet.info

Geldquellen für Nachhaltigkeit online

□ Damit gute Projekte nicht schon im Vorfeld an der Finanzierung scheitern, hat die „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ eine Onlinedatenbank entwickelt, die über die vorhandenen Fördertöpfe für Projekte im Bereich Nachhaltigkeit und kommunale Entwicklungszusammenarbeit informiert. Die Datenbank mit dem Schwerpunkt der Fördermöglichkeiten auf Länder-, Bundes- und EU-Ebene wurde aktualisiert und um Kurzbeschreibungen der verschiedenen Förderarten ergänzt.

▷ www.service-eine-welt.de/finanzierungsratgeber/suche.html

WWF und IUCN starten interaktives Web-2.0-Portal

□ Bloggen, Videos hochladen, Networking: Die Umweltstiftung WWF und die Weltnaturschutzorganisation IUCN haben das Web 2.0 für ihre Zwecke entdeckt. Auf einer neuen Onlineplattform können Interessierte ab sofort ihre Meinung zu Klimawandel und Umweltzerstörung kundtun, Videos und Bilder veröffentlichen oder ihre Ideen für eine zukunftsfähige Welt einbringen. Die Beiträge können gegenseitig bewertet werden, der beste Beitrag wird monatlich mit einem Handy des Sponsors Nokia belohnt. Aus diesen prämierten Ideen ermittelt eine Jury schließlich einen Gesamtsieger, der seinen Beitrag während des IUCN-Weltkongresses im Herbst vorstellen kann.

▷ www.connect2earth.org

BNE-Referentenbörsen im Internet

□ Im Herbst dieses Jahres endet der Modellversuch Transfer 21. Derzeit wird durchaus kontrovers diskutiert, ob für die dort ausgebildeten BNE-MultiplikatorInnen eine Agentur gegründet werden soll. Informationen über diese hochqualifizierten Personen sind im „Transfer-21-Multiplikatorenpool“ im Internet abrufbar.

Es gibt aber noch weitere Möglichkeiten, im Netz geeignete ReferentInnen für eine Veranstaltung zu finden. So enthält beispielsweise die umfangreiche ANU-Referentenbörse zur Zeit rund 300 Einträge aus ganz Deutschland und darüber hinaus. Daneben gibt es in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen eigene Datenbanken mit Hinweisen über ReferentInnen zum Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung. Auch wer nach Trainern für eine Zukunftswerkstatt sucht, wird im Internet fündig.

- ▷ www.transfer-21.de/?p=173
- ▷ www.umweltbildung.de/referenten.html
- ▷ www.bne-online.org/int_BfnE/suchergebnis_begriff.php
- ▷ www.nna.niedersachsen.de/master/C6899753_N7800429_L20_D0_I5661252
- ▷ www.zwnetz.de/pages/portrait-n

UMWELTBILDUNG-TERMINKALENDER

Weitere aktuelle Termine: www.umweltbildung.de. Stellen Sie Ihre Termine dort selbst kostenlos ein!

06.06., Bern (CH)

Jobs im Umweltbereich. Anforderungs- und Berufsprofile, Beschäftigungsaussichten und Marktentwicklungen

▷ www.wwf.ch/bildungszentrum

06.–07.06., Berlin (D)

BNE-Generator

▷ www.tuwas.net

06.–08.06., Großbraming/Oberösterreich (A)

Natur als Abenteuer. Naturerlebnispädagogische Methoden für lebendigen Unterricht. Seminar

▷ www.ifau.at

07.–08.06., Wetzlar (D)

Naturwissenschaftliche Bildung in Waldkindergärten

▷ www.na-hessen.de

10.–22.06., Schleswig-Holstein

Aktionswoche 2008 zur UN-Dekade für Bildung für nachhaltige Entwicklung

▷ www.bne.schleswig-holstein.de

11.–13.06., Weserbergland (D)

Der wilde Mann. Abenteuer Wildnis für Vater und Sohn

▷ www.natur-wildnis-schule.de

12.06., Konstanz (D)

Immer neue Events – wie kommt man hin? Verantwortungsbewusste Mobilität

▷ www.umweltakademie.baden-wuerttemberg.de

12.06., Wien (A)

Unsichtbares Theater zur Fußball-EM. Workshop

▷ www.komment.at

12.–13.06., Lultzhausen (L)

3. Europäischer Waldpädagogikkongress

▷ www.forestpedagogics.eu

13.06., Heiligenstadt/Thüringen (D)

Naturlandschaften barrierefrei für blinde und sehbehinderte Besucher. Konferenz

▷ www.dbsv.org/reisen

14.06., bundesweit (D)

GEO-Tag der Artenvielfalt

▷ www.geo.de/artenvielfalt

14.06., Tönning/Schleswig-Holstein (D)

Außerschulische Angebote in der Nationalpark-Region – BNE konkret

▷ www.afnu.schleswig-holstein.de

16.–18.06., Hanksbüttel/Niedersachsen (D)

Naturschutz und Bildung für nachhaltige Entwicklung. Außerschulische Lernorte

▷ www.otterzentrum.de

18.06., Wien (A)

Werkstatt Naturpädagogik

▷ www.wienextra.at/detail.asp?ev=28636

20.–22.6., Raum Regensburg (D)

Grünschnitt. Collagetechnik mit Naturmaterialien

▷ www.naturarte-wernerhenkel.de

20.–23.06., Altenkirchen/Westerwald (D)

Mein Weg zum betriebseigenen Konzept „Lernort Bauernhof“

▷ www.lja.de

24.06., Icking bei München (D)

Alles im Fluss. Landart am und im Wasser

▷ www.mobilspiel.de/oekoprojekt

27.–28.06., Essen (D)

Botanik bewegt. Lernen in Botanischen Gärten. Fortbildung

▷ Kontakt: Schule Natur im Grugapark, Dr. Martin Gülpel, Tel. +49 (0)201 / 8883338, E-Mail: martin.guelpen@grugapark.essen.de

Impressum **ökopädNEWS**

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),
jfs@oekopaednews.de;
Birgit Paulsen, Webmaster, netzwerk@anu.de
ANU-Bundesverband Deutschland e.V.,
Philipp-August-Schleißner-Weg 2, D-63452 Hanau,
Tel. +49 (0)6181 / 1804778, bundesverband@anu.de,
www.umweltbildung.de